neue kritik

AUS DEM INHALT :

Zur Politik der SPD - eine Diskussion
(Ahlers, M. Seifert)

Beitrag zu den Thesen zur Politik des SDS
(v. d. Vring)

John Kenneth Galbraith und der "Amerikanische Kapitalismus"
(Vester)

Politische Zeitungen in Frankreich - eine Übersicht
(Zoll)

Das Ende der SPD 1933 - statt einer Besprechung (Rudzio)

Freudenabteilung - Gedanken zu einem wenig bekannten Buch
(Blasche)

neue kritik
informationen
Juli 1961

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

Verantwortlich: Manfred Liebel
Offenbach am Main
von-Behring-Straße 114

Die nächste Ausgabe erscheint zur Delegiertenkonferenz des SDS im Oktober 1961

Erscheinungsort: Frankfurt am Main

Postscheckkonto: 31607 PSchA Ffm. (SDS)

"NEUE" GEGNER - NEUE AUFGABEN

Heinz Grossmann

Man begreift die Richtung der Veränderungen in Studentenschaft und Hochschulpolitik augenblicklich, wenn man das jetzt abgeschlossene Sommersemester 1961 mit dem Sommersemester des Wahljahres 1957 vergleicht. Das Sommersemester 57 brachte einen "Linksruck" in der Hochschulpolitik. Das Honnefer Modell wurde als Wahlgeschenk an eine unruhig drängende Studentenschaft gegeben, die aber weiter ihre Forderungen präzisierte. Hier wurden Ausgangspositionen bezogen für den Kampf gegen die atomare Rüstung, für studentische Interessen und internationale Verständigung im folgenden Jahr. Das jetzige Sommersemester aber sah trotz des Wahlkampfes überall nur eine weitere Verstärkung der Position der Rechten und äußersten Rechten und eine Zuspitzung ihrer frechen Demagogie.

Die CDU läßt heute voller Stolz Umfrageergebnisse verbreiten, wonach die Befürworter der Adenauer-Politik unter den Studenten fast die Zweidrittelmehrheit ausmachen sollen. Die Frankfurter Untersuchung "Student und Politik" hat jedem, der hinter das flüchtige "Meinungsbild" sehen will, Aufschlüsse über das demokratische Potential unter der Studentenschaft gegeben. Die politische Praxis schließlich hat gezeigt, in welche Richtung große Gruppen der Studentenschaft heute bereits tendieren, es sei nur an den frenetischen Jubel für Herrn Schlamms Aggressionstiraden, die Ausschreitungen in Marburg anläßlich der Dieckmann-Veranstaltung des LSD und den Niedergang der studentischen Selbstverwaltung als unabhängiger Interessenvertretung erinnert. Denn die Allgemeinen Studentenausschüsse und der Verband Deutscher Studentenschaften sind im besten Zuge, sich zu dem zu entwickeln, was ihre Vorläufer in der Weimarer Republik waren: bloße Arbeitsgemeinschaften der verschiedenen Korporationsverbände und ihrer Altherrenschaften, Kartelle der Kartellverbände, wobei nur noch auszuhandeln ist, ob katholische Korporationen oder Burschenschaften jeweils die Führung einer solchen Arbeitsgemeinschaft - genannt Selbstverwaltung - übernehmen.

Die massive Entpolitisierung hat nicht nur die politischen Studentenorganisationen mehr und mehr zurückgedrängt, sondern vor allem auch jenen in der zurückliegenden Phase vorherrschenden Typ des unorganisierten, aber in der Sache der Vertretung studentischer Belange persönlich engagierten Studenten selten werden lassen. Man begegnet ihm fast nur noch in der Fachschaftsarbeit. Jenseits der Korporationen aber, die doch selbst schon über und über autoritäre Züge haben, bildet sich bereits eine Kraft, die - wie in der Weimarer Republik der Nazi-Studentenbund - auf höherer Ebene die entpolitisierenden Korporationen samt ihren Gegensätzen wieder politisch

zusammenzufassen vermag, letztlich zu akademischen Schlägertrupps.

Die Ansätze für diese Sammlung der autoritären Kräfte an den Hochschulen liegen im "Bund Nationaler Studenten" (BNS), - den die Verbote durch einige Länderregierungen offenbar kaum behindern -, in kleineren bereits bestehenden Gruppen und nicht zuletzt in Teilen des "Ringes Christlich-Demokratischer Studenten". Auch in diesem RCDS scheint das bürgerlich-konservative und liberale Element beschleunigt zu schrumpfen, auch im RCDS mißtraut man bereits der Mehrzahl der bundesrepublikanischen Zeitungen, sieht "den Großteil der Studentenpresse" (so "ARGUS", München), ja ganze Universitäten von "weit links angehauchten" Studenten beherrscht und baut - genau wie der BNS - den Popanz des totalen, schier allmächtigen und allgegenwärtigen linken innenpolitischen Feindes auf - und das nach drei CDU-beherrschten Legislaturperioden des Bundestages! Es wäre lachhaft, wäre es nicht blutiger Ernst.

Wenn es überhaupt noch eine wesentliche Differenz zwischen "rechtsstaatlichen" RCDS-Demagogen dieses Typs und Neonazis gibt, so die, dass die ersten ihre Gegner einfach per Gesetz "verbieten" lassen wollen, während die Faschisten solche parlamentarischen Umwege nicht vorsehen.

In diesem Sommersemester erschien erstmals in grosser Aufmachung der "Deutsche Studenten-Anzeiger" (DSA), wobei das "SA" in der Abkürzung seines Titels gewiss so bezeichnend ist, wie das "NS" in "BNS". Hier schlägt uns die Tradition des deutschen Faschismus entgegen, unverfälscht und ungebrochen. Die Argumentation dieses "Deutschen Studentenanzeigers" stempelt schon heute die Korporationen samt allen übrigen rechten Organisationen an den Hochschulen und ihre Publizistik zu blossen Vorläufern und Aufbereitern. Was sich in den letzten zehn Jahren im rechten Blätterwald nur zaghaft und verstohlen ans Licht wagte, tritt uns hier ganz unverhohlen unter die Augen.

Es ist kein Zufall, dass ein Organ wie der "Deutsche Studenten-Anzeiger" seine Beschimpfungen vor allem an die Adresse des SDS richtet. Man begegnet der ganzen Breite der heute in der Bundesrepublik üblichen Diffamierungen gegen den SDS, wobei abermals die Rolle des "Sozialdemokratischen Hochschulbundes" als Initiator derartiger Kampagnen und Lieferant von "Material" deutlich wird. Wir begegnen wieder der auch bei der Spaltung des SDS benutzten Methode, ein unauflösbares "Paket" von im einzelnen nichtssagenden Kassibern und Dossiers, halben Zitaten und ganzen Unwahrheiten herzustellen. Selbst Behauptungen, die schon 1956 widerlegt wurden, müssen dabei noch herhalten. Doch durch die Breite seiner Diffamierungen, den verbissenen Fleiss im Sammeln von "Material" und die Unverschämtheit seines Jargons sticht der "Deutsche Studenten-Anzeiger" einstweilen noch hervor.

Die Faschisten wissen, warum sie einen sozialistischen Studentenbund so ernst zu nehmen haben. Sie wissen, dass ihre gefühlsbefrachtete Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft neben einer sozialistischen Analyse so wenig Bestand hat, wie nationalistische und völkische Phraseologie. Sie fühlen, dass ihre "unbequemen Wahrheiten" ("eine neuartige, im Nachkriegsdeutschland völlig ungewohnte Oppositionsbewegung gegen die herrschenden Zustände", Selbstdarstellung des BNS) alles andere als Lösungsmöglichkeiten für die Probleme spätkapitalistischer Gesellschaften sind. Erst einer konsequent sozialistischen Kritik erschließt sich die dürftige Verlogenheit und schale Leere faschistischer Propaganda völlig. Wir wissen, dass wir eine intellektuelle Auseinandersetzung mit diesen Herren, ginge es darum, auf die leichte Schulter nehmen könnten. Aber wir wissen, daß es darum nicht geht.

In düsteren und stets unheilvollen Beschwörungen wird einer Veränderung der bundesrepublikanischen Gesellschaft das Wort geredet, die weiten Kreisen des Bürgertums, das sich ohne Zukunft weiß, buchstäblich aus Todesängsten zu helfen verspricht. Während die offizielle Publizistik dieser Gesellschaft in den immer gleichen Phrasen auf der Stelle tritt, ob es um die deutsche Frage, das Berlinproblem, die Kolonialrevolution, die Agrarfrage, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung oder was auch immer geht, weisen die "radikalen" Faschisten darüberhinaus und predigen eine "neue" Härte und eine geradezu animalische Solidarität aller Gleichblütigen und Gleichhäutigen.

Der Themenkatalog eines "Deutschen Studenten-Anzeigers" unterscheidet sich zwar nicht von dem anderer rechter Organisationen und weist große Ähnlichkeit etwa mit den "Burschenschaftlichen Blättern" auf - neu ist eine Geschlossenheit, die stärkere politische Ambitionen verrät. Wir finden die gleiche Vorliebe für Kolbenheyer und Kurt Ziesel, wie in Korporationsblättern, und die gleiche Vorherrschaft des "Krisenherdes Südtirol". Eine viertel Seite nimmt die Wiedergabe eines Flugblattes aus Südtirol ein, das die Sprengstoffattentate begünstigt: "In dieser Stunde erheben sich die treuesten Söhne unserer Heimat gegen die Gewalt und schreiten schweren Herzens zur Tat... Unsere Erhebung ist Notwehr gegen einen Staat, der uns unseres Volkstums wegen verfolgt

stigte: "In dieser Stunde erheben sich die treuesten Söhne unserer Heimat gegen die Gewalt und schreiten schweren Herzens zur Tat... Unsere Erhebung ist Notwehr gegen einen Staat, der uns unseres Volkstums wegen verfolgt und uns geistig und physisch vernichten will." Man ist in der Schaffung totaler Feinde und der Begründung ebenso totalef Maßnahmen nicht zimperlich, was insbesondere an der Funktion des Antikommunismus deutlich wird. Eigentlicher "Feind" ist natürlich der Kommunismus, Ursache aller Schwierigkeiten und Nutznießer jeglicher Kritik am "Westen" (mit Ausnahme faschistischer Kritik).

Hier hat der Antikommunismus praktisch den Antisemitismus der Nazis substituiert. Immer wieder wird uns - bevorzugt am Beispiel Südafrikas"- vorgeschwätzt, daß es gar keine Probleme auf der Welt gäbe, wenn die bösen Kommunisten nicht die Menschen gegeneinander hetzten. Selbstverständlich gäbees ohne die Kommunisten - "eingeschleuste Berufsagenten"- auch keine Rassenkonflikte, ja, keine antikoloniale Revolution: "Was es tatsächlich (in Afrika) gegeben hat, waren gelegentliche Revolten, die in allen Fällenlokalen Charakter hatten und meist durch Parolen politischer Agitatoren hervorgerufen wurden". Kann das Interesse an kolonialer Ausbeutung schamloser bemäntelt werden?

Am deutlichsten treten die Absichten der autoritären Nationalisten hervor, wenn es um bundesrepublikanische Innen- und Hochschulpolitik geht. In einer Fülle von Kommentaren, demagogisch zurechtgemachten Nachrichten, Zitaten und Leserbriefen werden alle jene diffamiert, die links von der CDU stehen, liberale, pazifistische, christliche, sozialistische oder sonstwie antikonservative und fortschrittliche Auffassungen vertreten, für Entspannung, Wiedergutmachung, moderne Kunst oder sonstwie für "verderbliche" Ziele eintreten. Hier feiert wirklich der Nazibegriff vom "Kulturbolschewismus" Auferstehung. Hier wird jener bezeichnende Punkt aus dem "Programm" des "Bundes Nationaler Studenten" vertreten, welcher lautet: "Wir lehnen eine Kunst ab, die Ausweglosigkeit und Bindungslosigkeit zum Grundsatz macht." Studentenredakteure, die sich mit dem Eichmann-Prozeß beschäftigen oder Entschädigung für KZ-Opfer fordern, sind "Junge Geißler, Flagellanten, Narren". Der Schlachtruf gegen sie heißt: "Ausmisten!". Hier sind die KZs schon entworfen, die allen lebensunwerten Mist, alles Eingeschleuste und Infizierte, alles, das nicht "gesundes Volkstum" ist, aufnehmen sollen. Hoffentlich macht sich keines der künftigen Opfer Illusionen über seine KZ-Wächter, die sich auf ihren Dienst schon vorbereiten.

Der "Bund Nationaler Studenten" ist in den meisten Bundesländern verboten. Aber im "Deutschen Studenten-Anzeiger" haben die nationalistischen Studenten ein Sprachrohr, daseine besondere Organisation einstweilen entbehrlich zu machen scheint. Sie sind informiert über das Geschehen an allen Hochschulen und in den Verbänden, wie kaum eine Studentenzeitschrift. Ihre Agitation "gegen die herrschenden Zustände" ist konzentrierter, als die der zahllosen Monatsblätter aller Organisationen - von den Korporationen über die Vertriebenenverbände bis zu "freiheitlich-konservativen Studentengruppen" - zusammengenommen, denen ihre Vorläuferrolle wieder einmal zugewiesen ist.

Wir müssen bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, daß sich hier an den Universitäten ein "neues" Deutschland abzeichnet, ein Deutschland hoffentlich nicht von morgen, kolonialistischer als die Staaten, die heute noch Kolonien haben, nationalistischer als die angeblich äußerst nationalistischen "jungen Völker" Asiens und Afrikas, aber haßerfüllt, in die Enge getrieben und mit der Welt entzweit, antisemitisch wie schon die Nazis, reaktionär bis in die Knochen - und selbstverständlich antikommunistisch bis an die Zähne. Mag in der Bundesrepublik die Zahl derer wachsen, die wegen dieses fanatischen Antikommunismus alles andere für "Schönheitsfehler" nehmen, - 1961 ist nicht 1931. Wir sind umgeben von einer Welt, die mit deutschen Faschisten schon einige Erfahrungen gemacht und das nicht so schnell vergessen hat, wie man hierzulande vergißt. Wir haben die Pflicht, daraufhinzuweisen, daß hier ein "neues" Deutschland heranwächst, das aus der schon heute grimmig gesungenen Strophe "Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt" wieder einmal blutigen Ernst machen wird.

Wir haben dem durch gemeinsame Aktionen mit allen noch demokratischen und republikanischen Kräften und zugleich durch eine konsequent sozialistische Kritik zu begegnen. Unsere Argumentation muß humane Alternativen gegenüber autoritären gesellschaftlichen Entwicklungen aufzeigen und alle faschistische Ideologie entlarven. Mögen die Jungfaschisten gegenüber schönrednerischen Apologeten der bestehenden Verhältnisse in der Bundesrepublik den Triumpf genießen, "Tabus" zu berühren und "unbequeme Forderungen" zu stellen - wir haben ihnen diese Freude zu verderben. Wirmüssen mit aller Kraft verhindern, daß diese Scheinrezepte wieder die Massen anlocken und zu jener Katastrophe führen, die auf ihre Anwendung zwangsläufig folgt.

Kopf hoch, „Genossen"!

Von Conrad Ahlers

In den letzten Wochen hat sich in den Reihen der sozialdemokratischen Wahlkämpfer eine gewisse Mutlosigkeit verbreitet. Noch bevor der Wahlkampf eigentlich begonnen hat, sind offenbar manche Funktionäre, Wahlhelfer und Mitglieder bereits davon überzeugt, daß es auch diesmal nicht zu einem Wahlsieg reichen wird. Die strahlende Zuversicht des Bundeskanzlers und der CDU, die so ganz unbegründet gewiß nicht ist, hat die sozialdemokratische Mannschaft durch den Nimbus einer angeblichen Unbesiegbarkeit gelähmt. Die SPD, so hat es den Anschein, glaubt selbst nicht an ihren Erfolg und mindert dadurch ihre Erfolgsaussichten noch mehr.

Diese bedenkliche Situation — bedenklich nicht allein im Sinne der SPD, sondern vor allem auch im Hinblick auf die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik — wird dadurch verschärft, daß der linke Flügel der SPD einen Wahlsieg der Partei offensichtlich gar nicht so sehr wünscht. Diese zahlenmäßig zwar kleine, aber doch lautstarke Minderheit, die sich erst kürzlich auf dem Berliner Landesparteitag der Sozialdemokraten deutlich bemerkbar gemacht hat, würde es im Gegenteil gerne sehen, wenn Willy Brandt ein Fiasko erleben würde. Dann wäre nach ihrer Ansicht der Augenblick günstig, den neuen Kurs der Partei wieder abzuschaffen, das Godesberger Programm in der Versenkung verschwinden zu lassen und eine Politik der totalen Opposition gegen die Bundesregierung zu betreiben.

Gefährliche Spaltungstendenzen

Die SPD-Führung wird sehr viel Beharrlichkeit und Entschlossenheit brauchen, wenn sie mit diesen Spaltungstendenzen in der Partei fertig werden will. Vor allem muß sie aber ihren Mitgliedern jetzt neuen Mut einflößen. Wir meinen keinen billigen Optimismus, der ohnehin vor der harten Wirklichkeit nicht bestehen kann, daß ein großer Teil der Bevölkerung mit der Politik der Bundesregierung durchaus zufrieden ist. Willy Brandt muß seine Partei wieder mit dem Bewußtsein erfüllen, daß sie eine für Deutschland lebenswichtige Aufgabe hat, die von dem Ausgang der Bundestagswahlen nicht abhängig ist.

Worin besteht diese Aufgabe? Die deutsche Demokratie braucht eine starke SPD als Gegengewicht zur CDU. Angesichts der bedrohlichen internationalen Lage und des Alters des Bundeskanzlers können jederzeit Ereignisse eintreten, die einen Wechsel der Regierung oder eine Verbreiterung der Regierungskoalition erforderlich machen. Außerdem muß die SPD das soziale Gewissen der Nation bleiben, um zu verhindern, daß die durch den Wohlstand zwar verdeckten, aber keineswegs verschwundenen Ungerechtigkeiten unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung eines Tages innere Krisen hervorgerufen.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß die Politik der SPD volksnah, verantwortungsbewußt und realistisch sein. Die sozialdemokratische Führung hat dies, ausgehend von der Wahlniederlage des Jahres 1957, erkannt und dementsprechend viel ideologischen Ballast abgeworfen. Aber die SPD darf — ob sie es will oder nicht — nicht vergessen, daß sie sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik eine Alternative zur CDU darstellen muß. Man braucht nicht alles anders machen zu wollen, aber es genügt auch nicht, nur vieles besser machen zu wollen, wenn man sich gegenüber dem Kanzler durchsetzen will. Selbst auf die Gefahr hin, bei den kommenden Wahlen nicht den gewünschten großen Stimmenzuwachs zu erhalten, sollten die Sozialdemokraten klar zu erkennen geben, wo die Unterschiede zur CDU liegen, und sollten deutlicher erklären, daß sie sich noch immer für eine deutsche Wiedervereinigung einsetzen, daß sie für eine regionale Abrüstung in Europa eintreten, daß sie auf einigen Gebieten, wie etwa der friedlichen Atomenergie, weiterhin gemeinwirtschaftliche Formen befürworten, daß sie den Skandal der VW-Privatisierung ablehnen, um nur einige Beispiele zu nennen. Mit solcher konstruktiven, aber entschiedenen Opposition verträgt sich durchaus eine Unterstützung der NATO, eine Abwehr des Kommunismus und eine Befürwortung der Marktwirtschaft.

Die Reform war notwendig

Die SPD darf nicht die für die deutsche Demokratie verhängnisvolle Haltung der CDU mitmachen, daß alle Politik primär unter dem Gesichtspunkt des Wahlsieges zu sehen sei. Sie sollte nicht übersehen, daß der Bundeskanzler keineswegs immer so gehandelt hat und sich gerade durch eine seinerzeit sehr unpopuläre Entscheidung wie die über den Verteidigungsbeitrag viel Vertrauen erworben hat. Aber die Maßlosigkeit, mit der die Christlichen Demokraten jetzt die gegenwärtige SPD-Führung bekämpfen, die durch die Parteireform nun die Grundlage für eine von der CDU so lange beschworene gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorbereitet, zeigt, daß die CDU heute in erster Linie nur noch an sich und nicht an den Staat denkt. Solcher Opportunismus wird eines Tages Schiffbruch erleiden. Es mag sein, daß die Revision der sozialdemokratischen Politik zu spät eingesetzt hat, um schon diesmal zum Erfolg zu führen. Aber dies wäre kein Beweis gegen die Richtigkeit oder die Notwendigkeit der Aenderung der sozialdemokratischen Politik in den wichtigen Fragen, wo die Position der Partei aus den Jahren 1949 bis 1957 einfach durch die geschichtliche Entwicklung überholt worden ist.

Politische Erfolge reifen langsam; und Fehler, die einmal gemacht wurden, können nur langsam wiedergutgemacht werden. Das kategorische Nein, auf das Kurt Schumacher die Partei festgelegt hatte, war ein solcher Fehler. Es wäre gewiß falsch, dieses Nein nun durch ein kategorisches Ja zu ersetzen, aber es wäre fatal, wenn die Sozialdemokraten sich von ihrem Wege dadurch abbringen lassen wollten, daß am 17. September nicht alle Blütenträume reifen. Mit einer Wahlniederlage wäre nämlich weder die historische Rolle der SPD noch ihre politische Aufgabe beendet. Sie wäre es nur dann, wenn die Sozialdemokraten dann jenen Leuten folgen wollten, die, vom „sozialistischen Lager" jenseits des Eisernen Vorhangs verführt, die Partei auf den Weg der politischen Sekte führen möchten. Große Volksparteien, wie es die CDU und die SPD heute sind, haben ihre „Flügel" und sind ohne Richtungskämpfe nicht denkbar. Aber sie brauchen auch das einigende Band menschlicher Verbundenheit, das nur aus dem Bewußtsein erwachsen kann, an einer gemeinsamen Aufgabe mitzuwirken. Nur wenn die SPD dieses Bewußtsein verliert, ist sie verloren.

Nebenstehender Artikel aus der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 13.5.1961 bildete den Anlass zu einem längeren Briefwechsel zwischen Monika S e i f e r t und Conrad A h l e r s, dem Leiter der innenpolitischen FR-Redation. Die Diskussion erscheint uns gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedeutsam genug, sie den Mitgliedern des SDS und interessierten Freunden zur Kenntnis zu bringen. Die Auseinandersetzung beginnt mit einem Leserbrief von Monika Seifert, der am 16.5.1961 in der FRANKFURTER RUNDSCHAU erschien.

Gegen die Mutlosigkeit innerhalb der SPD, die Conrad Ahlers feststellt (siehe Artikel vom 13. Mai), kann man weder mit Durchhalteparolen noch mit dem Trost auf 1965 angehen. Ahlers wird auch wenig Verständnis finden mit der Rede von einer "Wiedergutmachung" der "Fehler" Kurt Schumachers; denn eines wissen die Parteimitglieder, die zusammen mit Kurt Schumacher gekämpft haben: sein "kategorisches Nein" war ein kategorisches Ja zu einer gesellschaftlichen Verankerung und Weiterentwicklung der Demokratie. Die verbreitete Unzufriedenheit ist eine Frucht dessen, daß man den neuen "Kurs" in der Partei stur von oben her durchgepaukt hat. Ahler's bloße Behauptung, das, was man gestern getan hat, sei heute "überholt", ist eben kein Argument. Man kann nicht einerseits die Überzeugung der Mitgliedschaft als "Ballast" abwerfen wollen, andererseits aber erwarten, daß diese Mitglieder das Volk von den Vorzügen einer "ballastlosen" Politik überzeugen können. Die eigentliche Leere der von Conrad Ahlers vertretenen Politik tritt jedoch am krassesten zutage, wenn Ahlers am Ende selbst nichts anderes mehr weiß als diejenigen, die das Erbe Schumachers ernst nehmen, als "Verführte" von jenseits des Eisernen Vorhanges zu denunzieren, "die die Partei auf den Weg der politischen Sekte führen möchten".

Monika Seifert, Frankfurt

Frankfurt am Main, den 16. Mai 1961

Sehr geehrte Frau Seifert!

Mit Interesse habe ich Ihren Brief zu meinem Artikel gelesen. Mir ist allerdings in keiner Weise klar geworden, welche Politik Sie der SPD nun eigentlich empfehlen. Da Sie meinen, ich hätte Sie und Ihre Gesinnungsgenossen als "Kommunisten" denunzieren wollen, nehme ich an, daß Sie die kommunistische Variante des Sozialismus ebenfalls ablehnen. Sie stützen sich stattdessen auf das Erbe Kurt Schumachers. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß Kurt Schumacher, wenn er noch lebte, selber seine Außenpolitik inzwischen revidiert hätte, denn ich kann mir nicht

vorstellen, daß er nicht zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen wäre wie Herbert Wehner. Was das Godesberger Programm angeht, so hat Schumacher manche der darin niedergelegten Auffassungen selber vertreten, zum Beispiel die grundsätzliche Formel, daß der Marxismus kein z e i t g e m ä ß e s Programm mehr ist. Offen bleibt natürlich die Frage, wie sich Schumacher zu dem Problem der Wohlstandsgesellschaft eingestellt hätte. Es ist anzunehmen, daß er als Moralist in der Politik die fragwürdigen Wirkungen der Prosperität gegeisselt und die Auswüchse des Kapitalismus bekämpft hätte, nicht jedoch, daß er den Schluß gezogen hätte, man müsse nun wieder z u r ü c k in e eine Z w a n g s w i r t s c h a f t . Nach meiner Meinung sind die wahren Erben Schumachers dort zu suchen, wo man sich um eine neue sozialdemokratische Politik bemüht.

Vor allem aber würde ich gerne einmal hören, ob diejenigen, die die heutige SPD-Führung verurteilen, auch bereit sind, einzugestehen, daß ein Festhalten an der alten Politik die Sozialdemokraten zu einer h o f f n u n g s l o s e n p o l i t i s c h e n M i n d e r h e i t in der Bundesrepublik verurteilen würde. Dieser Gedanke verbirgt sich hinter dem Ausdruck von der politischen Sekte. Ein solcher Weg wäre durchaus e h r e n h a f t , nur leider völlig u n p o l i t i s c h . Es ist im übrigen der Weg, den die Kommunisten überall dort gehen müssen, wo sie in absehbarer Zeit keine Chance haben, an die M a c h t zu kommen. Aber er verträgt sich nicht mit der Notwendigkeit, daß eine s t a r k e s o z i a l d e m o k r a t i s c h e P a r t e i a m d e m o k r a t i s c h e n L e b e n in D e u t s c h l a n d t e i l n i m m t . Man kann nicht zugleich mitwirken wollen an der Gestaltung des politischen Schicksales der Nation und sich gleichzeitig in einen ständigen Widerspruch setzen zu dem vernünftigen Wollen der Mehrheit der Bevölkerung.

In diesem Sinne verstehe ich schon garnicht, wieso es kein Argument sein soll, wenn man feststellt, daß bestimmte Positionen überholt sind. In einer solchen Replik liegt einmal die unerhörte Anmaßung, man hätte immer recht gehabt und sei niemals in die Irre gegangen, zum anderen beweist sie eine erstaunliche geistige Unbeweglichkeit, auf die eigentlich niemand stolz sein sollte. Nur wer sich wandelt, bleibt mit mir verwandt, hat Nietzsche einmal gesagt.

Ich sehe auch keinen besonderen Vorteil darin - wie es heute oft geschieht - die SPD des Opportunismus und der mangelnden Überzeugungstreue zu beschuldigen. Natürlich kann man und soll man Politik nicht ohne Überzeugung machen. Aber es ist doch wohl ein großer Unterschied, ob eine Überzeugung lebendig ist oder zur reinen Doktrin erstarrt. Der Effolg der SPD-Politik von 1949 bis 1959 war es jedenfalls, daß die Partei eine politische Minderheit wurde, daß ihre Politik immer widerspruchsvoller und unzeitgemäßer wurde, daß sie ihren Einfluß selbst in den Kreisen der Arbeiter und Jugend verlor, daß sie auf der internationalen Ebene nicht mehr ernst genommen wurde. Wen diese Entwicklung nicht schmerzlich berührt hat und wer nicht bereit wurde, dagegen etwas zu tun, der kann sich meiner Ansicht nach nicht zu den Freunden der Sozialdemokraten zählen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. C. Ahlers

(Sperrungen von der Redaktion!)

Frankfurt am Main, den 22.5.1961

Sehr geehrter Herr Ahlers,

für Ihre Erwiderung zu meinem Leserbrief in der FR vom 16.5.61 danke ich Ihnen bestens.

Leider ist es in einem Leserbrief ja nur möglich, zu einer bestimmten Nachricht oder einem bestimmten Artikel e i n e n Gesichtspunkt anzudeuten. Das habe ich versucht. Denn ich bin der Auffassung, daß Sie es sich doch etwas leicht gemacht haben, wenn Sie von "Verführten" sprechen, Kurt Schumacher "Fehler" vorwerfen, die wir wieder gut zu machen hätten und die Politik der SPD von 1946 bis 1959 kurzer Hand für "überholt" erklären. Mir ist nicht ganz verständlich, daß Sie mir nun den Vorwurf machen, ich hätte nicht klar zu machen versucht, welche Politik ich der SPD eigentlich empfehlen wollte. Wie können Sie glauben, daß ich das in einem Leserbrief nachholen könnte, was man in der SPD seit der eigenmächtigen (erst sehr viel später vom Parteivorstand gebilligten) Aufgabe des Deutschlandplanes durch Herbert Wehner mittels der "Flucht in die Öffentlichkeit" durch einen "Vorwärtsartikel" hätte tun müssen: eine Analyse zu geben und in der Partei zu diskutieren, warum diese "Kehre" notwendig und alles bisherige "überholt" sei. Der bloße Hinweis auf die Pariser Konferenz hat dieses Versäumnis nicht ersetzen können.

Sie haben mir ausführlich geantwortet. Ich nehme an, daß Sie mit diesem Brief nicht nur mich meinen, sondern viele Genossen in der deutschen Sozialdemokratie. Da Sie mich zugleich direkt fragen, will ich versuchen Ihnen wenigsten in Stichpunkten (wenn auch nicht sehr kurz) etwas über die Politik sagen, die m.E. heute notwendig wäre.

Zunächst ist etwas richtig zu stellen; Kurt Schumacher hat den orthodoxen Marxismus mit Recht abgetan, aber er hat imm-er betont: "Wir Sozialdemokraten haben gar keine Veranlassung den Marxismus in Bausch und Boden zu verdammen... Er ist kein Ballast... Wenn der Marxismus auch kein Katechismus ist, so ist er doch die M e t h o d e, der wir, besonders in der Analyse angewendet, mehr Kraft und mehr Erkenntnis und mehr Waffen verdanken, als jeder anderen wissenschaftlichen und soziologischen Methode in der Welt." Diese Methode zur Erfassung der Wirklichkeit sollte - wie Ollenhauer betonte - durch Godesberg nicht "über Bord geworfen" werden. Leider kann man m.E. nicht umhin, der von Ihnen vertretenen Politik den Vorwurf zu machen, daß ihr die Methode fehlt, die Wirklichkeit und ihre Bewegungstendenzen zu erfassen.

Wir haben heute von einer Gesellschaftsstruktur auszugehen, die weitgehend zu einer Entpolitisierung großer Teile der Bevölkerung geführt hat. Wir müssen erkennen, daß diese Entfremdung von einer durch Vernunft begründeten Politik von den herrschenden Gruppen der Bundesrepublik wie "Keine Experimente" systematisch vorangetrieben und durch eine politischen Emotionalisierung aufgefangen wird. Zu dieser Emotionalisierung gehört einmal der emotional aufgeheizte militante Antikommunismus, zum anderen die politische Verfemung jeder Oppositionspolitik etwa mit dem Slogan "Untergang Deutschlands" als staatsgefährdend. Adolf Arndt hat diesen Prozess einmal sehr zutreffend als eine "Unterwanderung des Grundgesetzes" bezeichnet. Sogar die "Neue Züricher Zeitung" hat im Hinblick auf den Wahlkampf der CDU/CSU von "faschistoiden Zügen" gesprochen. Die Sozialdemokra-

tie hat es früher immer wieder betont, daß die Demokratie in der Bundesrepublik durch ein vielleicht begrenzt rechtsstaatliches, aber dennoch autoritäres Regime bedroht sei.

Der Minderheitsflügel innerhalb der SPD ist angesichts dieser Situation und den herrschenden gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen davon ausgegangen, daß die Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Aussicht hat, die Regierungsgewalt in der Bundesrepublik auszuüben, noch an ihr teilzuhaben. Wenn diese Einschätzung richtig ist und die Sozialdemokratie bei den Wahlen kaum große Gewinne über die Sperrminorität hinaus zu verzeichnen vermag, dann kommt alles darauf an, der Entpolitisierung und politischen Emotionalisierung, der Restauration und der Tendenz zum Autoritären entgegen zu arbeiten. Die gesellschaftlichen Gruppen, von denen dabei auszugehen ist, sind die Arbeiter, Angestellten, Rentner und die kritischen Intellektuellen, die zusammen den traditionellen Wählerstamm der SPD stellen. Eine bewußt geführte Oppositionspolitik muß das Ziel haben, diese sozialen Gruppen - die über 2/3 der Wähler ausmachen - wirklich zu vertreten und sie politisch bewußter werden zu lassen durch eine konsequente Arbeitnehmerpolitik, die die wahren Fronten unserer Gesellschaft deutlich werden läßt. Nur eine Oppositionspolitik, die die Arbeitnehmerschaft systematisch auf den Kampf gegen das autoritäre System vorbereitet und offen ausspricht, warum sie die Mehrheit nicht gewinnen kann, ist in der Lage, ein bundesdeutsches Salazar-Regime zu verhindern, das Herr Strauss, Herr Jaeger und Herr Schröder systematisch vorbereiten. Daß eine solche Arbeitnehmerpolitik von den konkreten Problemen und Konflikten auszugehen hat, liegt auf der Hand. In dieser Hinsicht haben wir aus den Fehlern, die in der Zeit von 1946 bis heute gemacht wurden, ganz sicher zu lernen und müssen "zeitgemäßer" werden. Dazu gehört auch, daß man den Trend zum Autoritären als Ausdruck einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus erkennt, dessen Repräsentanten offenbar zur sogenannten Wohlstandsgesellschaft weniger Vertrauen haben als die Ideologen des Mittelstandes. Eine Sozialdemokratie, die die gesellschaftliche Basis des "Wohlstandes" für gesichert hält, würde sich selbst aufgeben; denn dann hätte die CDU ihre Ziele verwirklicht. Die Sozialdemokratie kann sich nicht damit begnügen, abstrakt eine "neue" Politik zu verkünden. Ihr Versprechen war es stets, die Demokratie durch den Sozialismus zu realisieren. Deshalb ist es ihre Aufgabe, der Arbeitnehmerschaft zu zeigen, daß die Demokratie in allen Zweigen der Gesellschaft, bis in die Betriebe hinein, verwirklicht werden muß, wenn nicht einst wieder wirtschaftliche Schwierigkeiten auf den Schultern der Arbeitnehmer ausgetragen und durch Zwang und Nationalismus kompensiert werden sollen. Eine Sozialdemokratie, die allerdings diesen Weg selbst als ein "Zurück in die Zwangswirtschaft" sieht, gibt ihre einzige Chance auf. Eine konsequente Arbeitnehmerpolitik muß "die Kraft haben", wie Kurt Schumacher einmal sagte, auch "gegen den Strom zu schwimmen". Es ist nicht wahr, daß jeder der gegen den Strom schwimmt, sein Ziel nicht erreicht. Wahr ist, daß nur die zugrunde gehen, die vorzeitig kapitulieren."

Die von Ihnen vertretene Politik hat den Weg der Arbeitnehmerpolitik nicht beschritten. Man ist von der Einschätzung ausgegangen, daß bei einer Politik, die sich - wie man sagt - "nach rechts öffnet", die Position der Sozialdemokratie im gesellschaftlichen und politischen Kräftefeld so verändern ließe, daß die Sozialdemokratie "an die Macht" kommt. Dabei wurde nicht nur die traditionelle Politik im Außenpoliti-

schen und die konsequente Haltung der SPD in der Frage der Atombewaffnung preisgeben, sondern auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Organisationen der Arbeiterbewegung und ihren Forderungen angetastet. Ein Wahlkampf, der unter der Fahne der "Gemeinsamkeit" geführt wird und bedauerlicherweise Untersuchungen der Meinungsforschung verabsolutiert und zum Maßstab der Politik werden läßt, statt sie der Politik angemessen unterzuordnen, hat - wie die Kommunalwahlen im März und die letzten Ergebnisse der Meinungsumfrage zeigen - für die Sozialdemokraten kein Vertrauen geschaffen, unserer Partei vielmehr Vertrauen geraubt. Viele Sozialdemokraten resignieren, andere wandern enttäuscht zur DFU ab und gefährden damit die Sperrminorität der Opposition. Alles das wäre unter Umständen zu überstehen, wenn die Sozialdemokratie wenigstens zu einer, wenn auch neuen, so doch machtvollen Alternative zur Politik der Bundesregierung geworden wäre. Aber gerade das fehlt, wie Sie selbst in Ihrem Artikel festgestellt haben. Schlimmer: die Politik der Gemeinsamkeit lähmt die Widerstandskräfte gegen die autoritären Bestrebungen; sie treibt sogar den Trend zum Autoritären selbst voran.

Noch vor einem Jahr hat man mich ausgelacht, als ich prophezeite, daß Willi Brandt von der Meinungsindustrie fallen gelassen würde. Inzwischen spürt auch Brandt die Methode der politischen Emotionalisierung. Er ist heute zum ersten Mal Sozialdemokrat. Ein Tatbestand, der sich aus den Tabellen der Meinungsbefragung nicht ablesen ließ, der nur durch eine Analyse der Machtverhältnisse vorhersehbar war. Dabei hat Brandt nicht einmal die Chance genutzt, noch als populärer Mann eine zunächst vielleicht unpopuläre Politik wie etwa den Deutschlandplan zu vertreten.

Gerade der auf eine Person abgestellte Wahlkampf, der Slogan "Wir sind eine Familie" und die ständige Distanzierung von "Parteipolitik" schafft weitere Entpolitisierung. Jede Entpolitisierung aber wird unter den gegenwärtigen Umständen, wie die politische Emotionalisierung, nur einer autoritären Politik Nutzen bringen. Die Sozialdemokratie bringt sich dabei um die Chance, einst unter veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen von der Mehrheit mit der Verantwortung betraut zu werden.

Es ist die Sorge, die mich alles dieses aussprechen läßt. Es scheint mir in diesem Zusammenhang auch nicht unwichtig, festzuhalten, daß von Ihnen schon während des Wahlkampfes die innerparteiliche Diskussion begonnen wurde. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie die Forderung, "daß eine starke sozialdemokratische Partei am demokratischen Leben in Deutschland teilnimmt", wirklich unabhängig von den politischen Entwicklungstendenzen - die Sie in Ihrem Artikel und in Ihrem Brief weitgehend ausklammern - stellen. Ich bin der Auffassung, daß man auch in der Opposition entscheidend mitwirkt an der "Gestaltung des politischen Schicksals der Nation" und daß es Situationen gibt, in denen man sich in einen ständigen Widerspruch zu dem Wollen der Mehrheit der Bevölkerung setzen muß. Aber in dieser Situation befindet sich die SPD heute nicht. Sie hat gerade in der Frage der Remilitarisierung und der atomaren Rüstung das "vernünftige Wollen der Mehrheit der Bevölkerung" repräsentiert. Wir sollten auch nicht vergessen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich in ihrer Geschichte nicht gescheut hat, eine richtige Politik auch dann zu vertreten, wenn sie dadurch zu einer "politischen Minderheit" wurde. Sie hat dies nicht allein um der "Ehre" willen, sondern aus politischer Notwendigkeit heraus getan. Sie ist dabei ebensowenig "unpolitisch" geworden wir Kurt Schumacher, als er am 23.2.32 im Reichstag den "Herren Nationalsozialisten" erklärte: "Sie können tun und lassen, was sie wollen, an den Grad unserer Verachtung werden sie nie heranreichen,,,

Als Vertreter der marxistischen Arbeiterbewegung betone ich mit Stolz, daß System und Politik des Marxismus derartige persönliche Schmutzigkeiten immer ausgeschlossen haben." Wenn man diese Politik nicht für richtig hält, muß man fragen, hätte die SPD sonst nicht für das Ermächtigungsgesetz und - gesetzt den Fall, Hitler hätte die SPD nicht verboten - sogar für die Nürnberger Rassengesetze stimmen müssen, da diese im Volke ja bekanntlich keinen Sturm der Entrüstung hervorriefen?

Sie irren, wenn Sir mir unterstellen, ich wollte starr an der SPD-Politik von 1949 bis 1959 festhalten. Ich bin der Auffassung, daß die Fehler von heute leider zu sehr ein Produkt der Fehler von gestern sind. Ich wende mich allerdings dagegen, daß man die gesamte bisherige Politik ohne wirkliche Begründung für "überholt" erklärt. Man kann gute Politik nicht nach Doktrinen machen. Aber man kann die Richtigkeit einer Politik auch nicht einzig an ihrem Wahlerfolg messen, denn wir Menschen machen zwar die Politik, aber wir machen sie unter Bedingungen, die wir nicht selbst wählen können. Leider werden vermutlich nur gerade diejenigen, die heute am lautesten von "Erfolgen" reden und davon, "an die Macht zu kommen", in einigen Monaten strikt ablehnen, ihre Politik am Fehlen wirklichen Erfolges zu messen und irgendwelche Konsequenzen zu ziehen; statt dessen wird man Sündenböcke suchen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Seifert

Frankfurt am Main, den 24. Mai 1961

Sehr geehrte Frau Seifert!

Vorweg herzlichen Dank für Ihren ausführlichen Brief. Selbstverständlich können Sie unseren Briefwechsel jedem Ihrer Bekannten, der daran Interesse hat, zugänglich machen. Ich bitte nur darum, daß Sie auch diese meine Antwort einbeziehen und berücksichtigen, daß ich kein Parteimitglied bin, obwohl meine politische Einstellung natürlich von Sympathien zur SPD beherrscht wird. Im übrigen würde ich mich freuen, wenn ich Sie einmal persönlich kennenlernen könnte.

Die eigentlichen Meinungsverschiedenheiten werden von Ihnen im letzten Teil angeschnitten. Es geht hier um die Frage der "richtigen Politik". Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß ich mit Ihnen schon aus Gründen der Aufrichtigkeit übereinstimme, daß auch in einer Demokratie die richtige Politik sich nicht einfach an dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung ablesen läßt, genausowenig wie religiöse oder wissenschaftliche Wahrheit davon abhängig sein kann, wieviele Menschen sie glauben oder davon Kenntnis nehmen. Im Unterschied zu Ihnen bin ich aber der Auffassung, daß - um hier einen Anfang zu machen - die Aussenpolitik der SPD seit 1949 und zunehmend in den letzten Jahren in wichtigen Punkten falsch war, daß die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Punk-

ten gesünder und vernünftiger reagiert hat, während gerade die Sozialdemokraten emotionell und nicht rational handelten, daß deshalb eine Korrektur erforderlich wurde und zwar weniger um der Wahltaktik willen als um der Richtigkeit willen.

Sie geben ja zu, daß wir alle unter Bedingungen Politik machen müssen, die wir nicht vorschreiben können. Eine solche Bedingung ist zum Beispiel die Änderung der Machtverhältnisse zwischen West und Ost zu Gunsten der Sowjetunion, die es den Russen ermöglicht, auf der Teilung Deutschlands zu bestehen, wobei wir uns sicher darüber klar sind, daß es vorher der Westen war, der seine Überlegenheit benutzte, die Teilung aufrecht zu erhalten. Die historische Entwicklung ist eben eine Bedingung, die unsere Handlungen beeinflussen muß. Deshalb war die Politik der Wiedervereinigung der SPD und die Ablehnung der West-Integration richtig, solange die Chance bestand, mit den Sowjets zu einer Verständigung zu kommen. Seit etwa 1956 ist diese Chance nicht mehr gegeben und daraus muß man die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Eine weitere Bedingung ist der waffentechnische Fortschritt. Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung war rational richtig, solange ein Gegensatz zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung bestand. Seit die Wiedervereinigung als praktisches Ziel der aktuellen Politik verschwunden ist, wurde der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung zu einer reinen Gefühlssache, wobei die Formen der Wiederbewaffnung selbstverständlich ein Punkt der Diskussion bleiben müssen. In diesen Bereich gehört die Frage der Atombewaffnung. Erst jetzt bequemen sich die Sozialdemokraten, in Anlehnung an Kissinger ihre Stellungnahme zu argumentieren. Auf der linken Seite dagegen wird immer noch mit reinen gefühlsmäßigen Erwägungen gearbeitet. Bei diesem Gesamtkomplex scheint es mir, daß die Mehrheit der Bevölkerung viel vernünftiger reagiert; denn ich sehe schlechterdings nicht ein, wie man ein Gemeinwesen ohne militärische Mittel sichern soll, wobei ich, um alle Mißverständnisse auszuschalten, natürlich weiß, daß militärische Mittel allein nicht ausschlaggebend sind.

Dies also ist der Vorwurf an die SPD, daß sie lange Zeit unpolitisch und emotional Lebensfragen der Nation behandelt hat, anstatt Ihrer Forderung zu genügen, rationale Politik zu machen, die allein zu einer richtigen Politik führen kann. Es bleibt selbstverständlich die Aufgabe, jede sich bietende Gelegenheit zur Wiedervereinigung anzupeilen und auszunutzen und sich im übrigen so einzurichten, daß alles war man tut möglichst wenige Hindernisse einer solchen Zukunftschance entgegenstellt.

Ein anderer Punkt ist die Europa-Politik. Ich gehöre weiß Gott nicht zu den Europaschwärmern und war immer so weit dagegen, wie die Integration der Wiedervereinigung entgegenstand. Aber damals wie heute gab es europäische Ansätze, die durchaus mit einer Wiedervereinigungspolitik harmonisierten, und daß sich die SPD auch hier quer gelegt hat, unter Führung von Schumacher, war ein Fehler, für den man büßen muß.

Schließlich noch ein Wort zum Deutschland-Plan: Hier stimme ich mit Ihnen überein. Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß er zu spät vorgelegt und zu früh bei Seite gelegt wurde. Allerdings hätte ich ihn in einzelnen Punkten anders formuliert, schon um nicht dauernd mit dem Vorwurf des appeasement beschossen zu werden.

Nun aber zur Innenpolitik. Ich muss gestehen, daß der Marxismus selbst als Methode mir keine wesentliche Erkenntnisse verschafft. Nehmen wir nur einmal das Beispiel des Klassenkampfes. Der Begriff der Klasse hat sich verändert und vor allen Dingen kann von einem Klassenbewußtsein nur noch vereinzelt die Rede sein. Dabei bleibt die Tatsache bestehen, daß es natürliche Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Gruppen gibt und sie auch zeitweilig zu scharfen Formen der Auseinandersetzung führen können. Aber solange es im westlichen Bereich keinen großen marxistischen Denker gibt, der gewissermaßen das Neue Testament zum Kapital schafft, wird man sich mit anderen Theorien behelfen müssen, um die Gegenwart zu verstehen. Es mag sein, daß diese anderen Theorien auch nicht viel besser sind als der heutige Marxismus; aber dies spricht auch nicht für den Marxismus.

Die Entpolitisierung der Bevölkerung ist gewiss eine Tatsache. Aber angesichts der furchtbaren Geschehnisse, die durch die totale Politisierung des Volkes entstanden sind, mag die Bewertung dieses Vorganges zweifelhaft sein. Wer die Politisierung will, muss auch den angeheizten Anti-Kommunismus in Kauf nehmen, denn schließlich ist nicht zu erwarten, daß nun alle Menschen sich im Sinne des Sozialismus politisieren lassen. Zweifellos leben wir in der Gefahr, daß die Demokratie autoritär unterlaufen wird, nicht nur wegen des Rechtsdralls in Deutschland, sondern auch durch das entsprechende gesellschaftliche Vakuum. Gerade deshalb aber erhebe ich die Forderung, daß die SPD die Schranken niederreißt, die ihr es unmöglich machen, eine ausreichend große Zahl von Wählern zu gewinnen.

Von Ihrem Rezept des Kampfes einer Minderheit gegen die grosse Mehrheit der Bevölkerung verspreche ich mir überhaupt nichts. Dadurch wird unter ungünstigen Bedingungen der Faschismus nicht nur nicht verhindert, sondern wie vor 1933 gefördert. Die SPD bleibt bestensfalls eine Krisenpartei und gerät in den Verdacht, eine Wirtschaftskrise oder eine aussenpolitische Katastrophe herbeizuwünschen, um vielleicht an die Macht zu kommen, zumindest aber im Recht behalten zu haben. Dies hat überhaupt nichts damit zu tun, ob man die Basis des Wohlstandes für gesichert hält. Aber auch die SPD muss daran arbeiten, daß der Wohlstand erhalten bleibt. Die große Aufgabe liegt meines Erachtens darin, den Kapitalismus überzuleiten in eine zunehmend soziale Wirtschaftsform, was natürlich nur zu erreichen ist, wenn eine starke Sozialdemokratie sich daran beteiligt. Sollte es zu schweren wirtschaftlichen Krisen kommen, so ist es wichtig, daß das zur Verfügung stehende Instrumentarium der Wirtschaftspolitik eingesetzt wird, ein Mischsystem von Lenkung und freier Markt-Ordnung zu verankern, anstatt die Gelegenheit zum Umsturz zu benutzen. Ein solcher Umsturz müßte zwangsläufig im Kommunismus enden.

Im übrigen habe ich den Eindruck, daß solche Auseinandersetzungen, wie wir sie führen, im Grunde nur aus Schutzbehauptungen bestehen, wie der Jurist sagt. Ich sehe die große Schwäche starker Kräfte in der SPD darin, daß sie in einem unüberwindbaren Zwiespalt zu ihrem Volk und zu ihrer Gesellschaft leben und im wahrsten Sinne des Wortes heimatlose Linke sind. Ich kann das gut verstehen, nach all dem, was in Deutschland geschehen ist, aber es ist natürlich aussichtslos, von einer solchen Position aus in Deutschland Politik machen zu wollen. Man kann daran verzweifeln, daß nicht die große Mehrzahl der Deutschen Pazifisten und Anti-Faschisten sind. Aber man kann dies nicht ändern, genausowenig, wie man andere unangenehme Erscheinungen der menschlichen Moral aus der Welt schaffen kann. Man kann nur Schritt für Schritt die Zahl der friedliebenden und demokratischen Kräfte zu vergrößern suchen, darf sich aber durch Mißerfolge nicht in eine permanente Abwehrhaltung gegenüber seiner Umwelt drängen lassen. Diese Fragestellung erreicht andere Dimensionen, als sie normalerweise besprochen werden, und jeder muß sich selber prüfen, inwieweit er Loyalitäten akzeptieren kann. In diesem Zusammenhang würde ich gerne die Antwort auf zwei Fragen wissen: Würden Sie eine innere Befriedigung verspüren, wenn Willy Brandt und der rechte SPD-Flügel bei den kommenden Wahlen eine entscheidende Niederlage erleidet? Würden Sie die gleiche Befriedigung verspüren, wenn die Regierung Adenauer irgendwann einmal auf dem internationalen Feld eine entscheidende Niederlage erleiden sollte, wobei im ersten Fall die Sperrminorität verschwinden, im zweiten vielleicht West-Berlin aufgegeben würde?

Mit freundlichen Grüßen

gez. C. Ahlers

Frankfurt am Main, den 4.7.1961

Sehr geehrter Herr Ahlers,

leider komme ich erst heute dazu, Ihnen für Ihre freundliche und ausführliche Erwiderung zu danken. Ich hatte in den letzten Wochen eine soziologische Prüfung abzulegen.

Ich stimme Ihnen zu, daß wir die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen West und Ost und ihre Bedeutung für eine Wiedervereinigungspolitik in unsere Analyse einzubeziehen haben. Aber gerade wenn man eine auf Vernunft gestützte Politik will, muß man es als besonders irrational ansehen, wenn sich heute die SPD um eine gemeinsame Außenpolitik mit der CDU bemüht. Denn gerade die Politik der Bundesregierung hat uns in der Frage Berlin und DDR emotinal in eine völlig verfahrene Situation manoevriert. Es geht nicht um persönliche "Befriedigung", sondern darum, ob die "Regierung Adenauer nicht irgendwann einmal auf dem internationalen Feld eine entscheidende Niederlage erleiden" m u ß ! Welche Veranlassung hat die Sozialdemokratie für diese Niederlage mit-einzustehen? Nachdem nahezu alle anderen Pfänder verspielt

worden sind, ist zu fragen, ob die Sozialdemokratie nicht die Frage der Anerkennung der DDR als Gegenleistung für eine vernünftige Regelung der Berlin-Frage ins Spiel bringen sollte, statt sich an die hoffnungslose Politik der Bundesregierung zu hängen.

Da ich, wie ich in meinem Brief nachdrücklich betont habe, der Sperrminorität der Sozialdemokratie wenigstens für eine relative Sicherung der Demokratie in der Bundesrepublik gegen die autoritären Tendenzen eine Bedeutung zumesse, kann ich keine "innere Befriedigung verspüren, wenn Willi Brandt und der rechte Flügel bei den kommenden Wahlen eine entscheidende Niederlage erleidet". Ein großer Wahlsieg der CDU würde die Position aller Oppositioneller in der Bundesrepublik entscheidend schwächen. Aber gerade weil ich einen auch nur relativen Wahlerfolg der SPD nicht als entscheidendes Kriterium für die in der Bundesrepublik notwendige Politik ansehen kann, würde ich auch in diesem Fall nicht ablassen von der Forderung nach einer auf Vernunft gegründeten Politik, die der zunehmenden Entpolitisierung, dem Gemeinsamkeitsrummel und der vorgetäuschten Partnerschaft begegnet und die die verschleierten Fronten unserer Gesellschaft und die daraus resultierenden Gefahren nicht verkleistert. Diese Politik muß davon ausgehen, daß der gegenwärtige Immobilismus und die fortschreitende Aushöhlung der Demokratie - wie man sie 1945 zu errichten versuchte - nur überwunden werden kann, wenn man allen Arbeitnehmern und den kritischen Intellektuellen die Perspektive zeigt, die abstrakt mit dem Wort Sozialismus verbunden ist, die aber real Selbstbestimmung heißt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Seifert

****

G I L T N I C H T F Ü R P A R T E I V O R S T Ä N D E

"Ich habe niemals so viel gelernt wie in letzter Zeit. Viele meiner früheren Ideen habe ich revidieren oder ergänzen müssen. So hatte ich mit Recht angenommen, daß das Recht des Bürgers auf Kritik der Regierung das Fundament der Demokratie darstelle. Dabei hatte ich bloß übersehen, daß es drei Ausnahmesituationen gibt, in denen die Kritik zum Verbrechen wird: b e v o r die Regierung handelt, w ä h r e n d sie handelt und n a c h d e m sie gehandelt hat. Dabei ist das doch ganz leicht zu begreifen. Wenn man sie für das tadelt, wovon man glaubt, daß sie es tun werde, so verurteilt man bloße Absichten. Sagt man hingegen ihren Mißerfolg voraus, so zählt man zu jenen ruchlosen Kassandren, die für die Katastrophe verantwortlich sind, weil sie sie angekündigt haben. Was zweitens die Kritik betrifft, während die Regierung handelt, so muß man sich ihrer enthalten, weil das ja die Regierung schwächen, ihr einen Dolchstoß in den Rücken versetzen hieße. Und drittens, die Kritik nach der Aktion? Nehmen wir an, daß die Aktion mit einem Mißerfolg geendet habe, obwohl diese Hypothese schon an die Provokation grenzt, denn die Entscheidung, ob ein Mißerfolg überhaupt vorliegt, steht allein der Regierung zu. Und im übrigen hat ja Frankreich schon seit langem, wenn wir uns nicht irren, nur Erfolge zu verzeichnen. Doch stellen wir die Hypothese trotzdem auf. Auch dann haben wir kein Recht zur Kritik. Erstens einmal, weil wir ja vor und während der Aktion nichts gesagt haben - wie dürfen wir dann das Resultat kritisieren, wenn wir doch gar nicht ge-

warnt haben! Außerdem führt der Mißerfolg zu Schwierigkeiten mit dem Ausland. Der ausländischen Kritik recht zu geben, wäre ebenfalls ein Dolchstoß in den Rücken der Regierung und damit Frankreichs. Und im übrigen: was vergangen ist, ist vergangen, und es hat doch keinen Sinn, sich in sterile Streitereien zu stürzen, nicht wahr? Denken wir vielmehr an die Zukunft. Und da wir die Regierung nicht kritisiert haben - warum sollten wir sie da nicht die nächste Aktion vorbereiten lassen? Womit wir wieder in den ersten Fall zurückversetzt sind: den nämlich, wo jede Kritik unmoralisch ist."

Prof. Alfred Grosser in "Le Monde", Paris

****

B E I T R A G Z U D E N T H E S E N Z U R P O L I T I K D E S S D S

... Köpfe
Benützen sie nur zum Schütteln. Mit besorgter Miene
Warnen sie die Insassen sinkender Schiffe vor dem
Wasser ...

(Brecht - aus: "Lob des Zweifels")

1. Mit Thesen und Perspektiven, die von der Verwirklichung allzu ferner Ziele ausgehen, ist es ein Leichtes, die Sinnlosigkeit konkreter Aktionen nachzuweisen. Revolution steht heute n i c h t auf der Tagesordnung. Wir leben 1961, nicht 1918, und historische Versäumnisse lassen sich nicht reparieren. An einer revolutionären Vergangenheit die Gegenwart zu messen, ist die beste Methode, die Linken zu entmutigen.

2. Andererseits verführt die rückwärtsblickende Analyse leicht dazu, den heutigen Zustand als Produkt einer "notwendigen", das meint hier: unabwendbaren Entwicklung zu betrachten. Dieses Denken entspricht dem alten Kautskyanismus (früher und teilweise noch heute fälschlich Marxismus genannt), der die Geschichte als einen unbeeinflußbaren, mechanischen Prozess betrachtet, der "notwendig" in der klassenlosen Gesellschaft endet. Diese Vorstellungen haben es der alten Sozialdemokratie erleichtert, auf riskante Auseinandersetzungen - und ein Risiko enthalten politische Auseinandersetzungen immer - zu verzichten. Wäre es doch lächerlich, den Kopf für eine Sache hinzuhalten, die sich von selbst ergeben würde. Kautsky: Die Sozialdemokratie ist wohl "eine revolutionäre, nicht aber eine Revolutionen machende Partei."[1]

3. Der Marxismus will die Erkenntnis davon vermitteln, w o im historischen Prozess Punkte für ein möglichst wirksames Ansetzen vorhanden sind. Seine Perfiflage, dagegen, der Kautskyanismus, bewirkte nicht zuletzt den bemerkenswerten Sachverhalt, daß der Verlauf der deutschen Geschichte von p l a n v o l l e r sozialistischer Politik weitgehend nicht beeinträchtigt worden ist: 1914, 1918, Weimarer Jahre, 1932 - 33, 1945 ...

4. Die Verhunzung des Marxismus zur Weltanschauung, zum G l a u b e n an den Sieg des Sozialismus, wird zur Rechtfertigungsideologie für alle, die nichts riskieren wollten - dieses "geistesgeschichtliche" Phänomen ist eines der wenigen, bisher unzerstörbaren Traditionsmerkmale der sozialdemokratischen Linken. Die Rechten haben eingesehen, daß der Sozialimus nicht von selbst kam - sie haben ihn daraufhin aufgegeben. Die Linken hingegen reagieren auf sein Ausbleiben, indem sie die "Notwendigkeiten" noch mehr hypostasieren. Imgrunde schieben sie nur den adventus socialismi außer Sichtweite und beschwören die Gegenwart als verhärtet, stagnierend, nicht dynamisierbar. Sie spielen vielleicht etwas, beschäftigen sich - tatsächlich aber warten sie wie der Bauer auf besseres Wetter. Der Kautskyanismus erscheint bei ihnen in pessimistischer Variante. Der Glaube an den Sieg des Sozialismus bleibt dabei unangetastet.

5. Der "gesellschaftliche Prozess" aber schafft n i c h t den Sozialismus - auch nicht "Schüben". Diese Metaphysik ist vom Ablauf der letzten 70 Jahre widerlegt worden. Gewiss hat der "gesellschaftliche Prozess", also das blinde, n i c h t bewusst gesteuerte Spiel der Gesellschaft, seine Tendenzen. Worauf es uns jedoch ankommt, sind die Möglichkeiten des bewußten Handelns, die sich im Verlauf des sozialen Geschehens bieten. Der "gesellschaftliche Prozess" läuft nur solange blind ab, als seine Tendenzen nicht durchschaut,,nicht zur Beeinflussung des Prozesses benutzt werden. Es ist die Aufgabe der Wissenschaftler, die effektivsten Möglichkeiten sozialistischen Handelns - und zwar h i e r und h e u t e - zu finden. Denn Einsicht in die "Notwendigkeiten" soll uns Freiheit ermöglichen, bewußte Veränderung der Wirklichkeit - nicht aber uns zur bewußten Kapitulation vor diesen "Notwendigkeiten" verleiten.

6. Vorwürfe wie "Aktivismus" und "Voluntarismus", mögen sie noch so viel Wahres an sich haben, bleiben abstrakt. Den Aktivisten erreichen sie nicht, sie dienen aber den Dämpfern zum Däpfen. In Aktivität überzuschäumen, ist besser, als im Zaudern zu versauern, denn der Aktive wird viel eher auf seine Fehler stossen als der Passive. - Allerdings sollen wir von unseren Genossen verlangen, daß sie stets kritisch den Z w e c k und den möglichen E r f o l g ihrer Aktionen reflektieren. Faul wird es nur dort, wo Aktionen unternommen werden, ohne das W o z u zu überlegen, nur, weil man sein Gewissen mit dem "Ich-tue-ja-etwas" beruhigen will.

7. Die Tatsache, daß überhaupt die Gefahr zielloser Aktionen besteht, ergibt sich wesentlich aus dem Fehlen einer linken politischen Perspektive. Das wiederum resultiert einmal aus der vom Kautskyanismus vermittelten Passivität, zum anderen aus dem hochgestochenen - wenn auch heute meist unterschwelligen - Anspruch, für eine sozialistische Revolution zu arbeiten. Auch dieser Anspruch vermittelt über das Denken des "Wir-können-nichtstun" die Passivität und Perspektivlosigkeit.

8. Unsere Aufgabe ist es, zunächst b e s c h e i d e n e , realitätsnahe Perspektiven zu zeigen, um sozialistische Politik zu erneuern. Dabei sollen wir uns an den Versäumnissen der Vergangenheit orientieren.

   Zwei Punkte stehen heute im Vordergrund:

   a) Es existiert in der Bundesrepublik keine bewußte Linke. Die Linken haben es bisher nicht verstanden, eine Plattform zu schaffen, sich zu for-

mieren und zielbewusst zusammen zu arbeiten. Sozialistische Intellektuelle haben die Aufgabe, Kenntnisse zu vermitteln. Sie haben zu zeigen, wo es möglich ist, ändernd in unsere Gesellschaft einzugreifen. Vor allem sollten wir uns wieder dessen bewusst werden, dass auch die andere Seite mit Wasser kocht, und dass sie ihren Widersprüchen unterworfen ist, die sie daran hindern können, ihre eigenen Potenzen zu erkennen und zu nutzen. E i n s i c h t in diese Zusammenhänge schafft unsere Überlegenheit. - Umso bewusster und geschlossener die Linke auftritt, umso eher vermag sie die faschistischen Elemente in der Bundesrepublik zurückzudrängen. Nur das Fehlen einer politischen Opposition gibt den Jäger und Co. den Mut, immer weiter vorzustossen.

b) Man sollte nicht soviel über den Einfluss von Bildzeitung und anderen Massenmedien lamentieren. Vielmehr zeigt eine Auswertung der Untersuchungen über das Arbeiterbewusstsein, dass es trotz fehlender sozialistischer Agitation den Herrschenden immer noch nicht gelungen ist, die Interessenwidersprüche vollends zu verschleiern. Der Arbeiter ist nicht der, für den ihn die Propaganda der Parteien hält. Immer noch sieht e r sich u n t e n, die a n d e r e n o b e n. Zu seiner oft beklagten Resignation hat er allen Grund. Immer noch glaubt er aber den Gewerkschaften eher als Presse und Rundfunk. Trotz aller "human relations" sieht er immer noch im Arbeitgeber Kontrahenten, mit dem er sich nie wird völlig arrangieren können. Solche Fakten sollte man betonen, nicht aber, dass auch einiges unter die Haut gedrungen ist (bei welchem Aufwand!). Hier ist der Ansatzpunkt, von dem die Politik der Linken ausgehen kann. Es ist auch unsere Aufgabe, die Fronten unserer Gesellschaft und die sozialistische Perspektive in der Arbeitnehmerschaft wieder bewusster werden zu lassen.

9. Sozialistische Intellektuelle sind besonders geeignet, wissenschaftlich-theoretische zu arbeiten. Dennoch wäre es falsch, den SDS dafür einseitig engagieren zu wollen. Denn einmal gibt es einfach zu wenig bewusste Linke, als dass sich hier eine Arbeitsteilung durchführen liesse. Zum anderen können wir uns nur durch praktische Arbeit in den bestehenden Organisationen in die Arbeiterbewegung einfügen. Zu gross ist sonst die Gefahr, dass wir zu guten Bürgern mit linker Vergangenheit werden.

Anmerkung 1) Siehe dazu E. Matthias: "Kautsky und der Kautskyanismus", in: "Marxismusstudien", 2. Folge, Schriftenreihe der evangelischen Studiengemeinschaft, Tübingen 1957.

Thomas von der Vring

Unternehmer betrachten, weil in ihm von vielen Verkäufern keiner so mächtig sei, daß er den Preis beeinflussen konnte.

"Solange der Wettbewerb die Verteidigungswaffe der Konservativen bleibt", meint Galbraith, "Besitzt die Linke geradezu alle Beweise und logischen Gegenargumente". Das Wettbewerbssystem hält er seit der "epochalen Untersuchung" von Adolf A. Berle und Gardiner C. Means für endgültig überholt. Nach dieser Untersuchung verfügten 1933in den USA 200 große Aktiengesellschaften über 57 % des amerikanischen Aktienkapitals; 1947 kontrollierten nach der Feststellung der Federal Trade Commission (FTC) 113 Erzeugerfirmen 46 % des industriellen Eigentums der USA. Da 1933 nur wenige Großunternehmungen die Industrie, das Transportwesen, die Energieversorgung, das Fernmeldewesen und den Berg bau kontrollieren, mußte die "alte zweipolige Klassifikation der Märkte, Wettbewerb oder Monopol", fallgelassen und die Übergangsform der Oligopole anerkannt werden. Die amerikanische Wirtschaft ist oligopolistisch organisiert.

Die Tendenz der Kapitalkonzentration erkennt Gal braith als ein G e s e t z der gesamten kapitalistischen Entwicklung; er formuliert marxistisch: "Wer die Neigung zur Besitzkonzentration in einem Industriezweig auf imperialistische Neigungen einzelner zurückführt, geht an dem Kern der Frage vorbei, weil es sich darin um eine ausgesprochen organische Entwicklung handelt."

Da in dieser Wirtschaft nach Galbraiths Beweisführung die Konkurrenz, das sog. Unternehmerrisiko, durch Preisabsprachen ("die Alternative wäre kommerzieller Selbstmord") weitgehend aufgehoben ist, kann der amerikanische Kapitalismus von uns als p r i v a t e P l a n w i r t s c h a f t bezeichnet werden.

Die Lösung des Problems der Wirtschaftsmacht, die Galbraith anbietet, ist die Theorie der "Gegenkräfte", die er 1952 in seinem Buche "American Capitalism - a system of countervailing power" (deutsch Stuttgart 1956) zusammen mit einer auf Keynes aufbauenden Konzeption der Konjunkturstimulierung entwickelte. Wesentlich für Galbraith ist als zweites seine gegen die Fetischisierung der Produktion gerichtete Kritik an der "Gesellschaft im Überfluß", die er in seinem Buche "Affluent Society" leistete.

T H E O R I E D E R G E G E N K R A F T

Übermäßige Kapitalkonzentration müsse selbst nach der anerkannten liberalistischen Doktrin Freiheit, Gleichheit und Wohlfahrt der Individuen gefährden und zu sozialen Mängeln und Unterdrückung führen; mit ihr könne man, betont Galbraith, "sogar das Denken der Verbraucher sowie seine Bedürfnisse künstlich bestimmen." Die demokratische Regierung der USA versuchte es ab 1938 mit den Antitrustgesetzen. Obschon der Ankläger der Regierung beispielsweise 1946 den Prozeß gegen das Tabakoligopol gewann, setzten diese danach ihre Preispolitik unbekümmert fort. Ebensowenig ändern heute nach verlorenem Prozeß General Electric oder General Motors ihre Politik.
Thurman Arnold, unter Roosevelt erfolgreichster staatlicher Ankläger ("trust buster"), schrieb dazu im Oktober 1960:

> "Man kann nicht behaupten, daß zeitweilige Forcierung der Antitrustgesetze diese Probleme gelöst hat, aber die Gesetze selbst haben uns eine Vorstellung davon gegeben, wie unsere Wirtschaft eigentlich aussehen sollte. In einer Kartellwirtschaft könnte

> niemand die Berechtigung der kürzlichen Steigerung der Stahl- oder beliebig anderer Preise infragestellen. In einer Trust-feindlichen Wirtschaft erscheint es legitim und natürlich, daß ein parlamentarischer Ausschuß die Unternehmungen zur Rechenschaft zieht."

Auflösungsurteile waren sehr selten. Die nach Galbraith damals "nächstliegende" Alternative, die Verstaatlichung der wettbewerbslosen Industrie, wurde bestenfalls (wie von Roosevelt im Motto dieses Aufsatzes) in Reden gestreift.

Trotz der bereits unleugbaren Vorherrschaft von General Motors, Standard Oil, Du Pont und U.S. Steel Corporation hielten die Konservativen am Wettbewerbsmodell fest; da die liberalistische Theorie nur viele gleiche Unternehmer vorsah und damit die Möglichkeit von Machtmißbrauch ausschloß, diente sie nun als willkommene Ideologie den Unternehmern, die die ihnen gehörige Macht nicht eingestanden und sie dennoch ausnutzten. Sie blieben in dem Zwiespalt, öffentlich Wasser zu predigen und heimlich Wein zu trinken.

Ihnen kam nach Galbraith zugute, daß die oligopolistische Wirtschaft der USA recht und schlecht ohne Krisen weiterfunktionierte. Ursache des Überlebens war einerseits, daß der geringe Beschäftigungsgrad in den hochautomatisierten Oligopolindustrien kompensiert wird durch einen verhältnismäßig hohen Arbeitskräftebedarf der Branchen, die - wie die Landwirtschaft - dem klassischen Modell noch am ehesten entsprechen. Wohlstand und Stabilität sind andererseits den zuerst von Keynes vorgeschlagenen Methoden zur staatlichen Konjunkturstimulierung zu verdanken.

Während einst in der Konkurrenzwirtschaft eine Machtkonzentration durch den Wettbewerb der Unternehmer untereinander, also auf der Verkäuferseite des Marktes, verhindert werden sollte, wird nach Galbraiths Theorie der Gegenkraft im spätkapitalistischen Oligopolsystem die private Wirtschaftsmacht "durch die Gegenkräftejener im Zaume gehalten, die ihm unterworfen sind", d.h. von der anderen Marktseite her. Diesen mehr oder minder automatisch wirkenden Mechanismus demonstriert am deutlichsten der Arbeitsmarkt:

> "Der Einfluß von Menschen über Menschen ist nur selten so skrupellos angewandt worden wie auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt nach dem Aufstieg der großen Aktiengesellschaften. Noch zu Beginn der Zwanzigerjahre waren in der Stahlindustrie zwölfstündige Arbeitstage, die 72-Stunden-Woche und jede zweite Woche eine unwahrscheinlich anmutende 24-Stunden-Schicht gang und gäbe."

Die dadurch auf den Plan gerufenen Gewerkschaften entwickelten sich allmählich zu einer Gegenkraft gegen die Macht der Unternehmungen. Ähnliche Beziehungen entstanden zwischen den Warenherstellern und ihren Abnehmern: um die Marktbeherrschung durch die großen Herstellerfirmen einzuschränken, schlossen sich die Einzelhändler zusammen und bildeten sich Einkaufsgenossenschaften, Kettenläden, Versand- und Warenhäuser; diese konnten sich ihrerseits durch Einkauf in großen Mengen und die gelegentliche Drohung, durch Einrichtung eigener Unternehmen eigene Lieferquellen zu erschließen, niedrige Einkaufspreise und damit einen guten Absatz sichern.

Galbraith gibt jedoch zu, daß die Theorie der Gegenkraft nicht universale Geltung beanspruchen kann, da in einigen Wirtschaftszweigen keine Gegenkräfte aufkommen konnten. Die amerikanischen Bauunternehmer beispielsweise seien nach wie vor ohnmächtig gegenüber ihren Materiallieferanten wie gegenüber den Gewerkschaften. Da vor Machtmißbrauch nur starke Gegenkräfte schützen können, erklärt Galbraith es zur Aufgabe des Staates, überall dort einzugreifen, wo gegen eine vorhandene Macht aus eigenen Kräften keine Gegenkraft entstehen könne. "Eigentlich ist die Förderung der Gegenkraft im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte vielleicht zur wichtigsten Friedensaufgabe der Regierung geworden"; davon zeugen nach Galbraith die Gesetze zum Schutze der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse und der Kollektivverträge, zur Preisstützung der Agrarprodukte und zur Garantierung der gesetzlichen Mindestlöhne für nichtorganisierte Arbeiter. Der Staat sollte jedoch die Rolle der Gegenkräfte nicht übernehmen, sondern sie lediglich stärken.

Da hier ein Eingehen auf die dem Kapitalismus spezifischen Konjunkturen und Krisen nötig wird, muß Galbraiths

R Ü C K G R I F F A U F K E Y N E S

erörtert werden. "Die Ideen, welche die Depression deuteten und die warnend darauf hinwiesen, daß Depression und Inflation ebenso ein Ergebnis der Unternehmungsfreiheit sein können wie stabile Vollbeschäftigung, stammen von John Maynard K e y n e s ". Seinen Einfluß vergleicht Galbraith mit dem von Ricardo, Smith und Marx: Keynes hatte in der großen Weltwirtschaftskrise die Liberale von ihrer Ratlosigkeit gerettet, indem ihrer Regierungspolitik "eine feste Grundlage für ein statistisches Erfassen des wirtschaftlichen Gesamtverhaltens" und eine staatliche Investitionspolitik empfahl, die durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Käufern die Wirtschaftstätigkeit belebte.

Das Rezept, "das man mit dem Namen Keynes' identifiziert" und das die "Mängel des wirtschaftlichen Verhaltens beheben soll, ohne daß der private Einfluß auf die Produktionsentscheidung angetastet werden soll", sah vor: bei Depressionen sollten zur Erhöhung der Nachfrage die Staatsaufträge und die Steuersätze gesteigert werden, bei Voll- und Überbeschäftigung andererseits wieder gesenkt, um durch Minderung der Kaufkraft eine zusätzliche Ausweitung der Produktion zu erschweren. "Wenn das Keynesche Rezept brauchbar ist", meint Galbraith, kann die amerikanische Wirtschaft in Friedenszeiten die Vollbeschäftigung und einen "Gleichgewichtszustand der Kapazitätsproduktion" halten. Die Nachkriegszeit habe die Richtigkeit von Keynes' Methoden bewiesen; als Retter des "status quo" des Kapitalismus gewann Keynes die ihm lange versagte Anerkennung der Konservativen, die sahen, daß der Staatseingriff ihrer Sache alles andere als schädlich war. Keynes wurde zum Apologeten des Systems.

Den Pferdefuß dieser Therapie erkennt Galbraith darin, daß nicht friedliche Investitionen, sondern Rüstungsausgaben die schwere Depression der Dreißigerjahre (vor dem 2. Weltkrieg) und die 1949 einsetzende sanfte Depression (vor dem Koreakrieg) beendet hatten:

> "Die 12 Milliarden Dollar, die in den 12 Monaten vor Ausbruch des Koreakrieges für das Militär, und die 4 1/2 Milliarden Dollar, die für die Auslandshilfe ausgegeben wurden, in einer Periode, da die Preise im wesentlichen stabil waren und nicht ganz Vollbeschäftigung herrschte, hielten die Wirtschaft auf einem Niveau, das der Vollbeschäftigung näherkam

> als es sonst der Fall gewesen wäre. Hätte auf der Welt überall Friede geherrscht, dann würden die gleichen Mittel, investiert für den Bau von Straßen und Wohnhäusern, für die Entwässerungen, Urbarmachung unfruchtbarer Gebiete, für die Unterstützung rückständiger Länder und für Anschaffungen durch den Verbraucher, die zu Nutznießern wohldurchdachter Steuerermäßigungen werden, den gleichen Stützungseffekt gehabt haben.

Die Kritik an der auf Keynes aufstockenden Therapie, die Nachteile des Kapitalismus durch Gegenkräfte zu regulieren, findet hier bereits ihre Ansatzpunkte. Zum Verständnis der Theorien Galbraiths muß zuvor noch auf sein

G E G E N DIE F E T I S C H I S I E R U N G D E R P R O D U K T I O N

gerichtetes Buch "Gesellschaft im Überfluß" eingegangen werden. Galbraith beschreibt, wie in den hochkapitalistischen Überflußgesellschaften eine Verschwendung zulässig wird, die die Kategorien der Mangelwirtschaften Nachkriegseuropas und der Entwicklungsländer außer Kraft setze. Der produzierte Überfluß gewähre einen gewissen Spielraum für Fehler, Luxusgüter und vor allem gewaltige Ausgaben für Reklame: "Da die primitiven Bedürfnisse befriedigt sind, kommen beim Verkauf der moderne Praktiker für angewandte Psychologie und der geschickte Handelsvertreter zum Zuge." An dieser Stelle beginnt Galbraith seine Attacke gegen die Vorrangstellung der Produktion: in der Mangelwirtschaft eines Smith oder Ricardo freilich sei Erhöhung der Produktion schlechthin gut gewesen, weil sie zur besseren Befriedigung elementarer Bedürfnisse - wie Ernährung und Kleidung - dienten. In der Überflußgesellschaft jedoch seien die Bedürfnisse keine Naturkonstante mehr, sondern infolge ihrer Manipulierbarkeit zweifelhafte Werte. Galbraith erläutert diesen "Abhängigkeitseffekt" folgendermaßen:

> "Dieses Verfahren jedoch, mag es noch so hübsch aussehen, wendet sich in vernichtender Weise gegen seine Urheber, sobald man zugibt, daß die Verbraucherwünsche selbst sowohl passiv wie planmäßig aktiv aus dem gleichen Prozeß entstehen, der sie befriedigt. Dann befriedigt die Warenproduktion die Bedürfnisse, die aus dem Verbrauch dieser Güter erwachsen oder von den Produzenten künstlich geschaffen werden. Die Produktion weckt neue Wünsche und damit auch das Bedürfnis nach erweiterter Produktion."

Galbraith setzt sich zum zweiten mit dem konservatistischen Argument auseinander, Erhöhung der Produktion bedeute gleichzeitig eine Erhöhung der nationalen Sicherheit. Diesem Argument liege die Vorstellung zugrunde, daß im Kriegsfalle sich die zivile Produktion zugunsten der militärischen eingeschränkt werden könne. Dies ist aber nach Galbraith nur sehr begrenzt möglich, weil es eine Senkung des Lebensstandards bedeute. Außerdem seien die amerikanischen Rüstungsleistungen des II. Weltkriegs nicht auf eine Einschränkung der Konsumgüterproduktion, sondern auf eine gesonderte Produktionssteigerung für Produktionszwecke zurückzuführen.

Als dritte uns sehr wesentliche Ursache für das übertriebene Interesse an der Produktion sieht Galbraith in dem Prestige, daß sie dem Unternehmer auf der sozialen Rangleiter gewährt.

Zum vierten, so argumentieren die Liberalen, ermögliche die Produktionsausweitung die Lösung der Probleme der sozialen Sicherheit und Gleichheit, da soziale Sicherheit vor allem durch Vollbeschäftigung und Sozialversicherung gekennzeichnet sei. Galbraith wendet ein, daß eine technologische Produktivitätssteigerung (Automation), wie sie in den Oligopolindustrien üblich sei, dem Hauptgebot der sozialen Sicherheit vielmehr widersprechen könne, weil sie Arbeitskräfte freisetze.

Schließlich beschäftigt sich Galbraith mit dem Hauptnachteil der Überflußgesellschaft: daß sie eine Gesellschaft des sozialen status quo ist. "Denn je mehr sich der Wohlstand in den Vereinigten Staaten hebt, desto beharrlicher wird man von allen sozialen Experimenten abrücken." Dank des Überflusses müssen Reformen nicht auf Kosten privilegierter Kreise erfolgen: daher gebe es in den USA nur mehr selten ein hartes Aufeinanderprallen der "Interessen der Besitzer und der Habenichtse".

Außerdem sei der "steigende Wohlstand des Durchschnittsmenschen in den letzten Jahrzehnten nicht durch eine Neuverteilung des Einkommes erzielt worden, sondern durch Steigerung der Produktionsleistung." Die durch die mögliche social-security Politik lindere den Schmerz der sozialen Ungleichheit und dämpfe somit die Forderung nach Änderung der Besitzverhältnisse. Zu diesen sozialen Maßnahmen zählten die Hebung der nationalen Kaufkraft durch Arbeitslosenunterstützung, die progressive Einkommenssteuer und die relative Angleichung der Familieneinkommen. Von 1941 bis 1950 stieg z.B. das Familieneinkommen des ärmsten Fünftels der Bevölkerung um 42 %, das des zweitärmsten um 37 %, das des mittleren um 24 %, das des zweitreichsten um 16 % und das des reichsten um nur 8 %. Nach Galbraith ist denn auch die wichtigste Funktion der Produktionssteigerung, die bestehenden Besitzverhältnisse zu garantieren, indem die Krisengefahr herabgesetzt wird.

Galbraith verweist zwar darauf, daß man einige negative Auswirkungen der Fetischisierung der Produktion (d.h. Profitwirtschaft, M.V.) korrigieren könne, rührt aber nicht an die Wurzel des Übels, die Besitzverhältnisse. Er geht sogar bewußt nicht darüber hinaus, nur zu zeigen, daß nicht allein von der Produktion das menschliche Glück abhänge. Da die Arbeit für die meisten Menschen mehr Last als Befriedigung sei, biete sich die Alternative der Arbeitszeitverkürzung und damit der Hebung des Bildungsniveaus an.

Die Kritik an Galbraith kann in diesem Rahmen nur in großen Zügen und unter Verzicht auf statistische Belege und volkswirtschaftliche Einzelheiten geleistet werden. Sie kann daher nur als Ansatz zu der nötigen intensiveren Diskussion um den späten Kapitalismus gelten. Hier sind zwei Fragen zu beantworten: 1. reichen die von Galbraith entwickelten Therapien aus, die Widersprüche des späten Kapitalismus zu bewältigen? 2. warum lehnt Galbraith die sozialistische Alternative ab?

G E G E N K R Ä F T E - H Y Ä N E N U N T E R S I C H

Die Ansätze zur Kritik an der Theorie der Gegenkräfte liefert Galbraith selbst: die Gegenkraft kann die Funktionen des Wettbewerbs nur bedingt übernehmen, denn sie "kommt nicht durchgehend unter allen Nachfragebedingungen zur Geltung. Sie wirkt überhaupt nicht hemmend auf eine Marktmacht, sobald eine Inflation oder inflationistischer Druck herrscht."

Vielmehr verstärkt sie jede Disproportion und löst stets gleichgerichtete Impulse aus. Dieses Phänomen lässt sich an der Preis-Lohn-Spirale verdeutlichen: in ihr kann es nie zu Senkungen der Preise kommen.

Inflation belohnt nach Galbraith jene, "die über plumpste und materiellste Fähigkeiten verfügen. Keine Demokratie ist nach einer schweren und langen Inflation ganz intakt geblieben...Die Inflation und nicht die Depression ist es, die dann dazu führt, dass der Kapitalismus durch eine weitgehende Zentralisierung der Entscheidungen modifiziert wird." Die inflationären Tendenzen wären imstande, "eine grössere Revision des amerikanischen Kapitalismus, sowohl seines Wesens wie seiner Struktur herbeizuführen" und die Gegenkräfte unwirksam werden lassen, die gefährliche Wirtschaftsmacht eindämmen könnten.

Eine umfassende Darlegung der Problematik gab Galbraith 1958 in seinem Buch "Journey to Poland and Yugoslavia":

> "Eine Wirtschaft, die von Gegenkräften reguliert wird, ist nicht völlig stabil - bei oder in der Nähe von Vollbeschäftigung wird sie eine ständige Tendenz zur Inflation aufweisen. Dies ist so, weil bei starker Nachfrage der Konflikt nicht durch Aufteilen, sondern durch Abwälzen der Kosten auf die Öffentlichkeit gelöst wird. Es folgt daraus: wenn Vollbeschäftigung ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein soll, ist die Versöhnung der Gruppeninteressen eine der unumgänglich notwendigen Funktionen des modernen Staats . Dazu bedarf es einer besonderen Maschinerie. Man kann ermessen, daß diese nicht leicht entworfen oder bedient werden kann. Mit diesem Problem haben wir uns noch nicht beschäftigt. Es gibt immer noch die Neigung, zu hoffen, daß die Lösung von selber kommt. Und es gibt auch noch andere Probleme, die gelöst werden müssen. Immerhin ist eine unvollkommene Lösung des Problems der Wirtschaftsmacht überhaupt keiner bei weitem vorzuziehen. Denn es war der Glaube, daß keine Lösung existierte, der einst zu der zuversichtlichen Voraussage führte, der Kapitalismus könne nicht überleben."

Galbraith ahnt hier die Fehlerquelle seiner Theorie der Gegenkräfte: die Gegenkräfte seines Modells sind nicht eigentlich die sich wirklich in der Gesellschaft gegenüberstehenden Kräfte. Die "Gegner" Unternehmer und Arbeiter (der Oligoplindustrie), Hersteller und Einzelhändler verteilen die Lasten nicht untereinander, sondern schieben sie in Gestalt von Preiserhöhungen auf die Gesamtheit des Konsumenten ab. Hierin liegt der Grund, aus dem Gegenkräfte àla Galbraith weder Kapitalkonzentration noch die demokratiegefährdenden inflationären Tendenzen dauerhaft bremsen können: die von Galbraith geträumte Gerechtigkeit erscheint so lange nicht herstellbar wie die um ihre Bedürfnisse betrogenen Konsumenten, d.h. die gesamte Gesellschaft nicht als Gegenkraft auftritt und Wirtschaftsdemokratie installiert, um das Gleichgewicht von Produktion und dürfnissen wiederherzustellen.

P L A N W I R T S C H A F T I S T T A B U

In der historischen Diskussion ob nicht doch "die gelenkte Wirtschaft eine Methode zur Verteilung der Produktionsmittel und zur Errechnung der Produktionskosten hervorbringen könne, die das zu ersetzen vermag, was sich innerhalb des Preisgefüges abspielt", entscheidet sich Galbraith dennoch für die Beibehaltung der privaten Entscheidungs-

gewalt. Er lehnt eine Verstaatlichung aus folgenden Gründen ab:

(1) Nach Galbraith ist Grundprinzip des amerikanischen Kapitalismus, dass er "in der Praxis und weniger als weltanschauliches System betrachtet, eine Einrichtung zur Erzielung einer starken Dezentralisierung der Entscheidungen ist." Selbst wenn die Gegenkräfte wegen einer Inflation versagten, wäre die private Zentralisation von Wirtschaftsmacht nicht so umfassend wie - in irgendeiner Form - Verstaatlichung. Galbraith beschränkt den Staat grundsätzlich auf stimulierende Funktionen.
(2) "In einer parlamentarischen Demokratie, in der ein hoher Lebensstandard herrscht," seien die Bedürfnisse zu differenziert, als dass der Staat die notwendigen eindeutigen wirtschaftlichen Entscheidungen treffen könne, selbst wenn nur die grundsätzlichsten Wirtschaftsentscheidungen bei ihm lägen. Andererseits könne Zentralismus in Ländern "mit primitivem Lebensstandard sehr wohl möglich sein...", wo sich die Produktion auf relativ wenige normierte Güter beschränkt" wie in den Mangelwirtschaften Russlands oder Ostmitteleuropas.

Galbraith geht von der falschen Voraussetzung aus, dass Planwirtschaft immer zentralistisch sein müsse. Ersagt, "das wesentliche Prinzip, die Macht zu verteilen und nicht zu konzentrieren, ist gesund," und übersieht, daß moderne planwirtschaftliche Methoden durchaus ermöglichen, die Entscheidung auf die gesamte Gesellschaft und nicht nur auf die Kapitalisten zu verteilen, und zwar jeweils dann, wenn - wie bei Oskar Lange oder in Jugoslawien - Marktmechanismen in die Plankonzeptionen aufgenommen werden. Der polnische Politökonom Oskar Lange (siehe "neue kritik - informationen" 3) hat bereits in den Dreißigerjahren aufgezeigt, daß es möglich ist, kollektives Eigentum an Produktionsmitteln mit einer funktionierenden Wirtschaftsrechnung zu verbinden. Nach Zurückweisung der sowjetischen Planbilanzmethode sieht Lange in der in Keynes' Gefolgschaft entwickelten Input-Output-Analyse, im Linear Programming und in Teilen der Beschäftigungstheorie zweckmäßige Werkzeuge makroökonomischer Planung. Lange übernimmt ebenfalls Aussagen der herkömmlichen Preistheorie im weitesten Sinne in seine Konzeption des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage. In der Methode soll prinzipiell dezentralisiertes Vorgehen bevorzugt werden: insbesonder soll in der Regel auf jede Detailplanung verzichtet und dem einzelnen Betrieb nur aufgetragen werden, eine Produktion von bestimmter Werthöhe zu erstellen. Die Dezentralisierung kann das von Galbraith verlangte schnelle, flexible Reagieren in besonderen Situationen ermöglichen. Ein weiteres Element der Dezentralisierung ist Arbeitermitbestimmung: "Die sozialistischen Betriebe müssen Körperschaften selbstverwaltender Arbeiter sein, die als Treuhänder des gesellschaftlichen Interesses handeln", ohne in folgende zwei Extreme zu verfallen: anarcho-syndikalistische Degeneration zu bloßen Gruppeneigentümern oder Herabsinken zum bloßen Anhängsel einer zentralistischen bürokratischen Maschine. (Es ist nebenbei anzunehmen, daß die in der privaten Planwirtschaft der Oligopolindustrien entwickelten Marktforschungsmethoden auch in einer gesellschaftlichen Planwirtschaft anwendbar sind, um eine bedarfsgerechte Produktion zu garantieren.)

Da bisher kein Land dezentralisierte Planwirtschaft hinreichend praktiziert und Lange sein Wirtschaftsmodell in Polen nicht ganz durchsetzen konnte, ist der Beweis für die sozialistische Alternative der Konsumentenautonomie näherzukommen, noch nicht positiv erbracht. Ins Auge fallen

nur die Beispiele zentralistischer Planung. Das erschwert die sozialistische Argumentation gegenüber den bürgerlichen Ökonomen, wenn auch wiederum nicht widerlegt ist, dass Langes Konzeption den differenzierten Bedürfnissen einer entwickelten Gesellschaft an Konsumgütern und Komfort gerecht werden kann. Galbraith zeigte sich jedoch auf seiner Jugoslawienreise sehr angetan von dem Erfolg der Einführung von Marktelementen. Zuruntersuchen ist, ob die von Galbraith vorgeschlagenen Methoden ihrerseits sowait standhalten.

Galbraith erkennt die Gefahren der Kapitalkonzentration und der Profitwirtschaft (Galbraith: "Fetischisierung der Produktion") in seiner Analyse des Kapitalismus deutlich genug. Er schaltet jedoch die sozialistische Alternative aus und zeigt sich als Apologet des Systems: "Immerhin ist eine unvollkommene Lösung des Problems der Wirtschaftsmacht überhaupt keiner bei weitem vorzuziehen. Denn es war der Glaube, dass keine Lösung existiere, der einst zu der zuversichtlichen Voraussage führte, der Kapitalismus könne nicht überleben." Galbraith bleibt

I N D I E W I D E R S P R Ü C H E V E R W I C K E L T

weil er die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft nicht infragestellen will, weil er dem Grundwiderspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung des Mehrprodukts ausweicht. So können sich denn auch Galbraiths wohlfahrtsstaatliche Therapien gegenüber den Prioritäten der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung in der Praxis nicht durchsetzen. Frieden und Gleichgewicht mit den Kapitaleignern ist im Rahmen der gegenwärtigen Besitzordnung nur dann möglich, wenn die "Gegenkräfte" ihre Vorherrschaft nicht wirklich an tasten, d.h. sich ihnen unterwerfen. Die Prioritäten dieser Ordnung sind nicht reibungslos austauschbar. Denn von ihnen hängt gerade das Funktionieren des Systems ab. So folgert Stuart Hall in "Out of Apathy": "Wenn wir die Reichen mehr besteuerten, beeinträchtigten wir den Kreislauf der Energie-Akkumulation, Profite, Investitionen - , der die Räder des Kapitalismus in Bewegung hält. Doch wenn wir sie weniger besteuerten, würden wir den Wohlfahrtsstaat selbst abbauen." (vgl. "neue kritik-informationen" 6) So bleibt der Arbeiterschaft auch nur eine Verteidigungsrolle; sie bleibt eine Interessengruppe unter anderen und vermag keine neuen Prioritäten zu setzen. Sie wären als Gegenkraft eigentlich aufgerufen, die von Galbraith gegeisselten Mängel des Systems abzustellen:

(1) die Disproportion zwischen der politischen Demokratie und der wirtschaftlichen Machtkonzentration, die die politische Demokratie untergräbt;

(2) die Disproportion zwischen den ständig steigenden Rüstungsausgaben und einem Prozentsatz des Nationalbudgets für Erziehung, Strassenbau, Altersversorgung und Gesundheitswesen, der geringer ist als unter dem reaktionären Präsidenten Hoover; d.h. die Disproportion zwischen der überentwickelten Privatindustrie und der Unterschätzung der öffentlichen Pflichten (Lehrermangel, unzureichendes Straßennetz, Unterentwicklung der Wissenschaft etc.);

(3) die Disproportion zwischen ungenutzten Industriekapazitäten und einer wachsenden Massenarbeitslosigkeit, die in den USA zu einem politischen Problem ersten Ranges wird;

(4) die Disproportion zwischen dem - relativen! - Überfluß in den USA und einer hungernden Welt, mit der die USA Handel treiben;

(5) die Disproportion zwischen dem Anspruch, das freieste und demokratischste Land der Welt zu sein, und der Verfügung über das Bewußtsein, der Manipulation der Bedürfnisse und selbst der politischen Meinung durch Werbung und Massenkommunikationsmittel, die Domäne des Kapitals sind; d.h. die Disproportion zwischen dem "all men are equal" und der Tatsache, daß es der Arbeitnehmermajorität der USA an adaequatem Bewußtsein und daher adaequater politischen Interessenvertretung fehlt.

Da eingestandenermaßen die Gegenkräfte von sich aus diese Disproportionen nicht aufzuheben noch wenigstens zu balancieren vermögen, ist es bei Galbraith plötzlich wieder

T R O T Z D E M D E R S T A A T

der stimulierend eingreifen muß, und zwar in allen Fällen:

(1) Die Gefahren wirtschaftlicher und sozialer Machtkonzentration für das politische und soziale Gleichgewicht sind durch staatlich stimulierte Gegenkräfte nur unzulänglich einzuschränken.

(2) Galbraiths keynesianischer Vorschlag, die Wirtschaft mit Friedens- und nicht mit Rüstungsausgaben zu stimulieren, erscheint - abstrakt genommen - anwendbar. Nach Sweezy liegt jedoch das Gegenargument außerhalb des Bereichs der abstrakten Wirtschaftstheorie?

> "Wenn eine kapitalistische Regierung der USA 20 Milliarden - wenn nötig 30 oder 40 Milliarden - Dollar für friedliche Aufbauzwecke auszugeben imstande wäre, hätten die Keynesianer zweifellos recht. Aber der springende Punkt ist genau, daß die herrschende kapitalistische Klasse, eben die Klasse, deren unermeßlicher Reichtum und Macht durch die kapitalistische Struktur selbst garantiert werden, nie Ausgaben in einer solchen Höhe auch nur annähernd für friedliche Aufbauzwecke billigen würde. Und das liegt nicht an ihrer Unkenntnis oder Dummheit. Es ist ganz einfach eine Sache des Klasseninteresses..."

Strachey (Freund Galbraiths in der Labourparty) hat dagegen eingewandt, daß für Rüstungsaufträge nicht bloß Klasseninteressen, sondern auch die außenpolitische Bedrohung durch den Kommunismus verantwortlich zu machen sei. Er gesteht letztenendes aber doch ein, "daß das Gleichgewicht der sozialen Kräfte im letzten Stadium kapitalistischer Gesellschaften so geartet ist, daß eine gefährliche Tendenz dafür herrscht, daß die Wirtsshaftstätigkeit der Regierungen auf kriegerische und nicht auf friedliche Zwecke gelenkt werden. Denn erstgenannte sagen in der Praxis den Kräften eher zu, die gewöhnlich diese Gesellschaften beherrschen..." Denn die Rüstung sei leichter motivierbar und"sähe nicht so nach links aus".

Nach den jüngsten Entwicklungen wird es für diese herrschenden Kräfte der kapitalistischen Länder immer schwerer, die Notwendigkeit der Rüstung zu beweisen. "Aussenpolitische Bedrohung" läßt sich beispielsweise auch durch Entspannungspolitik bekämpfen; zweifelhaft ist nur, ob jene Kräfte daran zu interessieren sind, besonders in Europa den Kalten Krieg und die ideologische Verhetzung abzubauen, um zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu kommen. Es zeigt sich, daß auch die"autonomen Ursachen" der Rüstung von Klasseninteressen nicht zu lösen sind.

Stracheys zweiter Einwand, die englische Labour-Regierung habe ihre hohen Sozialausgaben ungehindert von den Kapitalisten machen können, läßt sich nicht ohne weiteres auf die USA übertragen: als Kennedy im Frühjahr 1961 sein Mindestlohngesetz nur sehr modifiziert durch den Kongreß bringen konnte, zeigte sich, daß er durch seine sozialliberale Politik Teile seines Anhangs verliert, sobald er mit den Interessen des Kapitals in Konflikt gerät. Das Abstoppen der Rezession im April war überdies z.B. Regierungsaufträgen an die Flugzeugs-, Präzisionsinstrumente- und elektronische Industrie und nicht Friedensausgaben zu verdanken. Die Bewilligung vom 5,6 Milliarden Dollar vom 30. Juni für Wohnungsbau erscheint nur als ein Pflästerchen: es übersteigt nicht den achten Teil der Rüstungsausgaben von 1960.

Galbraith übersieht in seinen Vorschlägen offensichtlich, daß über ihre Verwirklichung nicht ihre akademische Richtigkeit, ja nicht einmal ein ihnen geneigter Präsident, sondern die gesellschaftlichen M a c h t - und Interessenverteilungen entscheiden. Und die in den USA herrschenden gesellschaftlichen Kräfte würden durch die Emanzipation der Benachteiligten (und da wäre die Folge einer konsequenten Investition für Erziehung, Sanität und Verkehr) um ihre Privilegien zu fürchten haben. Als die Labour-Regierung ihre sozialen Projekte durchführte, konnte sie sich wenigstens auf eine bewußtere Arbeitnehmermajorität stützen, die es in den USA nicht gibt. Und auch das englische Beispiel ist sehr problematisch.

(3) Gegen die Arbeitslosigkeit schlägt Galbraith eine Unterstützung vor, deren Prokopfbetrag mit dem Umfang der Arbeitslosigkeit zunehmen soll; um hinreichend neue Kaufkraft und somit neue Güterproduktion und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Außerdem schlägt er Arbeitszeitverkürzung vor.

Hier droht derselbe gesellschaftliche Konflikt: es wird ein Eingreifen in die Interessenspähre der Unternehmer nötig. Die Arbeitslosen wären hypothetisch durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung von der Straße zu schaffen. Es ist unwahrscheinlich, daß Kennedy die "freie Wirtschaft" der USA an Eingriffen wird interessieren können, die ihr objektives Interesse am sozialen status quo bedrohen.

(4) Kennedys Südamerikaplan, aus außenpolitischer Not geboren, bindet zum erstenmal Entwicklungshilfe an feste industrielle und soziale Entwicklungsprojekte; sein Erfolg kann heute noch nicht beurteilt werden. Es kann hier nur darauf verwiesen werden, daß andererseits die USA sich z.B. in Afrika selbst in gemäßigten Kreisen durch Begünstigung korrupter und reaktionärer Regimes und durch ihr rein ausbeutendes business, zu einer Industrialisierung nichts beiträgt, unbeliebt gemacht hat, zuletzt durch das Kubaabenteuer. Diese Formen eines neuen Imperialismus sind eine gesonderte Untersuchung wert, die sich besonders des Zusammenhangs des Überflusses in den USA mit der Rückständigkeit der Entwicklungsländer annimmt.

(5) Gegen die von ihm beklagte Verfügung über das Bewußtsein entwickelt Galbraith keine Therapie; es handelt sich ohnehin um ein Sekundärphänomen des gesamtgesellschaftlichen Gegensatzes.

B E G I N N E I N E S N E U E N D E N K E N S

Die Diskussion nach der Kuba-Affäre brachte amerikanischen Liberalen nicht nur die Einsicht, daß ohne Blokade und Aggression Kuba nicht in die außenpolitische Anlehnung an den Ostblock getrieben worden wäre.

Es setzt eine Politisierung ein, in der auch nach den Strukturen des Systems gefragt wird, dessen "Harmonie" auf einer durch Rüstung stimulierten Konjunktur ohne Vollbeschäftigung beruht. Der Widerspruch, der Galbraith und den amerikanischen Liberalen immanent war, eine menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen und trotzdem die Besitzverhältnisse beizubehalten, wird bewußt. Der Streit um Cuba geht "mitten durch die Familien, ja mitten durch den Kopf des Präsidenten" (Buttinger). Vielerorts tun sich unabhängige Gruppen auf, die zu sozialistischen Konsequenzen gelangen, aber noch mißtrauisch sind gegen alle bestehenden sozialistischen Organisationen; ihnen ist das Ethos einer vermenschlichten Gesellschaft, von dem auch Galbraith ausgeht, unmittelbar und ernst. Zu der Konsequenz, daß für eine vermenschlichte Gesellschaft eine vergesellschaftete Wirtschaft nötig ist, gelangt Galbraith zwar nicht. Aber er ist trotz aller Inskonsequenz fruchtbar; sein Buch "Affluent Society" dürfte als Bestseller den Abbau der überkommenen Vorurteile entschieden beeinflußt haben: die oligopolistische Industrie hat die Wettbewerbswirtschaft abgelöst; ihr Konzentrationsprozeß zerstört die mittleren Betriebe; sie manipuliert das Bewußtsein, gefährdet die politische Demokratie und verhindert eine Deckung des menschlichen Bedarfs an Muße und sozialem Komfort. Es gelang nicht, durch Kartellgesetze (s. auch SPIEGEL, 5.7.61), Gegenkräfte, Steuer- und Investitionspolitik die Konzentration irgendwie rückgängig zu machen oder auch nur einzudämmen - wie es die klassische Liberale Tradition, der Galbraith anhängt fordert.

LITERATUR:

J.K. Galbraith, "American Capitalism - the concept of countervailing power", Harvard 1952; deutsch:"Der amerikanische Kapitalismus", Stuttgart 1956
ders., "Affluent Society", Boston 1958; deutsch: "Gesellschaft im Überfluß", Zürich 1959
ders., "Journey to Poland and Yugoslavia", Harvard 1958
Thurman Arnold, "The Law to Make Free Enterprise Free" über die Antitrustgesetzgebung im "American Heritage"-Magazin, Oktober 1960
Oskar Lange, "The Role of Planning in Socialist Economy", Den Haag 1958
ders., "The Political Economy of Socialism", Den Haag 1958
ders., "Le Marxisme et l'économie bourgeoise", Cahiers Internationaux, Jahrgang 1958
John Strachey, "Contemporary Capitalism", London 1956
Paul Sweezy, "The Present as History", New York 1953

"Die Bestrebung der Gewerkschaften, den Umfang der Produktion und die Warenpreise zu bestimmen, ist hingegen eine Erscheinung ganz neuen Datums. Erst in der allerletzten Zeit sehen wir - wiederum nur in England - dahingehende Versuche auftauchen...Denn worauf reduziert sich notwendigerweise die aktive Teilnahme der Gewerkschaften an der Bestimmung des Umfangs und der Preise der Warenproduktion? Auf ein Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen die Konsumenten..., gegen die konsumierende Gesellschaft..., also in der Hauptsache auf den Lohnkampf und die Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. auf die Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen; die Einwirkung auf den Produktionsprozeß blieb ihnen der Natur der Dinge nach verschlossen."

Rosa Luxemburg in:"Sozialreform oder Revolution", 1908

Jahre später ist "L'Express" hinzugekommen. Wesentliches Merkmal dieser Zeitungen ist die zu allen Fragen kritische Haltung. Oft sind auch die Untersuchungen über politische oder wirtschaftliche Probleme ausgesprochen marxistisch, besonders in "France-Observateur". Das Feuilleton ist rein kritisch, d.h. es werden nur Kritiken oder Besprechungen, aber keine literarischen Texte veröffentlicht. Der Hauptteil wird jeweils von Artikeln über politische und wirtschaftliche Themen bestritten, die informieren und kritisch kommentieren. Dazu kommen Meinungsäußerungen bekannter Persönlichkeiten wie Mendès-France, Alfred Sauvy und früher auch François Mauriac (alle im "Express"). Die beiden politischen Direktoren des "France-Observateur", Claude Bourdet und Gilles Martinet, sind führende Mitglieder der vor einem Jahr gegründeten "Vereinigten Sozialistischen Partei" - PSU (s. "neue kritik-informationen" 5). "L'Express" hat inzwischen"France-Observateur" in der Höhe der Auflage bei weitem überholt. Er ist bürgerlicher als"France-Observateur", was nicht heißen will, daß er überhaupt in der Grundhaltung bürgerlich ist. Gewiß sind die Theaterkritiken von Robert Kanters eher avanciert-bürgerlich als progressiv. Dagegen sind die politischen Artikel meist kritischer als die der parteioffiziellen "France-Nouvelle" der KPF. Als Beispiel diene der Leitartikel von Jean-Jacques Servan-Schreiber, dem Herausgeber des "Express", zum Abbruch der Verhandlungen in Evian: eine so harte und kompromißlose Kritik an der französischen Haltung konnte man anderswo in Frankreich kaum lesen. Erwähnenswert sind auch die politischen Karikaturen von Siné, Jean Effel und Tim im "Express".

(France-Observateur - 1o, rue des Pyramides, Paris I^er - NF 1,--)
(L'Express - 29, rue de Marignan, Paris - NF 1,25 +)

Im selben Format erscheint "Tribune Socialiste", die offizielle Wochenzeitung der PSU. Sie wird durch die Mitglieder vertrieben und ist nur in Paris an einigen Kiosken erhältlich. Neben politischen Artikeln wie in "France-Observateur" und "L'Express" enthält sie Parteinachrichten und ausführliche Berichte über Kongresse der Arbeiterbewegung, der Studenten- und Lehrergewerkschaften etc. Die Auflagenhöhe der"Tribune-Socialiste" entspricht ungefähr der Mitgliederzahl der PSU. Man beachte aber, daß "France-Observateur" und "L'Express" mit der PSU sympathisieren und daß ihre zusammen wöchentlich fast 3oo ooo Exemplare als meinungsbildender Faktor im politischen Leben Frankreichs eine wesentlich Rolle spielen.

(Tribune Socialiste - 8, rue Henner, Paris IX^e (rédaction) - 54, Bd. Garibaldi, Paris XV^e (administration) - NF o,4o -- Interessierten Lesern der "neuen kritik" können wir von dieser Zeitung leihweise Leseexemplare überlassen.)

Der Erfolg von "France-Observateur" und "L'Express" hat zwei andere Zeitungen veranlaßt, deren Aufmachung nachzuahmen. Die eine ist "France-Nouvelle", die parteioffielle Wochenzeitung der KPF.

(France Nouvelle - 6, Bd. Poissonnière, Paris IX^e - NF 1,--)

Eine weitere Imitation ist die tunesische Wochenzeitung "afrique-action", die in französischer Sprache erscheint und auch in Paris eine Redaktion hat. Sie vertritt die Ansichten der Neodestur-Partei (Bürgerlich-nationalistisch). Wenn ein Artikel andere Länder als Tunesien behandelt, so sind "afrique-action" linksliberale Abweichungen gestattet.

(afrique-action - 193, Av. de Paris, Tunis - NF 1,25 +)

Erwähnt sei auch "La Gauche", die belgische sozialistische Wochenzeitung; Chefredakteur ist Ernest Mandel. Um sie genauer zu charakterisieren, müßte man ausführlich auf den linken Flügel der belgischen Sozialistischen Partei und die Rolle der Trotzkisten in Belgien eingehen, was aber hier nicht möglich ist.

(La Gauche - Organe de Combat socialiste - 54, rue Molensteen, Brüssel - bfrcs. 4,--)

Z E I T U N G E N I N F R A N K R E I C H

Dieser Artikel will die Leser der "neuen kritik" über die zahlreichen linken Zeitungen informieren, die in Frankreich erscheinen. Neben den Wochen- und Monatszeitungen sollen auch kurz einige Tageszeitungen erwähnt werden. Besonders wichtig sind für uns die Wochenzeitungen, da hier auf dem deutschen Zeitungsmarkt Lücken vorhanden sind; aus diesem Grunde berücksichtigen wir bei ihnen auch nicht die politische Orientierung als Auswahlkriterium. Auf dem Gebiet der Monats- und Dreimonatszeitschriften müssen wir uns allerdings auf die linken Veröffentlichungen beschränken, da sie ausserordentlich zahlreich sind. Neben den französischen Zeitungen und Zeitschriften sollen auch einige belgische, tunesische und algerische mit in die Übersicht einbezogen werden.

T a g e s z e i t u n g e n

Die wichtigste und bestinformierende Tageszeitung Frankreichs ist für uns "Le Monde". In ihrer seriösen Aufmachung konnte man "Le Monde" eine Zeitlang für das Pendant der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" halten (man schaue sich nur den Kopf beider Zeitungen an!). Dadurch daß "Le Monde" auf Fotos verzichtet, gibt sie sich sehr nüchtern. Selbst die Redaktion von "Le Monde" glaubte, in der frankfurter Zeitung ein verwandtes Blatt zu entdecken. Doch ist "Le Monde" in Wirklichkeit eine linksbürgerliche Zeitung - sogar mit gelegentlichen Sympathien für die nicht-bürgerliche Linke. Die Objektivität ihrer Berichterstattung übertrifft nicht selten die der "Neuen Zürcher Zeitung"; die Nachrichten über den Algerienkrieg sind für französische Zeitungen so ungewöhnlich ausführlich, daß "Le Monde" in Algier öfters beschlagnahmt wurde.

(Le Monde - 5, rue des Italiens, Paris IX^{e} - NF o,3o $^{+}$)

Als zweite französische Tageszeitung möchten wir die mit verhältnismäßig kleiner Auflage erscheinende "Libération" empfehlen. Sie ist eine linke Zeitung, deren Unabhängigkeit durch die starke finanzielle Beteiligung der Kommunistischen Partei Frankreichs gefährdet ist. Bei Krisen in der KPF berichtet "Libération" ähnlich linientreu wie die parteioffizielle "Humanité". Doch muß man "Libération" sonst eine wenig an den Parteikurs gebundene Meinungsbildung zugestehen, oft eher linkssozialistisch als kommunistisch-stalinistisch. Erwähnenswert sind auch die Reportagen in Fortsetzungen.

(Libération - 5, rue du Faubourg-Poissonière, Paris IX^{e} - NF o,25 $^{+}$)

"France-Soir" ist ein sogenannt neutrales Revolverblatt. Es hat die höchste Auflage unter den französischen Tageszeitungen. Die Aktualität seiner Berichterstattung ist beachtlich: ein weit verzweigtes Reporternetz garantiert immer neueste Nachrichten; in sehr kurzen Abständen erscheinen am selben Tag neue Ausgaben mit jeweils ein bis zwei neuen Seiten.

(France-Soir - 1oo, rue Réaumur, Paris II^{e} - NF o,25 $^{+}$)

Bei den in der Auflagenhöhe ferner wichtigen pariser Tageszeitungen genügt für unsere Zwecke die Angabe der politischen Orientierung: "Aurore" und "Le Parisien-Libéré" sind rechtsgerichtet, "Le Figaro" ist konservativ, sprich reaktionär, "La Croix" ist katholisch und "L'Humanité" kommunistisch.

W o c h e n z e i t u n g e n

Die erste der linken Wochenzeitungen im DIN A3-Format und mit einem für Frankreich neuen journalistischen Stil war "France-Observateur". Wenige

"Témoignage Chrétien" ist eine linkskatholische französische Wochenzeitung. Sie steht nicht so entschieden links wie die inzwischen in der UGS (Union de la Gauche Socialiste) und damit in der PSU aufgegangene linkskatholische Partei MLP (Mouvement pour la Libération du Peuple), die unverhohlen und unkritisch mit den Kommunisten sympathisierte.

(Témoignage Chrétien, 49, rue du Faubourg Poissonière, Paris IX^{e})

Die jüngste Wochenzeitung in Frankreich, "Le nouveau Candide", ist entstanden als Reaktion auf den anhaltenden Erfolg von "France-Observateur" und "Express", denen mit sehr großem finanziellem Aufwand ein regierungstreues ("linksgaullistisches") Pendant entgegengestellt werden soll. Mit hohen Geldangeboten holt man begabte Journalisten aus linken Zeitungen heraus und läßt ihnen vorübergehend eine gewisse Freiheit. Das Format der Zeitung ist DIN A2; sie bringt wesentlich Berichte, Romanabdrucke und ähnliches und weitaus weniger Kritisches als "France-Observateur" und "Express".

(Le nouveau Candide, 37, rue du Louvre (rédaction); 4bis, rue de Cléry (administration) NF 1,-- +)

"démocratie 61" wird durch die Meinung Guy Mollets und seiner Partei, der SFIO, geprägt. Ihre Haltung entspricht der des rechten Flügels der SPD.

(démocratie 61 - 86, rue de Lille, Paris - NF o,8o)

"Carrefour" ist das Blatt der extrem Rechten, die aber in der Résistance gegen die deutsche Besetzung gekämpft haben. Zu dieser Gruppe gehören so heftige Gegner de Gaulles wie Bidault.

(Carrefour - 114, Av. de Champs-Elysées, Paris VIII^{e} - NF 1,--)

Eine Gruppe der extremen Rechten, die während der Besetzung Frankreichs mit den Nazis kollaborierte, gibt den "Rivarol" heraus. Die Unterschiede in der politischen Meinung zwischen "Carrefour" und "Rivarol" sind nur noch sehr gering.

(Rivarol, 354, rue St.Honoré, Paris i^{er} - DM o,8o +)

"Le Canard enchaîné" ist eine linke satirische Wochenzeitung. Besonders der politische Teil ist lesenswert. "Le Canard enchaîné" hat bestimmte Bezeichnungen und Schimpf- oder Beinamen geprägt, die in den Volksmund übergegangen sind, wie z.B. l'amer Michel oder Mondebré für Michel Debré.

(Le Canard enchaîné - 2, rue des Petits-Pères, Paris II^{e} - NF o,35 +)

In Frankreich erscheinen vier rein kulturelle wöchentliche Publikationen: "Les Lettres françaises" werden von Aragon herausgegeben und dementsprechend werden die Beiträge zumeist von seinen Parteifreunfreunden geliefert, doch ist das in diesem Fall kein Hindernis für eine vom Dogma des sozialistischen Realismus unabhängige Meinungsbildung. Auch zögern parteilich völlig ungebundene Künstler wie Cocteau nicht, für "Les Lettres françaises" zu schreiben, so daß sie eine der meist gekauften kulturellen Zeitungen ist.

(Les Lettres françaises - 5, rue du Faubourg Poissonnière, Paris IX^{e} - NF 1,-- +)

"Les Lettres nouvelles" von Maurice Nadeau sind eine der PSU nahestehende Zeitschrift, deren allzu große Vorliebe für das rein formal avantgardistische Schaffen kritisch anzumerken ist.

(Le Lettres nouvelles - Julliard, 3o, rue de L'Université, Paris VII^{e} - NF 1,25)

"Le Figaro Littéraire" ist weniger konservativ als der "Figaro", während "Les Arts" keine politische Tendenz haben. "Les Arts sind hauptsächlich der bildenden Kunst gewidmet.

(Le Figaro Littéraire - 14, Rond-Point des Champs-Elysées, Paris VIII^{e} - NF o,5o $^{+}$)

(Les Arts - 14o, faubourg St.Honoré, Paris VIII^{e} - NF 1,-- $^{+}$)

M o n a t s z e i t u n g e n

"la voie communiste" ist die monatliche Publikation der kommunistischen Opposition. Ihre politischen Direktoren, Gerard Spitzer und Simon Blumental, gehören freilich nicht mehr der KPF an, aber die Zeitung zählt doch Anhänger in den Reihen der KP. Es finden sich in ihr immer wieder gute marxistische Artikel, die dogmenfrei und unstalinistisch Kritik üben, so z.B. an der sowjetischen Agrarpolitik. Auch ihre Haltung zum Algerienkrieg ist sehr entschieden und kompromißlos: wenige Wochen bevor Gerard Spitzer freigelassen wurde, verhaftete man Simon Blumenthal. Kritisch muß ihr Verhältnis zur PSU erwähnt werden, da es vorläufig noch in sektiererischer Ablehnung zu bestehen scheint.

(la voie communiste - 6o, rue René Boulanger, Paris X^{e} - NF 1,--)

Im Zusammenhang mit dem französisch-algerischen Krieg möchten wir auf folgende Publikationen hinweisen:
In Tunis erscheint das offizielle Organ der Provisorischen Algerischen Regierung "El Moudjahid". Die weiter links stehende Zeitung des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA (union générale des travailleurs algériens) "L'Ouvrier algérien" wird ebenfalls in Tunis verlegt.

(El Moudjahid, Organe central du Front de Libération Nationale - 14, rue des Entrepreneurs, Tunis - NF o,4o)

In Frankreich wollen über den Algerienkrieg informieren: "Témoignages et Documents" und "Vérité-Liberté". An beiden Veröffentlichungen sind namhafte Persönlichkeiten wie Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Laurent Schwartz, Mandouze und Jean-Marie Domenach beteiligt. Coexistence" veröffentlicht beschlagnahmte Artikel aus"France-Observateur", "L'Express" und "Temps Modernes". Die früher von Francis Jeanson herausgegebene illegale Zeitung "Vérité pour ..." hat mit dem Organ der "jeune résistance" fusioniert und erscheint weiterhin illegal etwa jeden Monat.

(Témoignages et Documents - 14ter, rue du Landy, Clichy (Seine) - NF 1,--)

(Vérité Liberté, Cahiers d'information sur la guerre d'Algerie - 152, rue de Rennes, Paris - NF 1,--)

Die Studentenzeitungen "Tribune Etudiante" von der PSU und "Clarté" von der KPF können hier nur erwähnt werden.

(Tribune Etudiante - 8, rue Henner, Paris IX^{e} - NF 1,--)

In der nächsten Ausgabe der "neue kritik-informationen" werden wir eine Übersicht über die französischen Zeitschriften (in Heftform) bringen.

Rainer Z o l l

Anm.: Die mit $^{+}$) gekennzeichneten Zeitungen sind an Bahnhofskiosken größerer Städte in der Bundesrepublik erhältlich.

D A S E N D E D E R S P D - 1 9 3 3

Erich Matthias, Rudolf Morsey: "Das Ende der Parteien 1933", Droste Verlag, Düsseldorf 1960

Acht Autoren haben in diesem Sammelband den Untergang der politischen Parteien 1933 geschildert. Wenn auch nicht alle Beiträge die gleiche Qualität erreichen, so ist das Buch insgesamt doch lesenswert und wissenschaftlich hervorragend infolge der sorgfältigen, abgewogenen Darstellung, infolge zahlreicher gut ausgewählter Zitate und Dokumente. Schuld, Illusionen, Schwäche und Versagen der einzelnen Parteien werden ungeschminkt deutlich. Allerdings stellt "Das Ende der Parteien" an einen historisch nicht vorgebildeten Leser vielleicht hohe Anforderungen: schildert es doch den Weg in die faschistische Diktatur isoliert anhand der einzelnen Parteien, während die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, als Hintergrund notwendig zum Verständnis der Reaktionen der Parteiem, nicht zusammenhängend und ausreichend geschildert werden konnte.

Zweifellso zu den besten Abschnitten gehört die Arbeit von Prof. Erich Matthias über die Sozialdemokratie. Im Gegensatz zu mehr oder weniger parteioffiziösen, oberflächlichen Publikationen über diese "unbewältigte Vergangenheit" der SPD hat Matthias gut fundiert und ohne Beiseiteschieben wesentlicher Tatsachen den Weg der Partei in das Debakel von 1933 dargestellt; auf 100 Seiten Text und 75 Seiten Dokumente werden Verhaltens- und Denkweisen deutlich, die zum Untergang beitrugen und die auch heute in der Sozialdemokratie eine Rolle spielen. Matthias schrieb als Nichtmitglied, aber Sympathisierender der SPD mit Wissen und Unterstützung einzelner Mitglieder des heutigen PV der SPD; wenn die Analyse und die Folgerungen von Matthias häufig hart erscheinen, so sicher nicht, um von einem SPD-feindlichen Standpunkt her höhnend das Versagen der Partei darzustellen, sondern wohl um ähnliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Dieser Abschnitt des Buches sei im folgenden skizziert.

Matthias setzt mit dem nationalsozialistischen Wahlsieg von 1933 ein, mit dem die Gefahr des Faschismus allgemein erkennbar wurde. SPD-Führung und Fraktion reagierten darauf mit der "Tolerierung" der rechtsstehenden Minderheitsregierung Brüning (1930-1932), d.h.einem taktischen Bündnis mit dem nicht-nationalsozialistischen Bürgertum; die daraus resultierenden Verrenkungen im Reichstag schwächten entscheidend die Selbstsicherheit und sozialistische Glaubwürdigkeit der Partei, denn: "Die Duldung des Kabinetts Brüning verurteilte die Sozialdemokratie zur völligen Bewegungslosigkeit. Sie sah sich dazu gezwungen, die unpopulärsten Not- und Sparmaßnahmen, die von ihren Anhängern leidenschaftlich abgelehnt wurden, hinzunehmen, und mußte sogar einseitig den Interessen der Landwirtschaft dienende Gesetze passieren lassen." (Matthias S.109) Eingelullt in den Jahren der Konjunktur bis 1929, 1928 bis 1930 mit dem Bürgertum in Koalition, wußte die Partei nichts anderes, als die erfolglose deflationäre Wirtschaftspolitik Brünings zu unterstützen; Furcht vor "Experimenten" (zit.nach Matthias, S.111) hielt die SPD noch 1933 zurück, ein eigenes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln, im Gegenteil "die sozialdemokratischen Erwartungen konzentrierten sich paradoxerweise auf die Wiedergesundung der kapitalistischen Wirtschaft." (Matthias, S.112) Es lag nur auf dieser Linie, wenn die Reichstagsfraktion dem Bau des Panzerkreuzers B zur Annahme verhalf.

Dieser bewußte Verzicht auf offensive Parolen, diktiert von der allerdings realen Gefahr eines weiteren Rechtstrends im Bürgertum, zerstörte nicht nur die Ausstrahlungskraft der Partei nach außen; vielmehr sahen sich auch die Mitglieder, die 1928 deutlich genug die Panzerkreuzer abgelehnt hatten, wirtschaftlich und militärpolitisch nicht durch ihre Fraktion genügend vertreten. Unruhe, besonders unter den Jüngeren, zeigte sich; wie Julius Leber schrieb, spürte man "zum ersten Male einen starken Unmut gegen die eigene Führerschaft in den sozialdemokratischen Reihen." (S. 121) So kam es 1931 zur Gründung der "Sozialistischen Arbeiterpartei"; auf dem Leipziger Parteitag im gleichen Jahre apellierte jedoch die Parteiführung erfolgreich an "die geheiligte Disziplin der Partei" (S.12o). Während die Parteiführung ohne ausreichendes Empfinden für die psychologische Schwächung ihre Tolerierungspolitik weitertrieb, konzentrierte sich der Wille vieler Anhänger und Mitglieder, kämpferisch und nicht nur parlamentarisch Widerstand gegen den Faschismus zu leisten, im millionenstarken "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", aus dem sich seit 193o die paramilitärischen "Schutzformationen" herausbildeten (1932: 25o ooo M.)

Hier einige Beispiele für die Vorbereitungen, die meist von unten her getroffen wurden: Im Magdeburger Bezirk wurden die Besetzung von Eisenbahnknotenpunkten, Blockierung der Strecken, Brückensprengungen sowie Unterbrechungen der Telefonverbindungen vorbereitet; in Hamburg bildete sich ein "Pioniersystem" von 5ooo Mann, die innerhalb von zwei Stunden an jedem Ort der Stadt zusammenziehbar waren, ein System, das vielfach nachgeahmt wurde; die Berliner "Sozialistische Arbeiterjugend" (SAJ), ursprünglich pazifistisch, ging aus Rache für SA-Morde zum Gegenterror über, begann mit Übungen im Kleinkaliberschießen und der Beschaffung von Pistolen; der Arbeiter-Radio-Bund schuf bis 1933 ein Sprechfunknetz, das alle 33 Parteibezirke verband; das Berliner Parteihauptquartier wurde bald durch bewaffnete Gruppen gesichert, wobei besonders die Reichsbannerstudenten und der Berliner SDS hervortraten, die systematisch in Jiu-Jitsu, Strassenkampf und Pistolenschießen ausgebildet wurden.

Diesem Kampfwillen standen zahlreiche Hemmungen entgegen. Allgemein unterließ man die Beschaffung von Waffen, da ja im Ernstfalle die Waffenreserven "unserer Polizei", der preußischen Polizei, zur Verfügung stehen würden. Erst nach dem Verlust der Regierungsposition in Preußen 1932 ging man auf lokaler Ebene zur Beschaffung von Waffen über, wobei der Parteivorstand beiseitestand und zahlreiche lokale Parteispitzen Schwierigkeiten machten.

Der Widerspruch zwischen aktivistischen Mitgliedern und den Parteispitzen resultierte aus dem legalistischen, nur-parlamentarischen Denken in der Oberschicht der Partei. Dies zeigte sich deutlich, als am 2o. Juli 1932 Reichskanzler v.Papen mit Rückendeckung der Reichswehr rechtswidrig die preußische Regierung (SPD, Zentrum, Demokraten) für abgesetzt erklärte, und Partei- und Gewerkschaftsführung nicht wagten, auf diesen e r w a r t e t e n Schlag anders zu antworten, als durch eine - natürlich ergebnislose - Klage beim Staatsgerichtshof, über dessen höhnende Antwort in Eycks "Geschichte der Weimarer Republik" nachzulesen ist. So wurde die Machtposition der preußischen Polizei, deren kasernierte Verbände einen ernsthaften militärischen Faktor darstellten, kampflos aufgegeben, und Goebbels konnte an jenem 2o. Juli in seinem Tagebuch notieren: "Man muß den Roten nur die Zähne zeigen, dann kuschen sie." (S.128) Als ob nichts geschehen wäre, konzentrierte sich der Parteiapparat in altgewohnter Weise auf die nächste Reichstagswahl, die angesichts der bloßgelegten Schwäche vom 2o. Juli kein Erfolg werden konnte. Infolgedessen nervös geworden, rückte nun die Fraktion stolz mit einem "Bündel

von Anträgen" in den Reichstag ein, plötzlich rhetorisch radikal für sozialistische Wirtschaftsmethoden eintretend.

Dieser Ausbruch aus der bisherigen Politik blieb ohne jeden Widerhall, die jahrelange Tolerierung Brünings hatte die Partei in dieser Hinsicht allzu unglaubwürdig gemacht, die Radikalisierten wanderten weiterhin zur KPD ab. Zu tief hatte auch die Passivität des 2o. Juli die kämpferischen Kader und Massen getroffen. Vergeblich hatten sich Reichsbannerleute an ihren Treffpunkten damals gesammelt und auf das Signal zum Kampf gewartet, das nie kam. Die Stimmung schilderte später der alte Sozialdemokrat Buchwitz: "Ich sah in jenen Tagen Reichsbannerleute weinen. Alte Funktionäre warfen uns die Mitgliedsbücher hin..." (S. 137) Empört nannte der noch junge Führer des Reichsbanners, Höltermann, der einen Beschluß zum Widerstand innerhalb der vorsichtigen Partei- und Gewerkschaftsspitzen nicht hatte durchsetzen können, diese Schicht der Führenden "entnervte und kurzsichtige Bürohengste", "unpolitische Nur-Parlamentsakrobaten", "geistig korrupte Weichlinge" (S. 139).

Mit dem Datum des 3o. Januar 1933 begann eine Widerholung des Schauspiels vom Juli 1932, nur daß diesmal die Chancen für einen Widerstand wesentlich geringer waren.

Auf der einen Seite deuteten Vorstand und Fraktion die Möglichkeit eines baldigen Widerstandes an und forderten demgemäß: "Undisziplinierte Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen." (Vorwärts, 31.1.1933; Matth., S.162) Tatsächlich wiegte man sich in Hoffnungen, etwa auf Spannungen zwischen SA und Stahlhelm, und klammerte sich daran, durch treue Legalität und Loyalität doch noch die eigenen Organisationen retten zu können. Dies zeigte sich auch bei der Begründung, die der Parteivorsitzende Otto Wels zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes gab - seine Rede ist im übrigen ein Beweis dafür, daß man die Haltung der Parteispitzen nicht einfach mit persönlicher Feigheit erklären kann. Entscheidend dürften die Sorge und die Verantwortung um die Existenz der Organisationen gewesen sein, wenn es in der Folge zu demoralisierenden Akten der Führung kam: etwa, wenn die SPD gegen wahrheitsgetreue ausländische Berichte über das NS-Regime protestierte; wenn die Gewerkschaftsführungen, mit Ausnahme des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA), Siegfried Aufhäuser, an der nationalsozialistischen Feier des 1. Mai teilnahmen (was nicht die Vernichtung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai verhinderte); wenn man aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ausschied, wenn schließlich die Mehrheit der Restfraktion unter Löbe den Versuch machte, durch ihre Zustimmung zu Hitlers "Friedensresolution" am 17. Mai zu einer die Rechte besänftigenden gemeinsamen Außenpolitik zu kommen. Diese bereits durch nackte Angst diktierte Zustimmung ließ Hitler als außenpolitischen Vertreter des ganzen deutschen Volkes erscheinen, riß eine Kluft zu den nach Prag emigrierten Vorstandsmitgliedern auf, ohne das endgültige Verbot der SPD am 22. Juni 1933 verhindern zu können, ein Verbot, das angesichts der Halblegalität und der Verrenkungen der letzten Wochen und Monate einem rückschauenden Beobachter fals als politisch erlösendes Ende erscheinen muß.

Auf der anderen Seite standen diesem legalistisch-parlamentarischen Denken, das sich bis zum Ende im "Gebäude dieser illusionären Hoffnungen" bewegte (Matth., S.164), diejenigen gegenüber, die sich am 3o. Januar 1933 in zahlreichen Großstädten spontan zum Widerstand gesammelt hatten und abermals vergeblich auf das Zeichen von oben warteten. Immerhin machte man sich nun vielerorten daran, noch Waffen zu beschaffen und sich auf die Illegalität

J O H N K E N N E T H G A L B R A I T H

UND DER "A M E R I K A N I S C H E K A P I T A L I S M U S"

Michael V e s t e r

> "Die Macht weniger Personen, die das Wirtschaftsleben der amerikanischen Wirtschaft steuern, muß auf viele Personen aufgeteilt oder es muß diese Macht der Öffentlichkeit und der ihr nach demokratischen Grundsätzen verantwortlichen Regierung übertragen werden. Wenn für das Geschäftsleben der Nation die Planung und nicht der Wettbewerb maßgebend sein soll, dann darf diese Macht nicht in der Hand einer Gruppe von Privatpersonen ruhen..."
>
> Präsident Roosevelt, 29.4.1938

Die Entdeckung, daß der Kapitalismus sich modernisiert hatte, mußte überall dort im sozialdemokratischen Lager Verwirrung stiften, wo die sozialistische Theorie schon vorher so gering geachtet wurde, daß ihre Reste nun nicht mehr ausreichten die veränderte Wirklichkeit in den Griff zu bekommen, ohne sich auf den "Boden der (jeweiligen) Tatsachen" zu stellen und sich somit dem herrschenden System, d.h. dem System der Herrschenden zu unterwerfen. In dieser Situation griff man in der Labour-party, in der seit je mehr diskutiert wurde, fasziniert zu den Theorien John Kenneth Galbraiths, weil er in populärer Form eine Interpretation des späten Kapitalismus und eine Therapie anbot, durch "Gegenkräfte" die negativen Auswüchse des Systems zu neutralisieren, ohne daß dazu eine Veränderung der politökonomischen Struktur nötig sei. Eine fundierte Auseinandersetzung mit Galbraith wird dennoch berücksichtigen müssen, daß Galbraith tatsächlich in seiner Respektlosigkeit vor den geltenden Doktrinen der Konservativen dicht an die Grenzen der Systemimmanenz des Kapitalismus stößt. Seine Methode, die ökonomische Wirklichkeit mit ihren Theorien zu konfrontieren und gesellschaftliche Phänomene aus ihrem historischen und ökonomischen Entwicklungsprozeß zu erklären, hat z.B. Deist eine klare Konzeption und selbstkritische Skepsis voraus und spielt deshalb trotz ihrer Halbheiten eine progressive Rolle nicht nur in der amerikanischen Politökonomie.

Galbraith, 52, ehemals Redakteur der "Fortune", Verfasser von Bestsellern ("Gesellschaft im Überfluß"), bis vor kurzem Dozent an der Harvard Universität und heute durch seinen Anhänger Kennedy Botschafter in Neu-Delhi, ist "eher ein Politökonom als ein Theoretiker" (LIFE) in dem hierzulande unbekannten Sinne von Pragmatismus, der immer noch von dem Postulat ausgeht, daß die Wirtschaft für den Menschen dasei. Er rechnet sich zu den amerikanischen "Liberalen", die eine Zementierung der bestehenden sozialen Verhältnisse ablehnen und eine staatliche Wirtschaftsintervention bejahen, soweit erforderlich, um dem Machtmißbrauch der Unternehmer vorzubeugen; denn sie sehen ihre "Hauptaufgabe in der Verbesserung der Wohlfahrtseinrichtungen und im Angriff auf althergebrachte Positionen". Galbraith entwickelt seine Konzeption aus einer entsprechenden Polemik gegen die "Konservativen", die immer noch die Wirtschaftswirklichkeit als freien Wettbewerb vieler gleicher

Unternehmer betrachten, weil in ihm von vielen Verkäufern keiner so mächtig sei, daß er den Preis beeinflussen konnte.

"Solange der Wettbewerb die Verteidigungswaffe der Konservativen bleibt", meint Galbraith, "Besitzt die Linke geradezu alle Beweise und logischen Gegenargumente". Das Wettbewerbssystem hält er seit der "epochalen Untersuchung" von Adolf A. Berle und Gardiner C. Means für endgültig überholt. Nach dieser Untersuchung verfügten 1933in den USA 200 große Aktiengesellschaften über 57 % des amerikanischen Aktienkapitals; 1947 kontrollierten nach der Feststellung der Federal Trade Commission (FTC) 113 Erzeugerfirmen 46 % des industriellen Eigentums der USA. Da 1933 nur wenige Großunternehmungen die Industrie, das Transportwesen, die Energieversorgung, das Fernmeldewesen und den Berg bau kontrollieren, mußte die "alte zweipolige Klassifikation der Märkte, Wettbewerb oder Monopol", fallgelassen und die Übergangsform der Oligopole anerkannt werden. Die amerikanische Wirtschaft ist oligopolistisch organisiert.

Die Tendenz der Kapitalkonzentration erkennt Gal braith als ein G e s e t z der gesamten kapitalistischen Entwicklung; er formuliert marxistisch: "Wer die Neigung zur Besitzkonzentration in einem Industriezweig auf imperialistische Neigungen einzelner zurückführt, geht an dem Kern der Frage vorbei, weil es sich darin um eine ausgesprochen organische Entwicklung handelt."

Da in dieser Wirtschaft nach Galbraiths Beweisführung die Konkurrenz, das sog. Unternehmerrisiko, durch Preisabsprachen ("die Alternative wäre kommerzieller Selbstmord") weitgehend aufgehoben ist, kann der amerikanische Kapitalismus von uns als p r i v a t e P l a n w i r t s c h a f t bezeichnet werden.

Die Lösung des Problems der Wirtschaftsmacht, die Galbraith anbietet, ist die Theorie der "Gegenkräfte", die er 1952 in seinem Buche "American Capitalism - a system of countervailing power" (deutsch Stuttgart 1956) zusammen mit einer auf Keynes aufbauenden Konzeption der Konjunkturstimulierung entwickelte. Wesentlich für Galbraith ist als zweites seine gegen die Fetischisierung der Produktion gerichtete Kritik an der "Gesellschaft im Überfluß", die er in seinem Buche "Affluent Society" leistete.

T H E O R I E D E R G E G E N K R A F T

Übermäßige Kapitalkonzentration müsse selbst nach der anerkannten liberalistischen Doktrin Freiheit, Gleichheit und Wohlfahrt der Individuen gefährden und zu sozialen Mängeln und Unterdrückung führen; mit ihr könne man, betont Galbraith, "sogar das Denken der Verbraucher sowie seine Bedürfnisse künstlich bestimmen." Die demokratische Regierung der USA versuchte es ab 1938 mit den Antitrustgesetzen. Obschon der Ankläger der Regierung beispielsweise 1946 den Prozeß gegen das Tabakoligopol gewann, setzten diese danach ihre Preispolitik unbekümmert fort. Ebensowenig ändern heute nach verlorenem Prozeß General Electric oder General Motors ihre Politik.
Thurman Arnold, unter Roosevelt erfolgreichster staatlicher Ankläger ("trust buster"), schrieb dazu im Oktober 1960:

> "Man kann nicht behaupten, daß zeitweilige Forcierung der Antitrustgesetze diese Probleme gelöst hat, aber die Gesetze selbst haben uns eine Vorstellung davon gegeben, wie unsere Wirtschaft eigentlich aussehen sollte. In einer Kartellwirtschaft könnte

> niemand die Berechtigung der kürzlichen Steigerung der Stahl- oder beliebig anderer Preise infragestellen. In einer Trust-feindlichen Wirtschaft erscheint es legitim und natürlich, daß ein parlamentarischer Ausschuß die Unternehmungen zur Rechenschaft zieht."

Auflösungsurteile waren sehr selten. Die nach Galbraith damals "nächstliegende" Alternative, die Verstaatlichung der wettbewerbslosen Industrie, wurde bestenfalls (wie von Roosevelt im Motto dieses Aufsatzes) in Reden gestreift.

Trotz der bereits unleugbaren Vorherrschaft von General Motors, Standard Oil, Du Pont und U.S. Steel Corporation hielten die Konservativen am Wettbewerbsmodell fest; da die liberalistische Theorie nur viele gleiche Unternehmer vorsah und damit die Möglichkeit von Machtmißbrauch ausschloß, diente sie nun als willkommene Ideologie den Unternehmern, die die ihnen gehörige Macht nicht eingestanden und sie dennoch ausnutzten. Sie blieben in dem Zwiespalt, öffentlich Wasser zu predigen und heimlich Wein zu trinken.

Ihnen kam nach Galbraith zugute, daß die oligopolistische Wirtschaft der USA recht und schlecht ohne Krisen weiterfunktionierte. Ursache des Überlebens war einerseits, daß der geringe Beschäftigungsgrad in den hochautomatisierten Oligopolindustrien kompensiert wird durch einen verhältnismäßig hohen Arbeitskräftebedarf der Branchen, die - wie die Landwirtschaft - dem klassischen Modell noch am ehesten entsprechen. Wohlstand und Stabilität sind andererseits den zuerst von Keynes vorgeschlagenen Methoden zur staatlichen Konjunkturstimulierung zu verdanken.

Während einst in der Konkurrenzwirtschaft eine Machtkonzentration durch den Wettbewerb der Unternehmer untereinander, also auf der Verkäuferseite des Marktes, verhindert werden sollte, wird nach Galbraiths Theorie der Gegenkraft im spätkapitalistischen Oligopolsystem die private Wirtschaftsmacht "durch die Gegenkräftejener im Zaume gehalten, die ihm unterworfen sind", d.h. von der anderen Marktseite her. Diesen mehr oder minder automatisch wirkenden Mechanismus demonstriert am deutlichsten der Arbeitsmarkt:

> "Der Einfluß von Menschen über Menschen ist nur selten so skrupellos angewandt worden wie auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt nach dem Aufstieg der großen Aktiengesellschaften. Noch zu Beginn der Zwanzigerjahre waren in der Stahlindustrie zwölfstündige Arbeitstage, die 72-Stunden-Woche und jede zweite Woche eine unwahrscheinlich anmutende 24-Stunden-Schicht gang und gäbe."

Die dadurch auf den Plan gerufenen Gewerkschaften entwickelten sich allmählich zu einer Gegenkraft gegen die Macht der Unternehmungen. Ähnliche Beziehungen entstanden zwischen den Warenherstellern und ihren Abnehmern: um die Marktbeherrschung durch die großen Herstellerfirmen einzuschränken, schlossen sich die Einzelhändler zusammen und bildeten sich Einkaufsgenossenschaften, Kettenläden, Versand- und Warenhäuser; diese konnten sich ihrerseits durch Einkauf in großen Mengen und die gelegentliche Drohung, durch Einrichtung eigener Unternehmen eigene Lieferquellen zu erschließen, niedrige Einkaufspreise und damit einen guten Absatz sichern.

Galbraith gibt jedoch zu, daß die Theorie der Gegenkraft nicht universale Geltung beanspruchen kann, da in einigen Wirtschaftszweigen keine Gegenkräfte aufkommen konnten. Die amerikanischen Bauunternehmer beispielsweise seien nach wie vor ohnmächtig gegenüber ihren Materiallieferanten wie gegenüber den Gewerkschaften. Da vor Machtmißbrauch nur starke Gegenkräfte schützen können, erklärt Galbraith es zur Aufgabe des Staates, überall dort einzugreifen, wo gegen eine vorhandene Macht aus eigenen Kräften keine Gegenkraft entstehen könne. "Eigentlich ist die Förderung der Gegenkraft im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte vielleicht zur wichtigsten Friedensaufgabe der Regierung geworden"; davon zeugen nach Galbraith die Gesetze zum Schutze der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse und der Kollektivverträge, zur Preisstützung der Agrarprodukte und zur Garantierung der gesetzlichen Mindestlöhne für nichtorganisierte Arbeiter. Der Staat sollte jedoch die Rolle der Gegenkräfte nicht übernehmen, sondern sie lediglich stärken.

Da hier ein Eingehen auf die dem Kapitalismus spezifischen Konjunkturen und Krisen nötig wird, muß Galbraiths

R Ü C K G R I F F A U F K E Y N E S

erörtert werden. "Die Ideen, welche die Depression deuteten und die warnend darauf hinwiesen, daß Depression und Inflation ebenso ein Ergebnis der Unternehmungsfreiheit sein können wie stabile Vollbeschäftigung, stammen von John Maynard K e y n e s ". Seinen Einfluß vergleicht Galbraith mit dem von Ricardo, Smith und Marx: Keynes hatte in der großen Weltwirtschaftskrise die Liberale von ihrer Ratlosigkeit gerettet, indem ihrer Regierungspolitik "eine feste Grundlage für ein statistisches Erfassen des wirtschaftlichen Gesamtverhaltens" und eine staatliche Investitionspolitik empfahl, die durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Käufern die Wirtschaftstätigkeit belebte.

Das Rezept, "das man mit dem Namen Keynes' identifiziert" und das die "Mängel des wirtschaftlichen Verhaltens beheben soll, ohne daß der private Einfluß auf die Produktionsentscheidung angetastet werden soll", sah vor: bei Depressionen sollten zur Erhöhung der Nachfrage die Staatsaufträge und die Steuersätze gesteigert werden, bei Voll- und Überbeschäftigung andererseits wieder gesenkt, um durch Minderung der Kaufkraft eine zusätzliche Ausweitung der Produktion zu erschweren. "Wenn das Keynesche Rezept brauchbar ist", meint Galbraith, kann die amerikanische Wirtschaft in Friedenszeiten die Vollbeschäftigung und einen "Gleichgewichtszustand der Kapazitätsproduktion" halten. Die Nachkriegszeit habe die Richtigkeit von Keynes' Methoden bewiesen; als Retter des "status quo" des Kapitalismus gewann Keynes die ihm lange versagte Anerkennung der Konservativen, die sahen, daß der Staatseingriff ihrer Sache alles andere als schädlich war. Keynes wurde zum Apologeten des Systems.

Den Pferdefuß dieser Therapie erkennt Galbraith darin, daß nicht friedliche Investitionen, sondern Rüstungsausgaben die schwere Depression der Dreißigerjahre (vor dem 2. Weltkrieg) und die 1949 einsetzende sanfte Depression (vor dem Koreakrieg) beendet hatten:

> "Die 12 Milliarden Dollar, die in den 12 Monaten vor Ausbruch des Koreakrieges für das Militär, und die 4 1/2 Milliarden Dollar, die für die Auslandshilfe ausgegeben wurden, in einer Periode, da die Preise im wesentlichen stabil waren und nicht ganz Vollbeschäftigung herrschte, hielten die Wirtschaft auf einem Niveau, das der Vollbeschäftigung näherkam

> als es sonst der Fall gewesen wäre. Hätte auf der Welt überall Friede geherrscht, dann würden die gleichen Mittel, investiert für den Bau von Straßen und Wohnhäusern, für die Entwässerungen, Urbarmachung unfruchtbarer Gebiete, für die Unterstützung rückständiger Länder und für Anschaffungen durch den Verbraucher, die zu Nutznießern wohldurchdachter Steuerermäßigungen werden, den gleichen Stützungseffekt gehabt haben.

Die Kritik an der auf Keynes aufstockenden Therapie, die Nachteile des Kapitalismus durch Gegenkräfte zu regulieren, findet hier bereits ihre Ansatzpunkte. Zum Verständnis der Theorien Galbraiths muß zuvor noch auf sein

G E G E N DIE F E T I S C H I S I E R U N G D E R P R O D U K T I O N

gerichtetes Buch "Gesellschaft im Überfluß" eingegangen werden. Galbraith beschreibt, wie in den hochkapitalistischen Überflußgesellschaften eine Verschwendung zulässig wird, die die Kategorien der Mangelwirtschaften Nachkriegseuropas und der Entwicklungsländer außer Kraft setze. Der produzierte Überfluß gewähre einen gewissen Spielraum für Fehler, Luxusgüter und vor allem gewaltige Ausgaben für Reklame: "Da die primitiven Bedürfnisse befriedigt sind, kommen beim Verkauf der moderne Praktiker für angewandte Psychologie und der geschickte Handelsvertreter zum Zuge." An dieser Stelle beginnt Galbraith seine Attacke gegen die Vorrangstellung der Produktion: in der Mangelwirtschaft eines Smith oder Ricardo freilich sei Erhöhung der Produktion schlechthin gut gewesen, weil sie zur besseren Befriedigung elementarer Bedürfnisse - wie Ernährung und Kleidung - dienten. In der Überflußgesellschaft jedoch seien die Bedürfnisse keine Naturkonstante mehr, sondern infolge ihrer Manipulierbarkeit zweifelhafte Werte. Galbraith erläutert diesen "Abhängigkeitseffekt" folgendermaßen:

> "Dieses Verfahren jedoch, mag es noch so hübsch aussehen, wendet sich in vernichtender Weise gegen seine Urheber, sobald man zugibt, daß die Verbraucherwünsche selbst sowohl passiv wie planmäßig aktiv aus dem gleichen Prozeß entstehen, der sie befriedigt. Dann befriedigt die Warenproduktion die Bedürfnisse, die aus dem Verbrauch dieser Güter erwachsen oder von den Produzenten künstlich geschaffen werden. Die Produktion weckt neue Wünsche und damit auch das Bedürfnis nach erweiterter Produktion."

Galbraith setzt sich zum zweiten mit dem konservatistischen Argument auseinander, Erhöhung der Produktion bedeute gleichzeitig eine Erhöhung der nationalen Sicherheit. Diesem Argument liege die Vorstellung zugrunde, daß im Kriegsfalle sich die zivile Produktion zugunsten der militärischen eingeschränkt werden könne. Dies ist aber nach Galbraith nur sehr begrenzt möglich, weil es eine Senkung des Lebensstandards bedeute. Außerdem seien die amerikanischen Rüstungsleistungen des II. Weltkriegs nicht auf eine Einschränkung der Konsumgüterproduktion, sondern auf eine gesonderte Produktionssteigerung für Produktionszwecke zurückzuführen.

Als dritte uns sehr wesentliche Ursache für das übertriebene Interesse an der Produktion sieht Galbraith in dem Prestige, daß sie dem Unternehmer auf der sozialen Rangleiter gewährt.

Zum vierten, so argumentieren die Liberalen, ermögliche die Produktionsausweitung die Lösung der Probleme der sozialen Sicherheit und Gleichheit, da soziale Sicherheit vor allem durch Vollbeschäftigung und Sozialversicherung gekennzeichnet sei. Galbraith wendet ein, daß eine technologische Produktivitätssteigerung (Automation), wie sie in den Oligopolindustrien üblich sei, dem Hauptgebot der sozialen Sicherheit vielmehr widersprechen könne, weil sie Arbeitskräfte freisetze.

Schließlich beschäftigt sich Galbraith mit dem Hauptnachteil der Überflußgesellschaft: daß sie eine Gesellschaft des sozialen status quo ist. "Denn je mehr sich der Wohlstand in den Vereinigten Staaten hebt, desto beharrlicher wird man von allen sozialen Experimenten abrücken." Dank des Überflusses müssen Reformen nicht auf Kosten privilegierter Kreise erfolgen: daher gebe es in den USA nur mehr selten ein hartes Aufeinanderprallen der "Interessen der Besitzer und der Habenichtse".

Außerdem sei der "steigende Wohlstand des Durchschnittsmenschen in den letzten Jahrzehnten nicht durch eine Neuverteilung des Einkommes erzielt worden, sondern durch Steigerung der Produktionsleistung." Die durch die mögliche social-security Politik lindere den Schmerz der sozialen Ungleichheit und dämpfe somit die Forderung nach Änderung der Besitzverhältnisse. Zu diesen sozialen Maßnahmen zählten die Hebung der nationalen Kaufkraft durch Arbeitslosenunterstützung, die progressive Einkommenssteuer und die relative Angleichung der Familieneinkommen. Von 1941 bis 1950 stieg z.B. das Familieneinkommen des ärmsten Fünftels der Bevölkerung um 42 %, das des zweitärmsten um 37 %, das des mittleren um 24 %, das des zweitreichsten um 16 % und das des reichsten um nur 8 %. Nach Galbraith ist denn auch die wichtigste Funktion der Produktionssteigerung, die bestehenden Besitzverhältnisse zu garantieren, indem die Krisengefahr herabgesetzt wird.

Galbraith verweist zwar darauf, daß man einige negative Auswirkungen der Fetischisierung der Produktion (d.h. Profitwirtschaft, M.V.) korrigieren könne, rührt aber nicht an die Wurzel des Übels, die Besitzverhältnisse. Er geht sogar bewußt nicht darüber hinaus, nur zu zeigen, daß nicht allein von der Produktion das menschliche Glück abhänge. Da die Arbeit für die meisten Menschen mehr Last als Befriedigung sei, biete sich die Alternative der Arbeitszeitverkürzung und damit der Hebung des Bildungsniveaus an.

Die Kritik an Galbraith kann in diesem Rahmen nur in großen Zügen und unter Verzicht auf statistische Belege und volkswirtschaftliche Einzelheiten geleistet werden. Sie kann daher nur als Ansatz zu der nötigen intensiveren Diskussion um den späten Kapitalismus gelten. Hier sind zwei Fragen zu beantworten: 1. reichen die von Galbraith entwickelten Therapien aus, die Widersprüche des späten Kapitalismus zu bewältigen? 2. warum lehnt Galbraith die sozialistische Alternative ab?

G E G E N K R Ä F T E - H Y Ä N E N U N T E R S I C H

Die Ansätze zur Kritik an der Theorie der Gegenkräfte liefert Galbraith selbst: die Gegenkraft kann die Funktionen des Wettbewerbs nur bedingt übernehmen, denn sie "kommt nicht durchgehend unter allen Nachfragebedingungen zur Geltung. Sie wirkt überhaupt nicht hemmend auf eine Marktmacht, sobald eine Inflation oder inflationistischer Druck herrscht."

Vielmehr verstärkt sie jede Disproportion und löst stets gleichgerichtete Impulse aus. Dieses Phänomen lässt sich an der Preis-Lohn-Spirale verdeutlichen: in ihr kann es nie zu Senkungen der Preise kommen.

Inflation belohnt nach Galbraith jene, "die über plumpste und materiellste Fähigkeiten verfügen. Keine Demokratie ist nach einer schweren und langen Inflation ganz intakt geblieben...Die Inflation und nicht die Depression ist es, die dann dazu führt, dass der Kapitalismus durch eine weitgehende Zentralisierung der Entscheidungen modifiziert wird." Die inflationären Tendenzen wären imstande, "eine grössere Revision des amerikanischen Kapitalismus, sowohl seines Wesens wie seiner Struktur herbeizuführen" und die Gegenkräfte unwirksam werden lassen, die gefährliche Wirtschaftsmacht eindämmen könnten.

Eine umfassende Darlegung der Problematik gab Galbraith 1958 in seinem Buch "Journey to Poland and Yugoslavia":

> "Eine Wirtschaft, die von Gegenkräften reguliert wird, ist nicht völlig stabil - bei oder in der Nähe von Vollbeschäftigung wird sie eine ständige Tendenz zur Inflation aufweisen. Dies ist so, weil bei starker Nachfrage der Konflikt nicht durch Aufteilen, sondern durch Abwälzen der Kosten auf die Öffentlichkeit gelöst wird. Es folgt daraus: wenn Vollbeschäftigung ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein soll, ist die Versöhnung der Gruppeninteressen eine der unumgänglich notwendigen Funktionen des modernen Staats . Dazu bedarf es einer besonderen Maschinerie. Man kann ermessen, daß diese nicht leicht entworfen oder bedient werden kann. Mit diesem Problem haben wir uns noch nicht beschäftigt. Es gibt immer noch die Neigung, zu hoffen, daß die Lösung von selber kommt. Und es gibt auch noch andere Probleme, die gelöst werden müssen. Immerhin ist eine unvollkommene Lösung des Problems der Wirtschaftsmacht überhaupt keiner bei weitem vorzuziehen. Denn es war der Glaube, daß keine Lösung existierte, der einst zu der zuversichtlichen Voraussage führte, der Kapitalismus könne nicht überleben."

Galbraith ahnt hier die Fehlerquelle seiner Theorie der Gegenkräfte: die Gegenkräfte seines Modells sind nicht eigentlich die sich wirklich in der Gesellschaft gegenüberstehenden Kräfte. Die "Gegner" Unternehmer und Arbeiter (der Oligoplindustrie), Hersteller und Einzelhändler verteilen die Lasten nicht untereinander, sondern schieben sie in Gestalt von Preiserhöhungen auf die Gesamtheit des Konsumenten ab. Hierin liegt der Grund, aus dem Gegenkräfte àla Galbraith weder Kapitalkonzentration noch die demokratiegefährdenden inflationären Tendenzen dauerhaft bremsen können: die von Galbraith geträumte Gerechtigkeit erscheint so lange nicht herstellbar wie die um ihre Bedürfnisse betrogenen Konsumenten, d.h. die gesamte Gesellschaft nicht als Gegenkraft auftritt und Wirtschaftsdemokratie installiert, um das Gleichgewicht von Produktion und dürfnissen wiederherzustellen.

P L A N W I R T S C H A F T I S T T A B U

In der historischen Diskussion ob nicht doch "die gelenkte Wirtschaft eine Methode zur Verteilung der Produktionsmittel und zur Errechnung der Produktionskosten hervorbringen könne, die das zu ersetzen vermag, was sich innerhalb des Preisgefüges abspielt", entscheidet sich Galbraith dennoch für die Beibehaltung der privaten Entscheidungs-

gewalt. Er lehnt eine Verstaatlichung aus folgenden Gründen ab:

(1) Nach Galbraith ist Grundprinzip des amerikanischen Kapitalismus, dass er "in der Praxis und weniger als weltanschauliches System betrachtet, eine Einrichtung zur Erzielung einer starken Dezentralisierung der Entscheidungen ist." Selbst wenn die Gegenkräfte wegen einer Inflation versagten, wäre die private Zentralisation von Wirtschaftsmacht nicht so umfassend wie - in irgendeiner Form - Verstaatlichung. Galbraith beschränkt den Staat grundsätzlich auf stimulierende Funktionen.
(2) "In einer parlamentarischen Demokratie, in der ein hoher Lebensstandard herrscht," seien die Bedürfnisse zu differenziert, als dass der Staat die notwendigen eindeutigen wirtschaftlichen Entscheidungen treffen könne, selbst wenn nur die grundsätzlichsten Wirtschaftsentscheidungen bei ihm lägen. Andererseits könne Zentralismus in Ländern "mit primitivem Lebensstandard sehr wohl möglich sein...", wo sich die Produktion auf relativ wenige normierte Güter beschränkt" wie in den Mangelwirtschaften Russlands oder Ostmitteleuropas.

Galbraith geht von der falschen Voraussetzung aus, dass Planwirtschaft immer zentralistisch sein müsse. Ersagt, "das wesentliche Prinzip, die Macht zu verteilen und nicht zu konzentrieren, ist gesund," und übersieht, daß moderne planwirtschaftliche Methoden durchaus ermöglichen, die Entscheidung auf die gesamte Gesellschaft und nicht nur auf die Kapitalisten zu verteilen, und zwar jeweils dann, wenn - wie bei Oskar Lange oder in Jugoslawien - Marktmechanismen in die Plankonzeptionen aufgenommen werden. Der polnische Politökonom Oskar Lange (siehe "neue kritik - informationen" 3) hat bereits in den Dreißigerjahren aufgezeigt, daß es möglich ist, kollektives Eigentum an Produktionsmitteln mit einer funktionierenden Wirtschaftsrechnung zu verbinden. Nach Zurückweisung der sowjetischen Planbilanzmethode sieht Lange in der in Keynes' Gefolgschaft entwickelten Input-Output-Analyse, im Linear Programming und in Teilen der Beschäftigungstheorie zweckmäßige Werkzeuge makroökonomischer Planung. Lange übernimmt ebenfalls Aussagen der herkömmlichen Preistheorie im weitesten Sinne in seine Konzeption des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage. In der Methode soll prinzipiell dezentralisiertes Vorgehen bevorzugt werden: insbesonder soll in der Regel auf jede Detailplanung verzichtet und dem einzelnen Betrieb nur aufgetragen werden, eine Produktion von bestimmter Werthöhe zu erstellen. Die Dezentralisierung kann das von Galbraith verlangte schnelle, flexible Reagieren in besonderen Situationen ermöglichen. Ein weiteres Element der Dezentralisierung ist Arbeitermitbestimmung: "Die sozialistischen Betriebe müssen Körperschaften selbstverwaltender Arbeiter sein, die als Treuhänder des gesellschaftlichen Interesses handeln", ohne in folgende zwei Extreme zu verfallen: anarcho-syndikalistische Degeneration zu bloßen Gruppeneigentümern oder Herabsinken zum bloßen Anhängsel einer zentralistischen bürokratischen Maschine. (Es ist nebenbei anzunehmen, daß die in der privaten Planwirtschaft der Oligopolindustrien entwickelten Marktforschungsmethoden auch in einer gesellschaftlichen Planwirtschaft anwendbar sind, um eine bedarfsgerechte Produktion zu garantieren.)

Da bisher kein Land dezentralisierte Planwirtschaft hinreichend praktiziert und Lange sein Wirtschaftsmodell in Polen nicht ganz durchsetzen konnte, ist der Beweis für die sozialistische Alternative der Konsumentenautonomie näherzukommen, noch nicht positiv erbracht. Ins Auge fallen

nur die Beispiele zentralistischer Planung. Das erschwert die sozialistische Argumentation gegenüber den bürgerlichen Ökonomen, wenn auch wiederum nicht widerlegt ist, dass Langes Konzeption den differenzierten Bedürfnissen einer entwickelten Gesellschaft an Konsumgütern und Komfort gerecht werden kann. Galbraith zeigte sich jedoch auf seiner Jugoslawienreise sehr angetan von dem Erfolg der Einführung von Marktelementen. Zuruntersuchen ist, ob die von Galbraith vorgeschlagenen Methoden ihrerseits sowait standhalten.

Galbraith erkennt die Gefahren der Kapitalkonzentration und der Profitwirtschaft (Galbraith: "Fetischisierung der Produktion") in seiner Analyse des Kapitalismus deutlich genug. Er schaltet jedoch die sozialistische Alternative aus und zeigt sich als Apologet des Systems: "Immerhin ist eine unvollkommene Lösung des Problems der Wirtschaftsmacht überhaupt keiner bei weitem vorzuziehen. Denn es war der Glaube, dass keine Lösung existiere, der einst zu der zuversichtlichen Voraussage führte, der Kapitalismus könne nicht überleben." Galbraith bleibt

I N D I E W I D E R S P R Ü C H E V E R W I C K E L T

weil er die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft nicht infragestellen will, weil er dem Grundwiderspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung des Mehrprodukts ausweicht. So können sich denn auch Galbraiths wohlfahrtsstaatliche Therapien gegenüber den Prioritäten der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung in der Praxis nicht durchsetzen. Frieden und Gleichgewicht mit den Kapitaleignern ist im Rahmen der gegenwärtigen Besitzordnung nur dann möglich, wenn die "Gegenkräfte" ihre Vorherrschaft nicht wirklich an tasten, d.h. sich ihnen unterwerfen. Die Prioritäten dieser Ordnung sind nicht reibungslos austauschbar. Denn von ihnen hängt gerade das Funktionieren des Systems ab. So folgert Stuart Hall in "Out of Apathy": "Wenn wir die Reichen mehr besteuerten, beeinträchtigten wir den Kreislauf der Energie-Akkumulation, Profite, Investitionen - , der die Räder des Kapitalismus in Bewegung hält. Doch wenn wir sie weniger besteuerten, würden wir den Wohlfahrtsstaat selbst abbauen." (vgl. "neue kritik-informationen" 6) So bleibt der Arbeiterschaft auch nur eine Verteidigungsrolle; sie bleibt eine Interessengruppe unter anderen und vermag keine neuen Prioritäten zu setzen. Sie wären als Gegenkraft eigentlich aufgerufen, die von Galbraith gegeisselten Mängel des Systems abzustellen:

(1) die Disproportion zwischen der politischen Demokratie und der wirtschaftlichen Machtkonzentration, die die politische Demokratie untergräbt;

(2) die Disproportion zwischen den ständig steigenden Rüstungsausgaben und einem Prozentsatz des Nationalbudgets für Erziehung, Strassenbau, Altersversorgung und Gesundheitswesen, der geringer ist als unter dem reaktionären Präsidenten Hoover; d.h. die Disproportion zwischen der überentwickelten Privatindustrie und der Unterschätzung der öffentlichen Pflichten (Lehrermangel, unzureichendes Straßennetz, Unterentwicklung der Wissenschaft etc.);

(3) die Disproportion zwischen ungenutzten Industriekapazitäten und einer wachsenden Massenarbeitslosigkeit, die in den USA zu einem politischen Problem ersten Ranges wird;

(4) die Disproportion zwischen dem - relativen! - Überfluß in den USA und einer hungernden Welt, mit der die USA Handel treiben;

(5) die Disproportion zwischen dem Anspruch, das freieste und demokratischste Land der Welt zu sein, und der Verfügung über das Bewußtsein, der Manipulation der Bedürfnisse und selbst der politischen Meinung durch Werbung und Massenkommunikationsmittel, die Domäne des Kapitals sind; d.h. die Disproportion zwischen dem "all men are equal" und der Tatsache, daß es der Arbeitnehmermajorität der USA an adaequatem Bewußtsein und daher adaequater politischen Interessenvertretung fehlt.

Da eingestandenermaßen die Gegenkräfte von sich aus diese Disproportionen nicht aufzuheben noch wenigstens zu balancieren vermögen, ist es bei Galbraith plötzlich wieder

T R O T Z D E M D E R S T A A T

der stimulierend eingreifen muß, und zwar in allen Fällen:

(1) Die Gefahren wirtschaftlicher und sozialer Machtkonzentration für das politische und soziale Gleichgewicht sind durch staatlich stimulierte Gegenkräfte nur unzulänglich einzuschränken.

(2) Galbraiths keynesianischer Vorschlag, die Wirtschaft mit Friedens- und nicht mit Rüstungsausgaben zu stimulieren, erscheint - abstrakt genommen - anwendbar. Nach Sweezy liegt jedoch das Gegenargument außerhalb des Bereichs der abstrakten Wirtschaftstheorie?

> "Wenn eine kapitalistische Regierung der USA 20 Milliarden - wenn nötig 30 oder 40 Milliarden - Dollar für friedliche Aufbauzwecke auszugeben imstande wäre, hätten die Keynesianer zweifellos recht. Aber der springende Punkt ist genau, daß die herrschende kapitalistische Klasse, eben die Klasse, deren unermeßlicher Reichtum und Macht durch die kapitalistische Struktur selbst garantiert werden, nie Ausgaben in einer solchen Höhe auch nur annähernd für friedliche Aufbauzwecke billigen würde. Und das liegt nicht an ihrer Unkenntnis oder Dummheit. Es ist ganz einfach eine Sache des Klasseninteresses..."

Strachey (Freund Galbraiths in der Labourparty) hat dagegen eingewandt, daß für Rüstungsaufträge nicht bloß Klasseninteressen, sondern auch die außenpolitische Bedrohung durch den Kommunismus verantwortlich zu machen sei. Er gesteht letztenendes aber doch ein, "daß das Gleichgewicht der sozialen Kräfte im letzten Stadium kapitalistischer Gesellschaften so geartet ist, daß eine gefährliche Tendenz dafür herrscht, daß die Wirtsshaftstätigkeit der Regierungen auf kriegerische und nicht auf friedliche Zwecke gelenkt werden. Denn erstgenannte sagen in der Praxis den Kräften eher zu, die gewöhnlich diese Gesellschaften beherrschen..." Denn die Rüstung sei leichter motivierbar und"sähe nicht so nach links aus".

Nach den jüngsten Entwicklungen wird es für diese herrschenden Kräfte der kapitalistischen Länder immer schwerer, die Notwendigkeit der Rüstung zu beweisen. "Aussenpolitische Bedrohung" läßt sich beispielsweise auch durch Entspannungspolitik bekämpfen; zweifelhaft ist nur, ob jene Kräfte daran zu interessieren sind, besonders in Europa den Kalten Krieg und die ideologische Verhetzung abzubauen, um zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu kommen. Es zeigt sich, daß auch die"autonomen Ursachen" der Rüstung von Klasseninteressen nicht zu lösen sind.

Stracheys zweiter Einwand, die englische Labour-Regierung habe ihre hohen Sozialausgaben ungehindert von den Kapitalisten machen können, läßt sich nicht ohne weiteres auf die USA übertragen: als Kennedy im Frühjahr 1961 sein Mindestlohngesetz nur sehr modifiziert durch den Kongreß bringen konnte, zeigte sich, daß er durch seine sozialliberale Politik Teile seines Anhangs verliert, sobald er mit den Interessen des Kapitals in Konflikt gerät. Das Abstoppen der Rezession im April war überdies z.B. Regierungsaufträgen an die Flugzeugs-, Präzisionsinstrumente- und elektronische Industrie und nicht Friedensausgaben zu verdanken. Die Bewilligung vom 5,6 Milliarden Dollar vom 30. Juni für Wohnungsbau erscheint nur als ein Pflästerchen: es übersteigt nicht den achten Teil der Rüstungsausgaben von 1960.

Galbraith übersieht in seinen Vorschlägen offensichtlich, daß über ihre Verwirklichung nicht ihre akademische Richtigkeit, ja nicht einmal ein ihnen geneigter Präsident, sondern die gesellschaftlichen M a c h t - und Interessenverteilungen entscheiden. Und die in den USA herrschenden gesellschaftlichen Kräfte würden durch die Emanzipation der Benachteiligten (und da wäre die Folge einer konsequenten Investition für Erziehung, Sanität und Verkehr) um ihre Privilegien zu fürchten haben. Als die Labour-Regierung ihre sozialen Projekte durchführte, konnte sie sich wenigstens auf eine bewußtere Arbeitnehmermajorität stützen, die es in den USA nicht gibt. Und auch das englische Beispiel ist sehr problematisch.

(3) Gegen die Arbeitslosigkeit schlägt Galbraith eine Unterstützung vor, deren Prokopfbetrag mit dem Umfang der Arbeitslosigkeit zunehmen soll; um hinreichend neue Kaufkraft und somit neue Güterproduktion und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Außerdem schlägt er Arbeitszeitverkürzung vor.

Hier droht derselbe gesellschaftliche Konflikt: es wird ein Eingreifen in die Interessenspähre der Unternehmer nötig. Die Arbeitslosen wären hypothetisch durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung von der Straße zu schaffen. Es ist unwahrscheinlich, daß Kennedy die "freie Wirtschaft" der USA an Eingriffen wird interessieren können, die ihr objektives Interesse am sozialen status quo bedrohen.

(4) Kennedys Südamerikaplan, aus außenpolitischer Not geboren, bindet zum erstenmal Entwicklungshilfe an feste industrielle und soziale Entwicklungsprojekte; sein Erfolg kann heute noch nicht beurteilt werden. Es kann hier nur darauf verwiesen werden, daß andererseits die USA sich z.B. in Afrika selbst in gemäßigten Kreisen durch Begünstigung korrupter und reaktionärer Regimes und durch ihr rein ausbeutendes business, zu einer Industrialisierung nichts beiträgt, unbeliebt gemacht hat, zuletzt durch das Kubaabenteuer. Diese Formen eines neuen Imperialismus sind eine gesonderte Untersuchung wert, die sich besonders des Zusammenhangs des Überflusses in den USA mit der Rückständigkeit der Entwicklungsländer annimmt.

(5) Gegen die von ihm beklagte Verfügung über das Bewußtsein entwickelt Galbraith keine Therapie; es handelt sich ohnehin um ein Sekundärphänomen des gesamtgesellschaftlichen Gegensatzes.

B E G I N N E I N E S N E U E N D E N K E N S

Die Diskussion nach der Kuba-Affäre brachte amerikanischen Liberalen nicht nur die Einsicht, daß ohne Blokade und Aggression Kuba nicht in die außenpolitische Anlehnung an den Ostblock getrieben worden wäre.

Es setzt eine Politisierung ein, in der auch nach den Strukturen des Systems gefragt wird, dessen "Harmonie" auf einer durch Rüstung stimulierten Konjunktur ohne Vollbeschäftigung beruht. Der Widerspruch, der Galbraith und den amerikanischen Liberalen immanent war, eine menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen und trotzdem die Besitzverhältnisse beizubehalten, wird bewußt. Der Streit um Cuba geht "mitten durch die Familien, ja mitten durch den Kopf des Präsidenten" (Buttinger). Vielerorts tun sich unabhängige Gruppen auf, die zu sozialistischen Konsequenzen gelangen, aber noch mißtrauisch sind gegen alle bestehenden sozialistischen Organisationen; ihnen ist das Ethos einer vermenschlichten Gesellschaft, von dem auch Galbraith ausgeht, unmittelbar und ernst. Zu der Konsequenz, daß für eine vermenschlichte Gesellschaft eine vergesellschaftete Wirtschaft nötig ist, gelangt Galbraith zwar nicht. Aber er ist trotz aller Inskonsequenz fruchtbar; sein Buch "Affluent Society" dürfte als Bestseller den Abbau der überkommenen Vorurteile entschieden beeinflußt haben: die oligopolistische Industrie hat die Wettbewerbswirtschaft abgelöst; ihr Konzentrationsprozeß zerstört die mittleren Betriebe; sie manipuliert das Bewußtsein, gefährdet die politische Demokratie und verhindert eine Deckung des menschlichen Bedarfs an Muße und sozialem Komfort. Es gelang nicht, durch Kartellgesetze (s. auch SPIEGEL, 5.7.61), Gegenkräfte, Steuer- und Investitionspolitik die Konzentration irgendwie rückgängig zu machen oder auch nur einzudämmen - wie es die klassische Liberale Tradition, der Galbraith anhängt fordert.

LITERATUR:

J.K. Galbraith, "American Capitalism - the concept of countervailing power", Harvard 1952; deutsch:"Der amerikanische Kapitalismus", Stuttgart 1956
ders., "Affluent Society", Boston 1958; deutsch: "Gesellschaft im Überfluß", Zürich 1959
ders., "Journey to Poland and Yugoslavia", Harvard 1958
Thurman Arnold, "The Law to Make Free Enterprise Free" über die Antitrustgesetzgebung im "American Heritage"-Magazin, Oktober 1960
Oskar Lange, "The Role of Planning in Socialist Economy", Den Haag 1958
ders., "The Political Economy of Socialism", Den Haag 1958
ders., "Le Marxisme et l'économie bourgeoise", Cahiers Internationaux, Jahrgang 1958
John Strachey, "Contemporary Capitalism", London 1956
Paul Sweezy, "The Present as History", New York 1953

"Die Bestrebung der Gewerkschaften, den Umfang der Produktion und die Warenpreise zu bestimmen, ist hingegen eine Erscheinung ganz neuen Datums. Erst in der allerletzten Zeit sehen wir - wiederum nur in England - dahingehende Versuche auftauchen...Denn worauf reduziert sich notwendigerweise die aktive Teilnahme der Gewerkschaften an der Bestimmung des Umfangs und der Preise der Warenproduktion? Auf ein Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen die Konsumenten..., gegen die konsumierende Gesellschaft..., also in der Hauptsache auf den Lohnkampf und die Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. auf die Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen; die Einwirkung auf den Produktionsprozeß blieb ihnen der Natur der Dinge nach verschlossen."

Rosa Luxemburg in:"Sozialreform oder Revolution", 1908

Z E I T U N G E N I N F R A N K R E I C H

Dieser Artikel will die Leser der "neuen kritik" über die zahlreichen linken Zeitungen informieren, die in Frankreich erscheinen. Neben den Wochen- und Monatszeitungen sollen auch kurz einige Tageszeitungen erwähnt werden. Besonders wichtig sind für uns die Wochenzeitungen, da hier auf dem deutschen Zeitungsmarkt Lücken vorhanden sind; aus diesem Grunde berücksichtigen wir bei ihnen auch nicht die politische Orientierung als Auswahlkriterium. Auf dem Gebiet der Monats- und Dreimonatszeitschriften müssen wir uns allerdings auf die linken Veröffentlichungen beschränken, da sie ausserordentlich zahlreich sind. Neben den französischen Zeitungen und Zeitschriften sollen auch einige belgische, tunesische und algerische mit in die Übersicht einbezogen werden.

T a g e s z e i t u n g e n

Die wichtigste und bestinformierende Tageszeitung Frankreichs ist für uns "Le Monde". In ihrer seriösen Aufmachung konnte man "Le Monde" eine Zeitlang für das Pendant der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" halten (man schaue sich nur den Kopf beider Zeitungen an!). Dadurch daß "Le Monde" auf Fotos verzichtet, gibt sie sich sehr nüchtern. Selbst die Redaktion von "Le Monde" glaubte, in der frankfurter Zeitung ein verwandtes Blatt zu entdecken. Doch ist "Le Monde" in Wirklichkeit eine linksbürgerliche Zeitung - sogar mit gelegentlichen Sympathien für die nicht-bürgerliche Linke. Die Objektivität ihrer Berichterstattung übertrifft nicht selten die der "Neuen Zürcher Zeitung"; die Nachrichten über den Algerienkrieg sind für französische Zeitungen so ungewöhnlich ausführlich, daß "Le Monde" in Algier öfters beschlagnahmt wurde.

(Le Monde - 5, rue des Italiens, Paris IX^{e} - NF o,3o $^{+}$)

Als zweite französische Tageszeitung möchten wir die mit verhältnismäßig kleiner Auflage erscheinende "Libération" empfehlen. Sie ist eine linke Zeitung, deren Unabhängigkeit durch die starke finanzielle Beteiligung der Kommunistischen Partei Frankreichs gefährdet ist. Bei Krisen in der KPF berichtet "Libération" ähnlich linientreu wie die parteioffizielle "Humanité". Doch muß man "Libération" sonst eine wenig an den Parteikurs gebundene Meinungsbildung zugestehen, oft eher linkssozialistisch als kommunistisch-stalinistisch. Erwähnenswert sind auch die Reportagen in Fortsetzungen.

(Libération - 5, rue du Faubourg-Poissonière, Paris IX^{e} - NF o,25 $^{+}$)

"France-Soir" ist ein sogenannt neutrales Revolverblatt. Es hat die höchste Auflage unter den französischen Tageszeitungen. Die Aktualität seiner Berichterstattung ist beachtlich: ein weit verzweigtes Reporternetz garantiert immer neueste Nachrichten; in sehr kurzen Abständen erscheinen am selben Tag neue Ausgaben mit jeweils ein bis zwei neuen Seiten.

(France-Soir - 1oo, rue Réaumur, Paris II^{e} - NF o,25 $^{+}$)

Bei den in der Auflagenhöhe ferner wichtigen pariser Tageszeitungen genügt für unsere Zwecke die Angabe der politischen Orientierung: "Aurore" und "Le Parisien-Libéré" sind rechtsgerichtet, "Le Figaro" ist konservativ, sprich reaktionär, "La Croix" ist katholisch und "L'Humanité" kommunistisch.

W o c h e n z e i t u n g e n

Die erste der linken Wochenzeitungen im DIN A3-Format und mit einem für Frankreich neuen journalistischen Stil war "France-Observateur". Wenige

Jahre später ist "L'Express" hinzugekommen. Wesentliches Merkmal dieser Zeitungen ist die zu allen Fragen kritische Haltung. Oft sind auch die Untersuchungen über politische oder wirtschaftliche Probleme ausgesprochen marxistisch, besonders in "France-Observateur". Das Feuilleton ist rein kritisch, d.h. es werden nur Kritiken oder Besprechungen, aber keine literarischen Texte veröffentlicht. Der Hauptteil wird jeweils von Artikeln über politische und wirtschaftliche Themen bestritten, die informieren und kritisch kommentieren. Dazu kommen Meinungsäußerungen bekannter Persönlichkeiten wie Mendès-France, Alfred Sauvy und früher auch François Mauriac (alle im "Express"). Die beiden politischen Direktoren des "France-Observateur", Claude Bourdet und Gilles Martinet, sind führende Mitglieder der vor einem Jahr gegründeten "Vereinigten Sozialistischen Partei" - PSU (s. "neue kritik-informationen" 5). "L'Express" hat inzwischen"France-Observateur" in der Höhe der Auflage bei weitem überholt. Er ist bürgerlicher als"France-Observateur", was nicht heißen will, daß er überhaupt in der Grundhaltung bürgerlich ist. Gewiß sind die Theaterkritiken von Robert Kanters eher avanciert-bürgerlich als progressiv. Dagegen sind die politischen Artikel meist kritischer als die der parteioffiziellen "France-Nouvelle" der KPF. Als Beispiel diene der Leitartikel von Jean-Jacques Servan-Schreiber, dem Herausgeber des "Express", zum Abbruch der Verhandlungen in Evian: eine so harte und kompromißlose Kritik an der französischen Haltung konnte man anderswo in Frankreich kaum lesen. Erwähnenswert sind auch die politischen Karikaturen von Siné, Jean Effel und Tim im "Express".

(France-Observateur - 1o, rue des Pyramides, Paris I^er - NF 1,--)
(L'Express - 29, rue de Marignan, Paris - NF 1,25 +)

Im selben Format erscheint "Tribune Socialiste", die offizielle Wochenzeitung der PSU. Sie wird durch die Mitglieder vertrieben und ist nur in Paris an einigen Kiosken erhältlich. Neben politischen Artikeln wie in "France-Observateur" und "L'Express" enthält sie Parteinachrichten und ausführliche Berichte über Kongresse der Arbeiterbewegung, der Studenten- und Lehrergewerkschaften etc. Die Auflagenhöhe der"Tribune-Socialiste" entspricht ungefähr der Mitgliederzahl der PSU. Man beachte aber, daß "France-Observateur" und "L'Express" mit der PSU sympathisieren und daß ihre zusammen wöchentlich fast 3oo ooo Exemplare als meinungsbildender Faktor im politischen Leben Frankreichs eine wesentlich Rolle spielen.

(Tribune Socialiste - 8, rue Henner, Paris IX^e (rédaction) - 54, Bd. Garibaldi, Paris XV^e (administration) - NF o,4o -- Interessierten Lesern der "neuen kritik" können wir von dieser Zeitung leihweise Leseexemplare überlassen.)

Der Erfolg von "France-Observateur" und "L'Express" hat zwei andere Zeitungen veranlaßt, deren Aufmachung nachzuahmen. Die eine ist "France-Nouvelle", die parteioffielle Wochenzeitung der KPF.

(France Nouvelle - 6, Bd. Poissonnière, Paris IX^e - NF 1,--)

Eine weitere Imitation ist die tunesische Wochenzeitung "afrique-action", die in französischer Sprache erscheint und auch in Paris eine Redaktion hat. Sie vertritt die Ansichten der Neodestur-Partei (Bürgerlich-nationalistisch). Wenn ein Artikel andere Länder als Tunesien behandelt, so sind "afrique-action" linksliberale Abweichungen gestattet.

(afrique-action - 193, Av. de Paris, Tunis - NF 1,25 +)

Erwähnt sei auch "La Gauche", die belgische sozialistische Wochenzeitung; Chefredakteur ist Ernest Mandel. Um sie genauer zu charakterisieren, müßte man ausführlich auf den linken Flügel der belgischen Sozialistischen Partei und die Rolle der Trotzkisten in Belgien eingehen, was aber hier nicht möglich ist.

(La Gauche - Organe de Combat socialiste - 54, rue Molensteen, Brüssel - bfrcs. 4,--)

"Témoignage Chrétien" ist eine linkskatholische französische Wochenzeitung. Sie steht nicht so entschieden links wie die inzwischen in der UGS (Union de la Gauche Socialiste) und damit in der PSU aufgegangene linkskatholische Partei MLP (Mouvement pour la Libération du Peuple), die unverhohlen und unkritisch mit den Kommunisten sympathisierte.

(Témoignage Chrétien, 49, rue du Faubourg Poissonière, Paris IX^{e})

Die jüngste Wochenzeitung in Frankreich, "Le nouveau Candide", ist entstanden als Reaktion auf den anhaltenden Erfolg von "France-Observateur" und "Express", denen mit sehr großem finanziellem Aufwand ein regierungstreues ("linksgaullistisches") Pendant entgegengestellt werden soll. Mit hohen Geldangeboten holt man begabte Journalisten aus linken Zeitungen heraus und läßt ihnen vorübergehend eine gewisse Freiheit. Das Format der Zeitung ist DIN A2; sie bringt wesentlich Berichte, Romanabdrucke und ähnliches und weitaus weniger Kritisches als "France-Observateur" und "Express".

(Le nouveau Candide, 37, rue du Louvre (rédaction); 4bis, rue de Cléry (administration) NF 1,-- +)

"démocratie 61" wird durch die Meinung Guy Mollets und seiner Partei, der SFIO, geprägt. Ihre Haltung entspricht der des rechten Flügels der SPD.

(démocratie 61 - 86, rue de Lille, Paris - NF o,8o)

"Carrefour" ist das Blatt der extrem Rechten, die aber in der Résistance gegen die deutsche Besetzung gekämpft haben. Zu dieser Gruppe gehören so heftige Gegner de Gaulles wie Bidault.

(Carrefour - 114, Av. de Champs-Elysées, Paris VIII^{e} - NF 1,--)

Eine Gruppe der extremen Rechten, die während der Besetzung Frankreichs mit den Nazis kollaborierte, gibt den "Rivarol" heraus. Die Unterschiede in der politischen Meinung zwischen "Carrefour" und "Rivarol" sind nur noch sehr gering.

(Rivarol, 354, rue St.Honoré, Paris i^{er} - DM o,8o +)

"Le Canard enchaîné" ist eine linke satirische Wochenzeitung. Besonders der politische Teil ist lesenswert. "Le Canard enchaîné" hat bestimmte Bezeichnungen und Schimpf- oder Beinamen geprägt, die in den Volksmund übergegangen sind, wie z.B. l'amer Michel oder Mondebré für Michel Debré.

(Le Canard enchaîné - 2, rue des Petits-Pères, Paris II^{e} - NF o,35 +)

In Frankreich erscheinen vier rein kulturelle wöchentliche Publikationen: "Les Lettres françaises" werden von Aragon herausgegeben und dementsprechend werden die Beiträge zumeist von seinen Parteifreunfreunden geliefert, doch ist das in diesem Fall kein Hindernis für eine vom Dogma des sozialistischen Realismus unabhängige Meinungsbildung. Auch zögern parteilich völlig ungebundene Künstler wie Cocteau nicht, für "Les Lettres françaises" zu schreiben, so daß sie eine der meist gekauften kulturellen Zeitungen ist.

(Les Lettres françaises - 5, rue du Faubourg Poissonnière, Paris IX^{e} - NF 1,-- +)

"Les Lettres nouvelles" von Maurice Nadeau sind eine der PSU nahestehende Zeitschrift, deren allzu große Vorliebe für das rein formal avantgardistische Schaffen kritisch anzumerken ist.

(Le Lettres nouvelles - Julliard, 3o, rue de L'Université, Paris VII^{e} - NF 1,25)

"Le Figaro Littéraire" ist weniger konservativ als der "Figaro", während "Les Arts" keine politische Tendenz haben. "Les Arts sind hauptsächlich der bildenden Kunst gewidmet.

(Le Figaro Littéraire - 14, Rond-Point des Champs-Elysées, Paris VIII^{e} - NF o,5o $^{+}$)

(Les Arts - 14o, faubourg St.Honoré, Paris VIII^{e} - NF 1,-- $^{+}$)

M o n a t s z e i t u n g e n

"la voie communiste" ist die monatliche Publikation der kommunistischen Opposition. Ihre politischen Direktoren, Gerard Spitzer und Simon Blumental, gehören freilich nicht mehr der KPF an, aber die Zeitung zählt doch Anhänger in den Reihen der KP. Es finden sich in ihr immer wieder gute marxistische Artikel, die dogmenfrei und unstalinistisch Kritik üben, so z.B. an der sowjetischen Agrarpolitik. Auch ihre Haltung zum Algerienkrieg ist sehr entschieden und kompromißlos: wenige Wochen bevor Gerard Spitzer freigelassen wurde, verhaftete man Simon Blumenthal. Kritisch muß ihr Verhältnis zur PSU erwähnt werden, da es vorläufig noch in sektiererischer Ablehnung zu bestehen scheint.

(la voie communiste - 6o, rue René Boulanger, Paris X^{e} - NF 1,--)

Im Zusammenhang mit dem französisch-algerischen Krieg möchten wir auf folgende Publikationen hinweisen:
In Tunis erscheint das offizielle Organ der Provisorischen Algerischen Regierung "El Moudjahid". Die weiter links stehende Zeitung des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA (union générale des travailleurs algériens) "L'Ouvrier algérien" wird ebenfalls in Tunis verlegt.

(El Moudjahid, Organe central du Front de Libération Nationale - 14, rue des Entrepreneurs, Tunis - NF o,4o)

In Frankreich wollen über den Algerienkrieg informieren: "Témoignages et Documents" und "Vérité-Liberté". An beiden Veröffentlichungen sind namhafte Persönlichkeiten wie Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Laurent Schwartz, Mandouze und Jean-Marie Domenach beteiligt. Coexistence" veröffentlicht beschlagnahmte Artikel aus"France-Observateur", "L'Express" und "Temps Modernes". Die früher von Francis Jeanson herausgegebene illegale Zeitung "Vérité pour ..." hat mit dem Organ der "jeune résistance" fusioniert und erscheint weiterhin illegal etwa jeden Monat.

(Témoignages et Documents - 14ter, rue du Landy, Clichy (Seine) - NF 1,--)

(Vérité Liberté, Cahiers d'information sur la guerre d'Algerie - 152, rue de Rennes, Paris - NF 1,--)

Die Studentenzeitungen "Tribune Etudiante" von der PSU und "Clarté" von der KPF können hier nur erwähnt werden.

(Tribune Etudiante - 8, rue Henner, Paris IX^{e} - NF 1,--)

In der nächsten Ausgabe der "neue kritik-informationen" werden wir eine Übersicht über die französischen Zeitschriften (in Heftform) bringen.

Rainer Z o l l

Anm.: Die mit $^{+}$) gekennzeichneten Zeitungen sind an Bahnhofskiosken größerer Städte in der Bundesrepublik erhältlich.

D A S E N D E D E R S P D - 1 9 3 3

Erich Matthias, Rudolf Morsey: "Das Ende der Parteien 1933", Droste Verlag, Düsseldorf 1960

Acht Autoren haben in diesem Sammelband den Untergang der politischen Parteien 1933 geschildert. Wenn auch nicht alle Beiträge die gleiche Qualität erreichen, so ist das Buch insgesamt doch lesenswert und wissenschaftlich hervorragend infolge der sorgfältigen, abgewogenen Darstellung, infolge zahlreicher gut ausgewählter Zitate und Dokumente. Schuld, Illusionen, Schwäche und Versagen der einzelnen Parteien werden ungeschminkt deutlich. Allerdings stellt "Das Ende der Parteien" an einen historisch nicht vorgebildeten Leser vielleicht hohe Anforderungen: schildert es doch den Weg in die faschistische Diktatur isoliert anhand der einzelnen Parteien, während die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, als Hintergrund notwendig zum Verständnis der Reaktionen der Parteiem, nicht zusammenhängend und ausreichend geschildert werden konnte.

Zweifellso zu den besten Abschnitten gehört die Arbeit von Prof. Erich Matthias über die Sozialdemokratie. Im Gegensatz zu mehr oder weniger parteioffiziösen, oberflächlichen Publikationen über diese "unbewältigte Vergangenheit" der SPD hat Matthias gut fundiert und ohne Beiseiteschieben wesentlicher Tatsachen den Weg der Partei in das Debakel von 1933 dargestellt; auf 100 Seiten Text und 75 Seiten Dokumente werden Verhaltens- und Denkweisen deutlich, die zum Untergang beitrugen und die auch heute in der Sozialdemokratie eine Rolle spielen. Matthias schrieb als Nichtmitglied, aber Sympathisierender der SPD mit Wissen und Unterstützung einzelner Mitglieder des heutigen PV der SPD; wenn die Analyse und die Folgerungen von Matthias häufig hart erscheinen, so sicher nicht, um von einem SPD-feindlichen Standpunkt her höhnend das Versagen der Partei darzustellen, sondern wohl um ähnliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Dieser Abschnitt des Buches sei im folgenden skizziert.

Matthias setzt mit dem nationalsozialistischen Wahlsieg von 1933 ein, mit dem die Gefahr des Faschismus allgemein erkennbar wurde. SPD-Führung und Fraktion reagierten darauf mit der "Tolerierung" der rechtsstehenden Minderheitsregierung Brüning (1930-1932), d.h.einem taktischen Bündnis mit dem nicht-nationalsozialistischen Bürgertum; die daraus resultierenden Verrenkungen im Reichstag schwächten entscheidend die Selbstsicherheit und sozialistische Glaubwürdigkeit der Partei, denn: "Die Duldung des Kabinetts Brüning verurteilte die Sozialdemokratie zur völligen Bewegungslosigkeit. Sie sah sich dazu gezwungen, die unpopulärsten Not- und Sparmaßnahmen, die von ihren Anhängern leidenschaftlich abgelehnt wurden, hinzunehmen, und mußte sogar einseitig den Interessen der Landwirtschaft dienende Gesetze passieren lassen." (Matthias S.109) Eingelullt in den Jahren der Konjunktur bis 1929, 1928 bis 1930 mit dem Bürgertum in Koalition, wußte die Partei nichts anderes, als die erfolglose deflationäre Wirtschaftspolitik Brünings zu unterstützen; Furcht vor "Experimenten" (zit.nach Matthias, S.111) hielt die SPD noch 1933 zurück, ein eigenes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln, im Gegenteil "die sozialdemokratischen Erwartungen konzentrierten sich paradoxerweise auf die Wiedergesundung der kapitalistischen Wirtschaft." (Matthias, S.112) Es lag nur auf dieser Linie, wenn die Reichstagsfraktion dem Bau des Panzerkreuzers B zur Annahme verhalf.

Dieser bewußte Verzicht auf offensive Parolen, diktiert von der allerdings realen Gefahr eines weiteren Rechtstrends im Bürgertum, zerstörte nicht nur die Ausstrahlungskraft der Partei nach außen; vielmehr sahen sich auch die Mitglieder, die 1928 deutlich genug die Panzerkreuzer abgelehnt hatten, wirtschaftlich und militärpolitisch nicht durch ihre Fraktion genügend vertreten. Unruhe, besonders unter den Jüngeren, zeigte sich; wie Julius Leber schrieb, spürte man "zum ersten Male einen starken Unmut gegen die eigene Führerschaft in den sozialdemokratischen Reihen." (S. 121) So kam es 1931 zur Gründung der "Sozialistischen Arbeiterpartei"; auf dem Leipziger Parteitag im gleichen Jahre apellierte jedoch die Parteiführung erfolgreich an "die geheiligte Disziplin der Partei" (S.12o). Während die Parteiführung ohne ausreichendes Empfinden für die psychologische Schwächung ihre Tolerierungspolitik weitertrieb, konzentrierte sich der Wille vieler Anhänger und Mitglieder, kämpferisch und nicht nur parlamentarisch Widerstand gegen den Faschismus zu leisten, im millionenstarken "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", aus dem sich seit 193o die paramilitärischen "Schutzformationen" herausbildeten (1932: 25o ooo M.)

Hier einige Beispiele für die Vorbereitungen, die meist von unten her getroffen wurden: Im Magdeburger Bezirk wurden die Besetzung von Eisenbahnknotenpunkten, Blockierung der Strecken, Brückensprengungen sowie Unterbrechungen der Telefonverbindungen vorbereitet; in Hamburg bildete sich ein "Pioniersystem" von 5ooo Mann, die innerhalb von zwei Stunden an jedem Ort der Stadt zusammenziehbar waren, ein System, das vielfach nachgeahmt wurde; die Berliner "Sozialistische Arbeiterjugend" (SAJ), ursprünglich pazifistisch, ging aus Rache für SA-Morde zum Gegenterror über, begann mit Übungen im Kleinkaliberschießen und der Beschaffung von Pistolen; der Arbeiter-Radio-Bund schuf bis 1933 ein Sprechfunknetz, das alle 33 Parteibezirke verband; das Berliner Parteihauptquartier wurde bald durch bewaffnete Gruppen gesichert, wobei besonders die Reichsbannerstudenten und der Berliner SDS hervortraten, die systematisch in Jiu-Jitsu, Strassenkampf und Pistolenschießen ausgebildet wurden.

Diesem Kampfwillen standen zahlreiche Hemmungen entgegen. Allgemein unterließ man die Beschaffung von Waffen, da ja im Ernstfalle die Waffenreserven "unserer Polizei", der preußischen Polizei, zur Verfügung stehen würden. Erst nach dem Verlust der Regierungsposition in Preußen 1932 ging man auf lokaler Ebene zur Beschaffung von Waffen über, wobei der Parteivorstand beiseitestand und zahlreiche lokale Parteispitzen Schwierigkeiten machten.

Der Widerspruch zwischen aktivistischen Mitgliedern und den Parteispitzen resultierte aus dem legalistischen, nur-parlamentarischen Denken in der Oberschicht der Partei. Dies zeigte sich deutlich, als am 2o. Juli 1932 Reichskanzler v.Papen mit Rückendeckung der Reichswehr rechtswidrig die preußische Regierung (SPD, Zentrum, Demokraten) für abgesetzt erklärte, und Partei- und Gewerkschaftsführung nicht wagten, auf diesen e r w a r t e t e n Schlag anders zu antworten, als durch eine - natürlich ergebnislose - Klage beim Staatsgerichtshof, über dessen höhnende Antwort in Eycks "Geschichte der Weimarer Republik" nachzulesen ist. So wurde die Machtposition der preußischen Polizei, deren kasernierte Verbände einen ernsthaften militärischen Faktor darstellten, kampflos aufgegeben, und Goebbels konnte an jenem 2o. Juli in seinem Tagebuch notieren: "Man muß den Roten nur die Zähne zeigen, dann kuschen sie." (S.128) Als ob nichts geschehen wäre, konzentrierte sich der Parteiapparat in altgewohnter Weise auf die nächste Reichstagswahl, die angesichts der bloßgelegten Schwäche vom 2o. Juli kein Erfolg werden konnte. Infolgedessen nervös geworden, rückte nun die Fraktion stolz mit einem "Bündel

von Anträgen" in den Reichstag ein, plötzlich rhetorisch radikal für sozialistische Wirtschaftsmethoden eintretend.

Dieser Ausbruch aus der bisherigen Politik blieb ohne jeden Widerhall, die jahrelange Tolerierung Brünings hatte die Partei in dieser Hinsicht allzu unglaubwürdig gemacht, die Radikalisierten wanderten weiterhin zur KPD ab. Zu tief hatte auch die Passivität des 2o. Juli die kämpferischen Kader und Massen getroffen. Vergeblich hatten sich Reichsbannerleute an ihren Treffpunkten damals gesammelt und auf das Signal zum Kampf gewartet, das nie kam. Die Stimmung schilderte später der alte Sozialdemokrat Buchwitz: "Ich sah in jenen Tagen Reichsbannerleute weinen. Alte Funktionäre warfen uns die Mitgliedsbücher hin..." (S. 137) Empört nannte der noch junge Führer des Reichsbanners, Höltermann, der einen Beschluß zum Widerstand innerhalb der vorsichtigen Partei- und Gewerkschaftsspitzen nicht hatte durchsetzen können, diese Schicht der Führenden "entnervte und kurzsichtige Bürohengste", "unpolitische Nur-Parlamentsakrobaten", "geistig korrupte Weichlinge" (S. 139).

Mit dem Datum des 3o. Januar 1933 begann eine Widerholung des Schauspiels vom Juli 1932, nur daß diesmal die Chancen für einen Widerstand wesentlich geringer waren.

Auf der einen Seite deuteten Vorstand und Fraktion die Möglichkeit eines baldigen Widerstandes an und forderten demgemäß: "Undisziplinierte Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen." (Vorwärts, 31.1.1933; Matth., S.162) Tatsächlich wiegte man sich in Hoffnungen, etwa auf Spannungen zwischen SA und Stahlhelm, und klammerte sich daran, durch treue Legalität und Loyalität doch noch die eigenen Organisationen retten zu können. Dies zeigte sich auch bei der Begründung, die der Parteivorsitzende Otto Wels zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes gab - seine Rede ist im übrigen ein Beweis dafür, daß man die Haltung der Parteispitzen nicht einfach mit persönlicher Feigheit erklären kann. Entscheidend dürften die Sorge und die Verantwortung um die Existenz der Organisationen gewesen sein, wenn es in der Folge zu demoralisierenden Akten der Führung kam: etwa, wenn die SPD gegen wahrheitsgetreue ausländische Berichte über das NS-Regime protestierte; wenn die Gewerkschaftsführungen, mit Ausnahme des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA), Siegfried Aufhäuser, an der nationalsozialistischen Feier des 1. Mai teilnahmen (was nicht die Vernichtung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai verhinderte); wenn man aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ausschied, wenn schließlich die Mehrheit der Restfraktion unter Löbe den Versuch machte, durch ihre Zustimmung zu Hitlers "Friedensresolution" am 17. Mai zu einer die Rechte besänftigenden gemeinsamen Außenpolitik zu kommen. Diese bereits durch nackte Angst diktierte Zustimmung ließ Hitler als außenpolitischen Vertreter des ganzen deutschen Volkes erscheinen, riß eine Kluft zu den nach Prag emigrierten Vorstandsmitgliedern auf, ohne das endgültige Verbot der SPD am 22. Juni 1933 verhindern zu können, ein Verbot, das angesichts der Halblegalität und der Verrenkungen der letzten Wochen und Monate einem rückschauenden Beobachter fals als politisch erlösendes Ende erscheinen muß.

Auf der anderen Seite standen diesem legalistisch-parlamentarischen Denken, das sich bis zum Ende im "Gebäude dieser illusionären Hoffnungen" bewegte (Matth., S.164), diejenigen gegenüber, die sich am 3o. Januar 1933 in zahlreichen Großstädten spontan zum Widerstand gesammelt hatten und abermals vergeblich auf das Zeichen von oben warteten. Immerhin machte man sich nun vielerorten daran, noch Waffen zu beschaffen und sich auf die Illegalität

vorzubereiten; bereits seit Sommer 1932 hatte man (ursprünglich sogar mit Zustimmung von Otto Wels) in zahlreichen Großstädeten konspirative Fünfergruppen gebildet. Allerdings durchkreuzten viele dieser Vorbereitungen nun die legalistische Haltung der Parteispitzen, die infolgedessen im April 1933 gegen die Berliner SAJ und ihre Illegalitätsvorbereitungen einschritten und ihren Vorsitzenden Erich Schmidt aus der SPD ausschlossen, "um ungestörter kapitulieren zu können", wie dieser feststellte (S. 249). Träger des illegalen Widerstandes wurden so überwiegend die Oppositionellen und Kader der Jugendorganisationen, die z.T. dilletantisch, z.T. aber auch streng konspirativ nach Lehrbüchern der Partei vorgingen. Ihre tiefe Entfremdung von dercalten, einseitig parlamentarisch orientierten Partei wurde deutlich in den Namensgebungen der illegalen Gruppierungen, wie etwa "Neu-Beginnen", "Revolutionäre Sozialisten", "Sozialistische Front","Roter Stoßtrupp"; wie weit diese Entfremdung ging, zeigte sich in der Emigration, wo die weit verzweigte Gruppe "Neu-Beginnen" starke Tendenzen zeigte, konspirative Methoden auch gegenüber und innerhalb der sozialdemokratischen Emigration anzuwenden (Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952, S. 31).

So war die Sozialdemokratische Partei nicht nur von außen her unterdrückt, sie war auch psychologisch geschlagen, hatte ihre Ausstrahlungskraft verloren und war schließlich innerlich zerfallen.

Wie Matthias abschliessend feststellt, wirkten hierbei verschiedene Denkweisen (und damit auch Verhaltensweisen) verheerend mit, denen man in der Emigration und Illegalität meist abschwor, so u.a.:

die Organisation wurde "nicht mehr als Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck empfunden". (Matthias, S. 197)

das "institutionalistische Denken in den Kategorien des Parlamentarismus und der rechtsstaatlichen Ordnung"; statt sich auf die wirtschaftlichen, militärischen und psychologischen Machtverhältnisse einzustellen, war es ein "parlamentarisch-rechtsstaatliches Utopia, in dem viele Sozialdemokraten lebten". (Matthias, S. 197)

das"hierarchische Denken" (Matth., S.197), das stets Weisungen von oben erwartete und auch die aktivistischen Teile der Arbeiterorganisationen am spontanen Handeln hinderte.

das"evolutionistische Denken" (S. 198), das aus einem mißverstandenen Marxismus (Kautskyanismus) heraus alles den Umständen und der Entwicklung überließ, die Rolle des bewußten Willens nicht sieht und letztendes nur die eigene Passivität verschleiern soll.

Sicherlich hat, das sollte man zu Matthias hinzusetzen, hierbei die Form der Parteiorganisation wesentlich dazu beigetragen, diese Denkweisen zu fördern.

Die Sozialdemokratie nach 1945 hat aber nur teilweise diese Denkformen abgelegt, unzählige Mitglieder verharrten 1933-45 in "passiver Treue" (wie es der Führer der"Sozialistischen Front" nannte; S.275) und begannen, völlig unberührt von diesen zwölf Jahren, dort ihre politische (oder fast besser: unpolitische) Tätigkeit aufzunehmen, wo sie 1933 geendet hatten. Der Restauration auf seiten des Bürgertums entsprach die fröhliche Urständ der alten Partei - trotz Schumacher, der vor 1933 zu den wenigen Realisten in der Reichstagsfraktion gehört hatte. Leicht resigniert endet Matthias, das Einströmen der alten Denkweisen in die neue Partei schildernd: "Damit meldete schon in der ersten Stunde der neuen Partei auch

der Geist der Tradition und der Restauration seinen Anspruch an, für den die Ereignisse des Jahres 1933 noch immer eine Naturkatastrophe bedeuteten, der die alte Sozialdemokratie ohne eigenes Verschulden erlegen war." (S. 2o2)

Wolfgang R u d z i o

K R A F T D U R C H F R E U D E

K. Zetnik: "Freudenabteilung"
Verlag Gopa, Paris 196o; zu beziehen durch
Bund-Verlag GmbH, Ffm., Wilh.Leuschner-Str.69

"Augenblicklich dürfen sie noch vor dem, was sogleich geschehen wird, Angst haben. Jetzt dürfen sie noch Schauder empfinden vor dem, was ihnen bevorsteht. Und sie werfen sich in die offenen Arme der Angst, welche bald den Deutschen ihren Platz räumen wird, die jetzt hierher in den Block kommen, um sich zu unterhalten. Noch einen Moment, und die Mädchen haben ein Lächeln aufzusetzen. Der hohe deutsche Besuch kommt doch nicht hierher, um hier Trübsal zu blasen und sich traurige Augen anzusehen - er will sich unterhalten!... Hat die Puppe das kapiert? Wenn nicht, wird man ihr die Ohren aufmachen, daß sie es verstehe! Vor allem - die Nummer herzeigen!... Die muß er schwarz auf weiß in der Tasche haben. Nur so, auf alle Fälle. Nachher, wenn er beim Büro vorbeigeht, wird er sehen, was er damit anfängt. Und jetzt, wenn er die auf ihrer Brust eingebrannte Nummer sicher in der Tasche hat, wird die Puppe schon so freundlich sein, alles herzugeben! Und zwar mit Gusto! Lustig, so daß man etwas davon hat! Und worauf er gerade Appetit hat. Es muß ihm so schmecken wie sein Pilsner Bier - aber wie ein frisches mit Schaum!"

Eine Besprechung setzt immer schon die Möglichkeit einer begrifflichen Fassung des zu besprechenden voraus. Entzieht sich der Gegenstand dem Begreifen, so wird versuchte Besprechung zur abstrakten, formalen Deklamation des Unfaßbaren. Eine formale Analyse, die Zergliederung eines Ganzen läßt die inhaltlichesinnvolle Begrifflichkeit außer sich, wird nicht eine dem Gegenstand adäquate Form gefunden. - Im Begriff des Unsagbaren liegt eben, daß es nicht zu sagen ist, unsagbar ist das, was in Zetniks Buch 'Freudenabteilung' gegeben wird. Der Verfasser selbst rettet sich in die Deskription dessen, was geschah, die Form des Kunstwerkes läßt hier aber das Unsagbare in aller Deutlichkeit durchscheinen, es wird mehr gegeben,als gesagt wird. --

Das Buch ist in Paris erschienen, nur, laut Umschlagbemerkung, für den Vertrieb in Israel bestimmt, trotzdem aber in Deutschland erhältlich.

Der Weg einer Jüdin aus dem Getto in ein Lager, das zur sexuellen Befreiung deutscher Soldaten dient, die sich auf dem Wege zur Front befinden, wird geschildert. Die Konfrontation mit dem Grauen ist heute zur Gewöhnung geworden, ist aber ertragbar nur für den, der unwesentlich lebt, der nicht den Verstand zu verlieren droht, dem nicht täglich vor Augen steht, daß er selbst tätig hätte sein können an der Unmenschlichkeit, ohne sich dieser Tatsache je bewußt zu werden. Das Grauen ist er-

tragbar nur für den, der noch trennen kann zwischen den Einen und den Anderen und vergleichen: "die Anderen sind auch schuldig".

Wer diese Anderen sind, die schuldig sind daran, daß jüdischen Frauen die Bezeichnung 'Feldhure Nr. ...' zwischen die Brüste tätowiert wurde, daß diese Frauen, haben sie es dreimal nicht vollbracht, die deutschen Familienväter von heute von ihrer sexuellen Last zu befreien, nackt auf Stühle gebunden und erschlagen wurden, bleibt unklar.

Die Rettung in die unbewältigte Vergangenheit erfordert die gleiche Oberflächlichkeit, wie sie Herr Sieburg in der, auf der Rückseite angefertigten "Besprechung" an den Tag legt. Ihm gefiel das Buch von der Form her, es gibt ihm die Einsicht darein, daß "in unserem Lande, was die Gesinnung angeht, durchaus noch nicht alles so ist, wie man es sich wünschen möchte". Die Abstraktheit solcher Journalismen ist offenbar; offenbar ist auch, daß die Folgerungen sich in der Akklamation der bestehenden Gesellschaft, in der "noch" nicht alles so ist, wie man es sich wünschen möchte, erschöpfen. Die Politik der Bundesregierung läßt erhoffen, daß eines Tages alles so ist, - so ist, wie es sich die Mitglieder dieser Regierung Strauß, Schröder und Globke erhoffen.

Die Unmöglichkeit der Besprechung, die Notwendigkeit aber auch, sieht der ein, der das Buch gelesen hat und dabei sich bewußt bleibt, daß er sich noch um Leben bemüht.

Siegfried B l a s c h •

Die in diesem Heft unterlaufenen Druckfehler bitten wir zu entschuldigen.
Zwei notwendige Berichtigungen:
Auf Seite 16, Absatz 6, Zeile 3 muß es heißen: Dämpfen (statt Däpfen)
Auf Seite 34, Absatz 3, Zeile 1 muß es heißen: 1930 (statt 1933)

BESTELLZETTEL für die "neue kritik - informationen", herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes + bitte einsenden an Manfred Liebel, Offenbach am Main, v. Behringstrasse 114

Hiermit bestelle ich bis auf weiteres je .... Exemplar(e) der "neue kritik informationen" (Erscheinungsweise: monatlich, außer in den Semesterferien) zum Preise von DM -.50 pro Exemplar. Den Betrag für .... Ausgaben überweise ich im voraus zusätzlich einer Spende von DM ..... (insgesamt DM ....) auf das Postscheckkonto des SDS: 316 07 PschA Ffm.

Name: ..... Organisation: .....

Anschrift: .....

Datum: .....

.....(Unterschrift).....

Bitte, weitere Exemplare senden an:

Name: ..... Name: .....

Anschrift: ..... Name: .....